



universität
wien

MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit

„Internationale Organisationen im Kosovo:
Eine kritische Analyse“

Woran sind die VN, die OSZE und die EU im Kosovo gescheitert?

Verfasserin

Laura Cuzzocrea

angestrebter akademischer Grad

Master of Arts (MA)

Wien, 2011

Studienkennzahl lt.
Studienblatt:

A 066 824

Studienrichtung lt.
Studienblatt:

Politikwissenschaft

Betreuer:

Ao. Univ.-Prof. DDr. Ingrid Schütz-Müller

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich besonders bei meinem Professor Ingfrid Schütz-Müller bedanken, der mich während meiner Masterarbeit betreut und umfangreich unterstützt hat.

Außerdem bedanke ich mich bei den Mitgliedern des Liaison Office der Parlamentarischen Versammlung der OSZE sowie des Informationsbüros des Europäischen Parlaments für die Unterstützung.

Ein besonderer Dank gilt meinen Freunden Daniel und Martina, die mir bei vielen Formulierungen und auch bei der Korrektur der Masterarbeit stets hilfsbereit zur Seite standen, und Tahir, dem unersetzlichen Kollegen, der mich mit den Erzählungen über sein Land fasziniert und motiviert hat. Bedanken möchte ich mich auch bei meinen Eltern Gabriella und Orlando, denn ohne sie wäre dieses Studium niemals möglich gewesen. Ich möchte mich besonders bei meiner Schwester Valentina bedanken, ohne deren moralische Unterstützung und Ermutigung ich es nie bis ans Ende geschafft hätte. Nicht zuletzt möchte ich mich bei meinem Freund Michele und meinen Freunden bedanken, die mich regelmäßig motiviert und stets bestärkt haben.

Abkürzungen

BRJ= Bundesrepublik Jugoslawien

CEC= Central Electoral Commission

CSDP= Common Security and Defence Policy

EPZ= Europäische Politische Zusammenarbeit

ESVP= Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik

EU= Europäische Union

EULEX= European Union Rule of Law Mission

EUV= Vertrag über die Europäische Union

GASP= Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

HCNM= High Commissioner on National Minorities

ICTY= Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien

KFOR= Kosovo Force

KPS= Kosovo Police Service

KVM= Kosovo-Verifizierungsmission

LDK= Demokratische Liga des Kosovo (Lidhja Demokratike e Kosovës,)

NATO= North Atlantic Treaty Organization

NGO= Non-governmental organization

OSZE= Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSCE= Organization for Security and Co-operation in Europe)

PISG= Provisional Institutions of Self-Government

RTK= Radio Television Kosovo

SAA= Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen

SFR= Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien

SHS-Staat= Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen

SRGS= Special Representative of the Secretary General

UÇK= Ushtria Çlimitare e Kosovës

UNDP= United Nations Development Programme

UNHCR= United Nations High Commissioner for Refugees

UNMIK= United Nations Interim Administration Mission in Kosovo

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungen	- 4 -
Inhaltsverzeichnis	- 6 -
Einleitung.....	- 9 -
1 Forschungsfragen	- 13 -
1.1 <i>Die tendenzielle Unzufriedenheit der kosovarischen Bevölkerung</i>	<i>- 14 -</i>
1.2 <i>Die Ineffektivität der internationalen Organisationen als Beobachter des Zusammenlebens der verschiedenen ethnischen Gemeinschaften.....</i>	<i>- 15 -</i>
1.3 <i>Die Problematik des hohen Kriminalitäts- und Korruptionsanteils.....</i>	<i>- 17 -</i>
1.4 <i>Die internationalen Organisationen konnten bisher die ökonomische Lage des Kosovo nicht verbessern.....</i>	<i>- 17 -</i>
1.5 <i>Uneinigkeit in der Statusfrage.....</i>	<i>- 18 -</i>
1.6 <i>Strukturelle bzw. organisatorische Probleme.....</i>	<i>- 20 -</i>
1.7 <i>Unklarheit der rechtsstaatlichen Kompetenzverteilung</i>	<i>- 21 -</i>
1.8 <i>Hypothesen.....</i>	<i>- 21 -</i>
2 Methodologie	- 23 -
2.1 <i>Das Interview.....</i>	<i>- 25 -</i>
3 Theorien der internationalen Organisationen.....	- 28 -
3.1 <i>Global Governance</i>	<i>- 29 -</i>
3.2 <i>Europäische Governance und das Tempelmodell</i>	<i>- 29 -</i>
3.2.1 <i>Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) (2007:265)</i>	<i>- 32 -</i>
3.2.2 <i>Zusammenarbeit in Strafsachen</i>	<i>- 33 -</i>
4 Der Kosovo	- 35 -
4.1 <i>Ethnische Gruppen.....</i>	<i>- 35 -</i>
4.2 <i>Religionen.....</i>	<i>- 37 -</i>
4.3 <i>Sprachen.....</i>	<i>- 37 -</i>
4.4 <i>Gesellschaft</i>	<i>- 38 -</i>
5 Geschichte	- 40 -
5.1 <i>1918-1999</i>	<i>- 40 -</i>
5.1.1 <i>Der Kosovo und Serbien während der jugoslawischen Einheit (1918- 1999).....</i>	<i>- 40 -</i>
5.1.2 <i>Der Kosovo im SHS-Staat (Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen).....</i>	<i>- 41 -</i>
5.1.3 <i>Der Kosovo im Zweiten Weltkrieg</i>	<i>- 42 -</i>
5.1.4 <i>Der Kosovo in der Sozialistischen Föderativen Republik (SFR)-Jugoslawien</i>	<i>- 42 -</i>
5.1.5 <i>Der Kosovo nach dem Tod Titos</i>	<i>- 44 -</i>
5.1.6 <i>Der Kosovo im Jugoslawien Slobodan Milošević.....</i>	<i>- 44 -</i>
5.1.7 <i>Die Krise von 1998/99</i>	<i>- 45 -</i>
5.1.8 <i>Opfer.....</i>	<i>- 46 -</i>
5.2 <i>Der Kosovo unter internationaler Verwaltung (1999-2008).....</i>	<i>- 47 -</i>

5.2.1	Spannungen 2003-2004.....	- 48 -
5.2.2	Unabhängigkeitserklärung (17. Februar 2008)	- 50 -
5.2.3	Die völkerrechtliche Anerkennung	- 51 -
6	Internationale Präsenz im Kosovo	- 53 -
6.1	Internationale Organisationen und internationale Akteure	- 53 -
6.2	United Nations Interim Administration Mission im Kosovo (UNMIK).....	- 55 -
6.3	Kosovo Force (KFOR).....	- 56 -
6.4	Die Mission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)	- 57 -
6.5	Europäische Union.....	- 57 -
6.6	Die European Union Rule of Law Mission (EULEX)	- 57 -
6.7	Europarat.....	- 58 -
7	Die United Nation Interim Administration im Kosovo- UNMIK	- 59 -
8	Die OSZE-Mission im Kosovo	- 62 -
8.1	Geschichte: Die erste OSZE- Mission im Kosovo	- 62 -
8.2	Geschichte: Die zweite OSZE-Mission im Kosovo.....	- 63 -
8.3	Die dritte, beziehungsweise aktuelle, OSZE- Mission	- 65 -
8.4	Die Aufgaben der aktuellen Mission.....	- 65 -
8.4.1	Schutz der Menschenrechte	- 67 -
8.4.2	Entwicklung der Sicherheit	- 68 -
8.4.3	Öffentliche Sicherheit	- 69 -
8.4.4	Bekämpfung des Menschenhandels.....	- 69 -
8.4.5	Wahlen	- 70 -
8.4.6	Medien.....	- 70 -
8.4.7	Unterstützung unabhängiger Institutionen	- 70 -
9	Die EULEX Mission im Kosovo	- 71 -
9.1	Die EULEX-Mission.....	- 72 -
9.2	Ziele und Aufgaben der EULEX- Mission	- 73 -
9.3	Die legale Basis der EULEX Mission im Kosovo	- 74 -
9.4	Polizeikomponente	- 74 -
9.5	Justizkomponente	- 75 -
9.6	Zoll-Komponenten	- 75 -
10	Gemeinsame Bereiche der Zusammenarbeit und Herausforderungen	- 77 -
10.1	Zusammenarbeit: Justiz.....	- 77 -
10.2	Zusammenarbeit: Aufbau der politischen Strukturen.....	- 77 -
10.3	Zusammenarbeit: Wahlbeobachtung.....	- 78 -
10.4	Zusammenarbeit: Mediensystem	- 79 -
10.5	Herausforderungen: Wirtschaftliche Lage.....	- 79 -
10.6	Herausforderungen: Kriminalität und Korruption	- 81 -
10.7	Herausforderungen: Parallelgesellschaft	- 83 -

11	Schwäche und Scheitern	- 84 -
11.1	<i>Erfolg und Scheitern</i>	- 84 -
11.2	<i>UNMIK</i>	- 85 -
11.3	<i>OSZE.....</i>	- 88 -
11.4	<i>EULEX.....</i>	- 90 -
11.5	<i>Menschliche Dimension- Schutz der Minderheiten</i>	- 95 -
11.6	<i>Sicherheitsdimension- Kriminalität.....</i>	- 96 -
11.7	<i>Wirtschaftliche Dimension</i>	- 97 -
11.8	<i>Politische Dimension- Statusfrage.....</i>	- 98 -
11.9	<i>Strukturelle und organisatorische Dimension- Strukturelle und organisatorische Schwäche ..</i>	- 99 -
11.10	<i>Die tendenzielle Unzufriedenheit der kosovarischen Bevölkerung</i>	- 101 -
12	Der Kosovo auf dem Weg in die Europäische Union.....	- 102 -
	Schlussfolgerungen	- 106 -
	Anhang	- 110 -
	Literaturverzeichnis	- 113 -
	Abstract (Deutsch): Internationale Organisationen im Kosovo. Eine kritische Analyse	- 124 -
	Abstract (English): International missions in Kosovo: a critical analysis	- 126 -

Einleitung

Die Balkankriege und deren Auswirkungen haben die Weltpolitik stark beeinflusst. Der Nationalismus und der ethnische Hass, die den Westbalkan zu einem Trümmerfeld machten, konditionierten nicht nur die Außenpolitik der westlichen Mächte, sondern verstärkten auch die Bedeutung der internationalen Gemeinschaft.

Die schwierige Situation von Südosteuropa fing an eine Priorität Europas zu werden. Die Kriege am Balkan benötigten die Hilfe der internationalen Gemeinschaft, um Frieden zu schaffen. Wie in anderen ähnlichen Fällen intervenierten die Vereinten Nationen und die NATO zur Friedensherstellung. Wegen des Krieges intervenierten sie im Kosovo im Jahr 1999. Gleichzeitig entschied sich auch die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) für eine Feldmission im Kosovo. Weitere internationale Organisationen und Nichtregierungsorganisationen arbeiteten im Kosovo zusammen, um die brutale Gewalt in dieser Region zu beenden. Auch die Europäische Union hat sich für den Erhalt von Sicherheit in Südosteuropa bemüht.

Nach dem Krieg war die Entstehung von Sicherheit und Demokratie vorrangig. Die Vereinten Nationen, die OSZE und die Europäische Union waren die drei Akteure, die sich in diesem Bereich am meisten engagierten. Durch die nach den Kriegen entstandenen Demokratien kann der EU bzw. dem Westen in deren Rolle als Sicherheits- bzw. Friedensgarant für den Westbalkan mehr Bedeutung beigemessen werden.

Der Kosovo wurde also durch den Krieg 1999 unter internationale Verwaltung gestellt.

Südosteuropa ist insgesamt ein sensibler Raum, was das Zusammenleben der verschiedenen ethnischen Gruppen betrifft.

Die Vereinten Nationen befassen sich mit einer Reihe von Bereichen und Tätigkeiten, die da sind: Frieden und Sicherheit, Entwicklung, Menschenrechte, humanitäre Angelegenheiten und Völkerrecht.

Zu den Schlüsselthemen im Falle Kosovo zählen¹:

- **Frieden und Sicherheit:** Friedensstiftung, Friedensherstellung, Abrüstung, Kampf gegen den Terrorismus, Assistenz bei Wahlen und Bekämpfung der organisierten Kriminalität.

¹ <http://www.un.org/en/index.shtml>, aufgerufen am 11.07.2011.

- **Entwicklung:** Staatenentwicklung, Governance und Institution-Building, internationaler Handel, Makroökonomie und Finanz, Forschung, soziale Entwicklung, Statistik, dauerhafte Entwicklung, Energie
- **Menschenrechte:** Ethnische Säuberung und Menschenhandel
- **Humanitäre Angelegenheiten:** Entminung, Frühwarnung, individuelle Sicherheit
- **Völkerrecht:** Kodifizierung und progressive Entwicklung des internationalen Rechts, Legal Resources und Training.

Die OSZE ist eine der internationalen Organisationen, die sich mit diesen Problematiken beschäftigt. Die OSZE hat drei Dimensionen: Die politisch-militärische Dimension, die menschliche und die Dimension der wirtschaftlichen Entwicklung. Laut der offiziellen Internetseite der OSZE sind die Ziele der menschlichen Dimension folgende: Sicherung der vollen Achtung der Menschenrechte sowie der Grundfreiheiten, Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit, Aufbau demokratischer Prinzipien, Stärkung und Schutz demokratischer Institutionen, Förderung der Toleranz in der OSZE Region².

In Südosteuropa ist die Mission im Kosovo die größte Feldoperation. Das erste Mandat fand 1992 statt. Die aktuelle Mission wurde im Juli 1999 eingerichtet. Die Mission hat drei Hauptfeldaktivitäten: Die demokratischen Institutionen und *Good Governance* zu unterstützen, die Menschenrechte und die Rechte der verschiedenen Gemeinschaften zu fördern, sowie die Sicherheit im Allgemeinen und die öffentliche Sicherheit zu verbessern. Während eines viermonatigen Praktikums bei der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa³ (Jänner 2010- April 2010) hatte ich die Gelegenheit, meine Kenntnisse im Bereich der Menschenrechte und der Nichtdiskriminierung zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen zu vertiefen und persönlich zu erfahren, wie diese Organisation ihre Arbeit in diesem Bereich eigentlich durchführt.

Die Europäische Union ist mit der “European Union Rule of Law Mission in Kosovo (EULEX)” engagiert, die die größte Zivilmission der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (Common Security and Defence Policy- CSDP) darstellt. Hauptaufgaben dieser Mission sind: Unterstützung der kosovarischen Behörden im Bereich der Rechtsstaatlichkeit, vor allem im Bereich Polizei, Justiz und Zoll. Wie bei der

² <http://www.osce.org>, aufgerufen am 17.11.2010.

³ <http://www.oscepa.org/>, aufgerufen am 24.10.2011.

OSZE, geht es auch im Falle der EULEX um eine technische Mission mit Überwachungsaufgaben.

Der Kosovo stellt derzeit in der Europäischen Union eine „brennende“ Debatte dar. Während meines Praktikums beim Informationsbüro des Europäischen Parlaments in Österreich⁴ (Jänner 2011- März 2011) hatte ich die Gelegenheit, mich mit den Debatten um die Integration des Kosovo in die Europäischen Union zu befassen. Ich konnte als für den Pressespiegel zuständige Praktikantin einen profunden Einblick über die Rolle der europäischen Union in der Kosovo-Debatte gewinnen. Insbesondere waren die Ausführungen der österreichischen Europaabgeordneten Ulrike Lunacek, die außerdem Berichterstatterin für den Kosovo ist, besonders hilfreich.

Die Leitlinien der Vereinten Nationen, der OSZE und der EU basieren auf allgemeinen grundlegenden Grundsätzen. Schwierig ist es aber zu verstehen, ob sie ihre Prinzipien und Ziele verwirklichen können.

Mein Ziel ist es, herauszufinden, inwieweit die UNMIK-, die OSZE- und die EULEX-Missionen im Kosovo erfolgreich sind. Ich werde versuchen, auf die Stärken und Schwächen der Organisationen einzugehen, sowie jene Bereiche zu eruieren, in denen diese Akteure weniger Effizienz aufweisen.

Ich werde mich zuerst mit der Forschungsfrage befassen. Es folgt ein kurzer Überblick über die Geschichte des Kosovo bzw. des Konfliktes, der Missionen und deren Tätigkeiten. Themenkreise, wie die politische und ökonomische Situation des Kosovo tangieren meine Hauptfrage nur peripher, weswegen ich nicht näher darauf eingehen werde.

Mir fiel die unklare Rolle der Ethnizität und der Definition der nationalen Identität der vom Kosovokonflikt betroffenen Menschen auf. Diese Problematik ist äußerst wichtig, vor allem für die politische Zukunft einer anscheinend von nationalistischen Gefühlen beherrschten Region.

Um das Phänomen der ethnischen Konflikte zu verstehen, möchte ich die Bedeutung der Begriffe *Ethnizität* und *Gemeinschaft* klären. Smith zufolge ist der Hauptnenner einer *ethnischen* (aus dem griechischen „ethnos“) *Gemeinschaft* eine Zahl von Menschen, die zusammenleben und die miteinander handeln.

⁴ <http://www.europarl.at/view/de/index.html>, aufgerufen am 24.10.2011.

Ich möchte die Zuständigkeiten und die Rolle der oben genannten Organisationen als internationale Akteure kritisch analysieren, und nicht etwa historische Analysen des Kosovo bzw. seiner Unabhängigkeit aneinanderreihen.

Eine Schwächenanalyse der internationalen Missionen im Kosovo kann für eine Verbesserung einer großen Anzahl von Aktivitäten der internationalen Organisationen hilfreich sein.

Im Laufe der vorliegenden Arbeit werde ich untersuchen, inwieweit die drei Missionen im Kosovo erfolgreich waren. In einer vergleichenden Analyse werde ich die Schwächen der Missionen schildern sowie auf die durchzuführenden Aktivitäten eingehen, die meiner Meinung nach für ein erfolgreiches Handeln der Missionen notwendig sind.

Meine Arbeit ist folgendermaßen aufgebaut: Ich werde mich zunächst mit den Strukturen und den Aktivitäten der UNMIK, OSZE, und EULEX befassen. Hauptziel meiner Arbeit ist es, herauszufinden, in welchen Bereichen diese Organisationen gescheitert sind.

Da ich diese Organisationen hauptsächlich als Sicherheits- und Stabilitätsgaranten betrachten werde, wird meine Analyse aus einer gesellschaftlichen Perspektive durchgeführt. Ich werde mich insbesondere auf die angespannte gesellschaftliche Lage und auf die ethnischen Konfliktfelder zwischen den Gemeinschaften konzentrieren.

Ich finde die gesellschaftliche, ethnische und kulturelle Situation im Kosovo besonders relevant, insbesondere in Bezug auf die Möglichkeit eines Beitritts in die Europäische Union.

In diesem Zusammenhang ist es nützlich, die Arbeit der internationalen Missionen im Kosovo zu vergleichen. Zum Ersten deshalb, weil jede Mission über spezifische Kompetenzen verfügt, und zweitens, weil die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Organisationen ein unerlässliches Instrument zur Verbesserung der Effizienz und zur Erreichung der festgelegten Ziele ist.

Schließlich könnte eine minutiöse Analyse der Schwächen der Missionen auf den richtigen Weg zur Verbesserung mehrerer Aktivitäten der internationalen Organisationen hinweisen und damit hilfreiche Anregungen zur Bewältigung der Herausforderungen der europäischen Integration und der Lösung von ethnischen Konflikten bringen.

1 Forschungsfragen

- Welche Rolle spielen die internationalen Organisationen im Kosovo?

Während des Kosovo-Krieges 1998-1999 kam das Land unter die Kontrolle internationaler Organisationen. Daraufhin blieb das Land für lange Zeit unter internationaler Verwaltung. Akteure wie internationale Organisationen, Nichtregierungsorganisationen und sogar Großmächte waren im Kosovo vor dem Krieg bis zu dessen Unabhängigkeitserklärung im Jahr 2008 für die Sicherheit zuständig. Die internationalen Organisationen sind u.a. für die Sicherheit, die Demokratisierung und die Entwicklung zuständig.

In meiner Arbeit werde ich die Geschichte und die Tätigkeiten der internationalen Organisationen allgemein beschreiben, insbesondere die Vereinten Nationen (die UNMIK-Mission), die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (die OSZE-Mission) und die Europäische Union (die EULEX-Mission).

In der Zusammenarbeit zwischen UNMIK, OSZE und EULEX weisen die Vereinten Nationen, die OSZE und die EU Erfolge und Schwächen auf. Ich werde Schritt für Schritt erforschen, wo die Stärken und Probleme der Missionen liegen.

- Welche sind die Schwachpunkte der UNMIK, der OSZE und der EULEX Missionen?

Die UNMIK-Mission, die OSZE-Mission und die EULEX-Mission sind zwar in manchen Bereichen effektiv⁵ und effizient⁶, doch in anderen Arbeitsgebieten kommt es genau zum Gegenteil.

Im Falle der UNMIK kann die oben genannte Erläuterung wie folgt dargestellt werden: Die UNMIK war in folgenden Bereichen nicht effizient und effektiv: Ethnische Spannungen, wirtschaftliche Entwicklung, Bekämpfung der Kriminalität und der Korruption.

Als effektiv und effizient betrachte ich im Falle der OSZE folgende Aktivitäten: Einrichtung unabhängiger Institutionen (öffentliches Fernsehen), Ausbildungsinstitutionen, Wahlbeobachtungen (Wahlkommission, Wahlverwaltung), polizeiliche Ausbildung,

⁵ Effektiv bedeutet *“producing a desired or intended result”*, Oxford English Dictionary, 2000.

⁶ Effizient bedeutet *“working productively with minimum wasted effort or expense”*, Oxford English Dictionary, 2000.

polizeilicher Dienst Kosovo, Ausbildungseinrichtung. Als ineffiziente und ineffektiv betrachte ich hingegen: Schutz der Menschenrechte (vor allem den Minderheitenschutz), Bekämpfung der organisierten Kriminalität, der Korruption und des Menschenhandels, Instrumente für die Konfliktverhütung, Friedensvermittlungsinstitutionen, Vertrauens- und Sicherheitsmaßnahmen. Die EULEX, die für die Rechtsstaatlichkeit zuständig war, war bis jetzt in den problematischen Angelegenheiten wie rechtsstaatliche Kompetenzen bzw. mit den parallelen Institutionen und im Kampf gegen die Kriminalität weder effizient noch effektiv.

Ich werde mich mit der Diskrepanz der Aktivitäten der internationalen Organisationen im Kosovo befassen.

- Wie sieht das Szenario des Kosovo auf dem Weg in die EU aus?

Ich werde erklären, dass der Kosovo besonders seit Beginn der internationalen Präsenz 1999 als „Objekt“ der internationalen Organisationen bzw. der Europäischen Union zu sehen ist. Interessant wäre es zu erforschen, ob der Kosovo in der Zukunft hingegen „Subjekt“ der oben genannten Organisationen werden könnte. Erster Schritt in diese Richtung wäre tatsächlich die Anerkennung des Unabhängigkeitsstatus seitens der EU-Mitgliedsstaaten, weil der Kosovo bis jetzt weder als potentialer EU-Kandidat noch als Mitgliedstaat internationaler Organisationen beitreten kann. Die Debatte über den EU-Beitritt der Länder am Westbalkan scheint derzeit nicht einfach lösbar.

1.1 Die tendenzielle Unzufriedenheit der kosovarischen Bevölkerung

Die kosovarische Bevölkerung sieht die internationalen Organisationen als eine „Interferenz“ bzw. eine „auferlegte Herrschaft“. Außerdem ist sie auch der Meinung, dass die internationale Gemeinschaft nicht im Interesse der lokalen Bevölkerung handelt. In der Tat ist die Bevölkerung überhaupt mit der Arbeit der internationalen Organisationen – besonders mit der UNMIK und EULEX- unzufrieden und betrachtet die Missionen als erfolglos und ineffizient. Sowohl die albanische als auch die serbische sowie die anderen ethnischen Gruppen beklagen den immer noch hohen Korruptions- und Kriminalitätsanteil und die triste wirtschaftliche Lage. Die Unzufriedenheit der kosovarischen Bevölkerung

(sowohl der albanischen Mehrheit als auch der anderen ethnischen Gruppen) in Bezug auf die Intervention der internationalen Präsenz im Kosovo ist mit der abhängigen Variablen gleichzusetzen. Die abhängige Variable ist manchmal als Konsequenz der unabhängigen Variablen zu sehen und wird damit von dieser beeinflusst. Damit wird eine $X \rightarrow Y$ Beziehung beobachtbar („X“= unabhängige Variablen, „Y“= die abhängige Variable). Wie die unabhängigen Variablen dieses Phänomen verursachen, werde ich in den nächsten Absätzen erklären.

1.2 Die Ineffektivität der internationalen Organisationen als Beobachter des Zusammenlebens der verschiedenen ethnischen Gemeinschaften

Sowohl die OSZE, als auch die Verfassung der Republik Kosovo definieren die ethnischen Gruppen offiziell als „Gemeinschaften“, nicht wie oftmals angenommen als „Mehrheiten“ und „Minderheiten“⁷.

Die albanische Gemeinschaft bildet die größte ethnische Gruppe. Die serbische Gemeinschaft macht 7 % der Gesamtbevölkerung aus. Weitere 7 % der Bevölkerung bestehen aus Bosniaken (1,9 %), Roma, Aschkali und Ägyptern (1,7 %), sowie aus Türken (1 %).

Im Jahre 2000 begann sich zwar die Lebenssituation für die albanisch-kosovarische Mehrheitsbevölkerung zu normalisieren, doch die Lage der anderen Gemeinschaften verschlechterte sich und führte sogar zur Ghetto-Bildung (2005:46)⁸.

Die Situation der nicht-albanischen Gemeinschaften kennzeichnet sich in der Tat immer noch durch Diskriminierung, fehlende Bewegungsfreiheit, Diskriminierung in der Arbeitssuche und durch Verwehren des Zugangs zum öffentlichen Dienst.

Die Siedlungen der Minderheiten konnten nach dem Krieg durch die Checkpoints der KFOR-Soldaten und deren regelmäßigen Militäreinsätzen vor Angriffen der albanischen Kosovaren gesichert werden. Andererseits blieb die Bewegungsfreiheit der serbischen Gruppe, in Bezug auf das Gesundheits- und Bildungssystem in hohem Maße eingeschränkt.

⁷ *The Constitution of the Republic of Kosovo*, Kapitel III.

⁸ Vgl. Kramer H., Džihic V., „*Die Kosovo Bilanz. Scheitert die internationale Gemeinschaft?*“, 2005.

Die Stadt Mitrovicë/Mitrovica, die im Nordkosovo an Serbien grenzt, ist ein Symbol der problematischen ethnischen Kohabitation. Das Ende der französischen Kontrolle auf der Brücke des Flusses Ibër/Ibar bedeutete für die Stadt eine Zweiteilung: Einerseits bestand ein von der internationalen Gemeinschaft verwaltetes und vornehmlich von Albanern bewohntes Gebiet; andererseits entstanden die nördlich der Stadt gelegenen Serbengebiete, die anfangs von der KFOR geschützt wurden und gegenwärtig als serbische Enklaven zu sehen sind. Diese *de facto*-Situation, die bis heute keiner Veränderung obliegt, wird oft mit der Berliner Mauer verglichen. Mitrovicë/Mitrovica ist immer noch durch eine vom Militär bewachte Brücke über den Fluss Ibar verbunden, wobei der Süden von Albanern bewohnt wird und der Norden von Serben. Damit ist eine serbische, territorial abgegrenzte Parallelgesellschaft mit über 100.000 Einwohnern entstanden (2010:289-290)⁹. Diese Teilung, in den Norden einerseits und den Rest des Kosovo andererseits, scheint auch durch die Politik der internationalen Staatengemeinschaft bedingt zu sein und wird somit als dauerhaft bestehende Situation eingeschätzt (Schmidt, 2008:8)¹⁰.

Diese Entwicklung führte zu einem „*negativen Frieden*“ und zu keiner wirklichen Verbesserung der Sicherheitssituation und der Bewegungsfreiheit. Demzufolge konnte die Rückkehr der vertriebenen Serben und der anderen Minderheiten nicht oder nur in sehr eingeschränktem Maße erreicht werden. Dieses Phänomen erfolgte fast ausschließlich in Enklaven, in Gebieten und Orten, ergo die von der albanischen Mehrheitsbevölkerung räumlich getrennt und von der KFOR stark geschützt wurden.

Laut der UNDP machen albanische sowie serbische Kosovaren jeweils die andere Bevölkerungsgruppe bzw. deren politischen Vertreter für die schlechte Situation verantwortlich (2005:43-45)¹¹. Aus diesem Grund ist bis heute keine Lösung der Spannungen zwischen den Gemeinschaften in Sicht. Dadurch können auch die für die internationale Gemeinschaft so wichtige Grundprinzipien der Integration und der Nichtdiskriminierung im Kosovo nicht angewendet werden.

⁹ Vgl. Rathfelder E., „*Kosovo. Geschichte eines Konflikts*“, 2010.

¹⁰ Vgl. Schmidt, C., „*Der Kosovo im Jahr 2008: Konfusion über die Verteilung von Kompetenzen*“, von „Kölner Forum für Internationale Beziehungen und Sicherheitspolitik“, 2008.

¹¹ Vgl. Kramer H., Džihic V., „*Die Kosovo Bilanz. Scheitert die internationale Gemeinschaft?*“, 2005.

1.3 Die Problematik des hohen Kriminalitäts- und Korruptionsanteils

80 % der kosovarischen Bevölkerung betrachten Korruption als eines der größten sozialen Probleme (2005:88)¹². Im Kosovo existieren in vielen Bereichen verschiedene Arten von Korruption.

Der Europäischen Kommission zufolge ist Korruption ein weit verbreitetes Phänomen, das als geeignetes Mittel zur Geldbeschaffung angesehen wird. Die fehlende Transparenz in den Beziehungen zwischen Politikern, Beamten, ihren Familien und ihren Geschäftstätigkeiten führt zu Korruptionsanfälligkeit¹³. Laut Merita Mustafa, einer leitenden Angestellten der Antikorruptionsstelle im kosovarischen demokratischen Institut, liegt der Kosovo auf einem schlechten Platz (Wert 3,4 - wobei 1 eine sehr niedrige Korruptionswahrnehmung bedeutet, während 5 der höchste Wert ist) (2009)¹⁴.

Kriminalität ist weit verbreitet. Aufgrund der Diaspora während des Kosovo-Krieges in Richtung Schweiz, Deutschland und Österreich wurde die organisierte Kriminalität zu einer grenzüberschreitenden Angelegenheit. Daraus folgte die Notwendigkeit von Kontrollen auf internationaler Ebene (2005:58)¹⁵. Prostitution, Frauenhandel, Drogenhandel, Schmuggel, Wirtschaftskriminalität, Geldwäsche und Waffenhandel sind im Kosovo immer noch allgegenwärtig und stellen ein großes Problem für die Demokratisierung dar. Der hohe Kriminalitätsanteil beweist, dass die internationalen Organisationen in diesem Bereich kaum erfolgreich sind.

1.4 Die internationalen Organisationen konnten bisher die ökonomische Lage des Kosovo nicht verbessern

Sowohl die miserable wirtschaftliche Situation der Bürger, als auch die unzulänglichen kollektiven Bemühungen im Kampf gegen organisierte Kriminalität sind Folgen des schwachen Wirtschaftssystems des Kosovo. Eine bessere Wirtschaftsentwicklung könnte

¹² Vgl. Kramer H., Džihic V., „*Die Kosovo Bilanz. Scheitert die internationale Gemeinschaft?*“, 2005.

¹³ Es gibt eine Schlüsselentdeckung, die von einem EU- Projekt genannt „*Support to the Anti-corruption Institutions of Kosovo*“ herauskam, 2009.

¹⁴ Vgl. <http://defencedebates.wordpress.com/2009/12/10/corruption-wide-spread-in-kosovo/>, aufgerufen am 24.10.2011. Dazu „*Kosovo Debate on European Issues*“, Pristina, Dezember 2009. <http://pdc.ceu.hu/archive/00006315/01/kosovo-publication.pdf>, aufgerufen am 24.10.2011.

¹⁵ Vgl. Kramer H., Džihic V., „*Die Kosovo Bilanz. Scheitert die internationale Gemeinschaft?*“, 2005.

nicht nur durch die Förderung von lokalen Investitionen geschaffen werden, sondern auch durch die Bekämpfung von Korruption und Kriminalität. Die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung ist meiner Meinung nach ein Schlüsselfaktor zur Verbesserung der Gesamtsituation.

1.5 Uneinigkeit in der Statusfrage

Die Haltung der Mitgliedstaaten der internationalen Organisationen ist grundlegend im politischen Prozess. Der Entscheidungsprozess fällt gemäß dem Mehrheitsprinzip. Problematischer wird dieser Prozess, wenn die Mitgliedstaaten keine klare einheitliche Position einnehmen. Die Problematik des Kosovo ist meiner Ansicht nach in vielerlei Hinsicht erkennbar. Dessen Unabhängigkeit wurde von vielen Staaten noch nicht anerkannt. Die Statusfrage des Kosovo kann folglich als eine politische „*controversy*“ gesehen werden. Die Großmächte und die internationalen Organisationen gehen sehr vorsichtig mit der Betrachtung dieses „*unauflösbaren Konfliktes*“ um.

Der Unabhängigkeitsstatus wurde bis jetzt nur von 76 Staaten weltweit anerkannt: Fünf EU-Mitgliedsstaaten lehnen diesen Status weiterhin ab, nämlich Griechenland, Rumänien, die Slowakei, Zypern und Spanien¹⁶.

Ich konzentriere mich auf vier Länder, die bei der Verweigerung der Anerkennung des Kosovo eine wichtige Rolle in der OSZE und in der Europäischen Union spielen: Spanien, Griechenland, Kasachstan und Russland. Spanien, das 2010 den Vorsitz in der Europäischen Union innehatte, spielt demzufolge auch in der OSZE eine wichtige Rolle.

Kasachstan hatte im Jahr 2010 den Vorsitz der OSZE über. Das Jahr zuvor führte Griechenland den Vorsitz, das eine sehr ablehnende Haltung zur Anerkennung des Kosovo einnimmt. Dem Vorsitzland kommt insbesondere Bedeutung zu, da dieses die Tagesordnung bestimmt. Die Vorgehensweise und der Entscheidungsprozess der gesamten Vereinten Nationen, der OSZE und der Europäischen Union hängen stark von der Tagesordnung ab.

¹⁶ Dazu „*Unabhängigkeit des Kosovo entzweit die EU*“, Der Standard, 18.02.2008, „*Kosovo: Europäische Union tanzt nach der Pfeife der USA*“, Wirtschaftsblatt, 18.02.2008, „*Österreich erkennt Kosovo diese Woche an*“, Die Presse, 18.02.2008.

Außerdem würde die Möglichkeit eines EU-Beitritts Serbiens diese Problematik weiter verschärfen.

Weiters herrscht ein weitergehendes Zusammenspiel zwischen den zwei einflussreichen Staaten Russland und den USA¹⁷. Russland hat Serbien während des Kosovo-Krieges (1999) unterstützt. Da Russland die Unabhängigkeit des Kosovo abgelehnt hat, stehen die Chancen für zukünftige Initiativen zugunsten des Kosovo schlecht.

Nach einem Antrag Serbiens an den Internationalen Gerichtshof wegen der Unabhängigkeitserklärung erklärte am 22. Juli 2010 der Internationale Gerichtshof, dass die Unabhängigkeit des Kosovo die internationalen Rechte nicht umstößt, und betrachtet sie zufolge als „nicht illegal“.

Die Vereinten Nationen haben selbst das Land zur Unabhängigkeit geführt und den Kosovo damit anerkannt. Die OSZE und die Europäische Union¹⁸ sind nicht dieser Auffassung und berufen sich dabei in der Namensnennung des Landes auf „Kosovo gemäß der Resolution 1244“ („UN Security Council Resolution 1244“), demzufolge sie keine klare Position beziehen. Wichtig zu betonen ist in dieser Debatte die EntschlieÙung des Europäischen Parlaments von bis dato 10. Juli 2010¹⁹:

„Das Europäische Parlament nimmt zur Kenntnis, dass sich das Kosovo am 17. Februar 2008 für unabhängig erklärt hat und dass dessen Unabhängigkeit von 69 Ländern anerkannt wurde; stellt fest, dass 22 EU-Mitgliedstaaten das Kosovo als unabhängigen Staat anerkannt haben und fünf Mitgliedstaaten dies nicht getan haben; begrüÙt die trotz der Nichtanerkennung des Kosovo durch Spanien²⁰ konstruktive Haltung des spanischen Vorsit zes gegenüber dem Land; würde die Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo durch alle Mitgliedstaaten begrüÙen“.

Aus diesem Blickwinkel heraus erscheinen die internationalen Organisationen als in zwei Blöcke geteilt, deren Entscheidungen übereinstimmen müssen.

¹⁷ Vgl. „Bush gibt Kosovo als erster das Ja-Wort“, Kurier, 18.02.2008.

¹⁸ Ker-Lindsay J., „Kosovo. The Path to Contested Statehood in the Balkans“, Seiten 122-124, 2009.

¹⁹ EntschlieÙung des Europäischen Parlaments vom 8. Juli 2010 zum Prozess der europäischen Integration des Kosovo, <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0281+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>, aufgerufen am 24.10.2011.

²⁰ Aufgrund der separatistischen Tendenzen im Baskenland und in Katalonien hat sich Spanien gegen die Anerkennung des Kosovo ausgesprochen. 2010 hat Spanien seine Position nochmals bestätigt (vgl. <http://www.eubusiness.com/news-eu/spain-kosovo.50a/>, aufgerufen am 22.10.2011).

1.6 Strukturelle bzw. organisatorische Probleme

Die internationalen Organisationen müssen bei der Bildung einer Struktur der Karrieren ihrer Mitarbeiter, die in den Feldmissionen arbeiten, folgendes beachten: Die Fragmentierung des professionellen Werdeganges und die unzureichende Einschulung der Mitarbeiter.

Die OSZE ist ein *non-career* Arbeitgeber. Aufgrund des Rotationsprinzips können die Mitarbeiter höchstens 10 Jahre in der OSZE arbeiten. *Seconded mission*²¹-Mitglieder können in der gleichen Mission maximal 7 Jahre lang arbeiten. Die Vereinten Nationen und die Europäische Union haben ein ähnliches System.

Dadurch kann in der Praxis eine Distanz zwischen den Mitarbeitern und ihren Arbeitsergebnissen entstehen, wobei anzumerken ist, dass dies zu einer Diskontinuität bei den Missionen führt.

Naturgemäß wird der Prozess der Demokratisierung in solch problematischen Ländern viel länger dauern. Anders gesagt, braucht es meiner Meinung nach zur Postkonfliktrehabilitation und zur Friedenssicherung langfristige Beschäftigung. Die internationalen Organisationen betrachten die kurzfristige Beschäftigung ihrer Mitarbeiter nicht als Hindernis für ihre Ziele. Die begrenzten Dienstzeiten verursachen jedoch Diskontinuität in den Missionen.

Wie schon erwähnt, werden die Mitarbeiter der internationalen Organisationen oftmals unvorbereitet mit schwierigen Situationen (wie auch im Falle des Kosovo) konfrontiert. Zu wenige Vorbereitungskurse werden angeboten und es gibt viele Mitarbeiter, die aus nichteuropäischen Staaten kommen. Es scheint schwierig, die Prinzipien der Demokratisierung und der Grundrechte (Menschenrechte, Grundfreiheiten u.s.w.) im Kosovo zu verstärken, wenn die Mitarbeiter der internationalen Organisationen selbst aus Staaten kommen, in denen diese Prinzipien schwach vertreten sind.

Meiner Ansicht nach weist das Personal der internationalen Organisationen einen Mangel an Vorbereitung, sowohl auf praktischer als auch auf theoretischer Ebene auf.

²¹ Die Mehrheit der Positionen in den OSZE-Feldoperationen erfüllt das *secondment*. Die Personen werden von den OSZE-Mitgliedstaaten nominiert (<http://www.osce.org/employment>, aufgerufen am 17.11.2010).

1.7 Unklarheit der rechtsstaatlichen Kompetenzverteilung

Die Zusammenarbeit der OSZE mit den Vereinten Nationen sorgt teilweise für Verwirrung oder Chaos und die Abgrenzung der Kompetenzen ist nicht eindeutig erkennbar. Die Zusammenarbeit der OSZE mit den VN und der EU stiftet Verwirrung. Die Grenzen zwischen den Kompetenzen der verschiedenen Organisationen sind konfus. Die NATO und die OSZE sollten in Bereichen wie Konfliktverhütung, Krisenmanagement und Sicherheitsbedrohung sowohl auf politischer als auch auf operativer Ebene kooperieren. NATO-Initiativen zur Unterstützung der Verteidigungsreform sowie das OSZE-Engagement zur Konfliktverhütung und Stabilitätswiederherstellung sollten sich ergänzen²².

EULEX, die EU-Mission im Kosovo, die ihre Tätigkeit nach der Unabhängigkeit aufgenommen hat, sollte die kosovarischen Behörden im Bereich Rechtsstaatlichkeit vorantreiben und unterstützen, insbesondere in den Bereichen Polizei, Justiz und Zoll²³. Aber die größten Hindernisse der EULEX-Mission sind im Nordkosovo bzw. in Mitrovicë/Mitrovica besonders evident, wo parallele Institutionen jedoch weiterhin existieren und wo serbische Behörden immer noch für die serbische Gemeinschaft verantwortlich sind und sowohl die kosovarische Regierung als auch die EULEX weiterhin ablehnen. Da die Grenzen zwischen den Institutionen (serbisch-albanisch) im Bereich der Justiz nicht klar definiert sind, herrscht Verwirrung in der Bevölkerung.

1.8 Hypothesen

- 1) Wenn die UNMIK ihre Prioritäten überarbeiten würde, vor allem mittels einer stärkeren Förderung der kosovarischen Wirtschaft, beispielsweise durch ausländischen Investitionen, könnte sich die gravierende wirtschaftliche Lage des Kosovo verbessern.**

Ich werde in den nächsten Absätzen behaupten, dass die wirtschaftliche Entwicklung im Kosovo eine Priorität darstellt. In mehr als zwölf Jahren haben sich die Problemfelder im Kosovo verändert, was auch eine Umstellung der Strategien

²² <http://www.nato.int/issues/nato-osce/index.html>, aufgerufen am 24.10.2011.

²³ <http://www.eulex-kosovo.eu/en/info/whatisEulex.php>, aufgerufen am 17.11.2010.

der internationalen Organisationen verlangt. Einerseits entspannte sich die Sicherheitslage im Kosovo in den letzten Jahren, andererseits stellt derzeit die wirtschaftliche Lage aber eine der wesentlichen Prioritäten dar. Die Vereinten Nationen sollten Maßnahmen zur Erholung der kosovarischen Wirtschaft effektiver treffen, zum Beispiel durch Anreize für ausländische Investoren.

- 2) Wenn die OSZE ihr System der Arbeitszeiten in den Feldmissionen überarbeiten würde, könnte ihre Mission im Kosovo mehr an Kontinuität gewinnen. Wenn die OSZE mehr Kontinuität im politischen Dialog gewinnen könnte, gäbe es weniger ethnischen Spannungen.**

Das Rotationsprinzip garantiert zwar die Qualität des in den Feldmissionen tätigen Personals, jedoch könnte diese Leitlinie die Arbeit der Feldmissionen beeinträchtigen. Eine der Stärken der OSZE, die eine breite Feldpräsenz hat, ist das Vertrauen zwischen den OSZE-Mitarbeitern und den lokalen Vermittlern, das innerhalb von sechs Monaten schwierig aufzubauen ist. Der politische Dialog zwischen den Vertretern der verschiedenen Gemeinschaften ist grundlegend zur Verhinderung der ethnischen Spannungen. Mehr Fokus auf den politischen Dialog könnte auch zur angespannten ethnischen Situation entschärfen.

- 3) Wenn die EULEX-Mission die Kriminalität und die Korruption stärker bekämpfen würde, wäre sie als Rechtsstaatlichkeitsmentor glaubwürdiger.**

Die „European Rule-of-Law Mission“ ist für die Rechtsstaatlichkeit zuständig. Ich werde in den letzten Kapiteln behaupten, dass die Anstrengungen in diesem Bereich unzureichend sind. Darüber hinaus muss auch bedacht werden, dass die getroffenen Maßnahmen nicht ausreichen, um ein so gewaltiges Problem wie die organisierte Kriminalität zu bekämpfen. Die Europäische Union sollte jedenfalls mit größerem Nachdruck am Aufbau der Justiz arbeiten. Diese Behauptung wird deutlicher, wenn ich im letzten Kapitel auf die die Mission gefährdenden Korruptionsskandale, in die Mitarbeiter der EULEX-Mission involviert sind, eingehen werde. In einem derart delikaten Bereich wie Rechtsstaatlichkeit ist eindeutig mehr Aufmerksamkeit erforderlich.

2 Methodologie

Kernpunkt meiner Masterarbeit ist es zu verstehen, worin die Schwächen in der Arbeit der internationalen Organisationen in einem so heiklen Gebiet wie dem Kosovo liegen. Die wissenschaftliche Frage fasst die Ziele der Arbeit zusammen.

Die Perspektive, aus der ich die Situation analysiert habe, ist ethnisch.

Zur Schlüssigkeit meiner Analyse habe ich es für bedeutend gehalten, kurz einen Überblick über die Geschichte darzustellen. Aus diesem Grund habe ich die ethnische Zusammensetzung untersucht, um herauszuarbeiten, warum es für die internationalen Organisationen so schwierig ist, in einem solch problematischen Gebiet erfolgreich zu arbeiten.

Laut den Empfehlungen von Eisenhardt²⁴ (1989) sollte der Prozess der Theorieneinführung durch Darlegung der Forschungsfrage durchgeführt werden, um zu den zweckdienlichen Schlussfolgerungen zu kommen.

Diese Forschungseinstellung gilt besonders in den neuen Thematiken. Die resultierende Theorie ist oft überprüfbar und hat eine empirische Validität. Logische Kohärenz ist ein Schlüsselkriterium für die Auswertung dieser Forschungsform.

Das Forschen anhand von Fallstudien (*case studies*) ist eine Forschungsstrategie, die sich auf das Verständnis der Dynamiken in den einzelnen Szenarien konzentriert.

Fallstudien können sich sowohl mit einzelnen, als auch mit vielfältigen Fällen befassen, und können verschiedene Analyseebenen betreffen. Diese Methode kombiniert typischerweise Datensammlung, Archive, Interviews, Fragebögen und Beobachtungen. Die Datenerhebung kann sowohl durch qualitative als auch durch quantitative Forschung durchgeführt werden, oder auch durch eine Kombination der beiden. Durch Anwendung der Fallstudien können verschiedene Zwecke verfolgt werden: Beschreibungen der Fälle, Theorien überprüfen oder generieren. Es ist wesentlich, die Forschungsfrage am Anfang der Arbeit festzulegen, um Theorien durch Fallstudien generieren zu können.

Die Fallauswahl ist ein wichtiger Aspekt im Prozess der Aufstellung von Theorien von Fallstudien²⁵.

²⁴ Vgl. Eisenhardt, Kathleen M., "Building Theories from Case Studies Research", Academy of Management Review, 1989.

²⁵ Vgl. Eisenhardt, Kathleen M., "Building Theories from Case Studies Research", Academy of Management Review, 1989.

Die Analyse der Stärken und Schwächen der internationalen Präsenz im Kosovo als ein “*case study*” könnte hilfreich sein. Und zwar in erster Linie weil die Vereinten Nationen und die Europäische Union eine große Summe an finanziellen Mitteln zur Verfügung gestellt haben. Weiters weil die OSZE-Mission im Kosovo die größte Feldmission im Rahmen der OSZE ist, und daher zur Glaubwürdigkeit dieser Organisationen beitragen könnte.

Einzelne Fallstudien werden oft sowohl zum Zweck der Theorienbestätigung, als auch zur auf Geschichte eines Landes basierende Analyse verwendet, mit besonderem Fokus auf der Forschungsfrage. Als Beispiel dafür nennt Eisenhardt die Analyse der Konsolidierung der Demokratie²⁶.

Nach einer Analyse dieser Ansätze werde ich einen Überblick über die Geschichte des Kosovo geben, mit besonderem Fokus auf die Forschungsfrage sowie einer kritischen Analyse der Konsolidierung der Demokratie durch die internationalen Organisationen.

Manche Forschungsdesigns sind als fokussierte Vergleiche zu sehen, die sich unmittelbar von der Forschungsfrage ableiten lassen. Insbesondere in meinem Fall gelten all diese Ansätze als Leitlinien²⁷. Die Gegenüberstellung ist ein Instrument zur Prüfung der Beziehungen zwischen zwei Phänomenen. Diese Dynamik wird in meiner Arbeit oft verwendet. Ich werde erklären, dass die verschiedenen Missionen in ihren Stärken und Schwächen viele Gemeinsamkeiten haben.

Ich hatte die Möglichkeit, verschiedene Methoden zu verwenden. Dank meiner Teilnahme an den OSZE-Konferenzen konnte ich sowohl die Mechanismen als auch die Schwächen dieser Organisation kennenlernen. Diese Erkenntnisse waren mir bei der Überprüfung der internen Validität hilfreich. Ich habe offizielle OSZE-Berichte untersucht und ein Interview geführt. Außerdem hatte ich während meines Praktikums beim Informationsbüro des Europäischen Parlaments zu einer Reihe von Quellen Zugang. Ich hatte die Gelegenheit, die zuständige Berichterstatteerin des Europäischen Parlaments für den Kosovo und EU-Abgeordnete Ulrike Lunacek über die Strategien der Europäischen Union

²⁶ Vgl. Eisenhardt, Kathleen M., “*Building Theories from Case Studies Research*”, *Academy of Management Review*, 1989.

²⁷ Vgl. Pennings, P. Keman, H., Kleinnijenhuis, J., “*The Comparative approach: theory and method*”, in *Doing Research in Political Science, An introduction to Comparative Methods and Statistics*, 2006.

im Kosovo schriftlich zu befragen. Ich habe also mehrere offizielle Berichte von diesen zwei Organisationen gelesen und verwendet.

Zusätzlich habe ich mich anhand offizieller Daten und Statistiken mit der vorherrschenden Kriminalität befasst.

Besonders bedeutsam für den Zweck meiner kritischen Analyse betrachte ich die Eindrücke, die ich während dieser zwei Praktika sammeln konnte. Durch meine Teilnahme am Ständigen Rat der OSZE und an der Plenarsitzung des Europäischen Parlaments konnte ich zahlreiche Informationen gewinnen, die in schriftlichen Quellen nicht zu finden waren. Meine persönliche Erfahrung hat mir somit einen detaillierteren Überblick verschafft.

Als Primärquelle benutzte ich ein Interview mit einem Mitarbeiter der OSZE. Als Sekundärquellen benutzte ich offizielle Berichte der Vereinten Nationen, der OSZE und der Institutionen der Europäischen Union, vor allem der letzten zwei Jahre, sowie wissenschaftliche Zeitungen im Bereich der internationalen Politik und Artikeln der nationalen Zeitungen, wobei mir das Verständnis der kosovarischen Zeitungen aus sprachlichen Gründen nicht möglich war.

Ein weiteres Hindernis bei der Benutzung der Quellen war der Mangel an Objektivität sowohl in den Berichten der internationalen Organisationen, die die Situation oft positiver darstellen, als sie tatsächlich ist, als auch in den Büchern, die sich mit der Geschichte des Kosovo befassen, deren Autoren ihre politische Orientierung wenig kaschieren und deren Aussagen oft von historischem Revisionismus beeinflusst werden.

2.1 Das Interview

Um meine Kenntnisse in diesem Bereich zu erweitern und zu vertiefen, konsultierte ich einen Experten zu diesem Thema und konnte dadurch weitere interessante Daten und Informationen sammeln. In diesem Fall wurden Informationen durch die Interaktion zwischen dem Befragten und dem Leiter des Interviews erarbeitet.²⁸

²⁸ Vgl. Kvale, S., *“Introduction to interview research”*, in *“Doing Interviews”*, The Sage Qualitative Research kit, 2009.

Ich habe Schmid's Methode angewendet²⁹. Laut Schmid sollte das Interview so wie folgt durchgeführt werden: aufmerksames Zuhören, ohne den Befragten zu unterbrechen und ihn durch die Meinung des Interviewers zu beeinflussen, eine ausreichende Anzahl an Daten sammeln, um Unparteilichkeit und Flexibilität zu bewahren. Ich habe deswegen versucht, einfache und *non-directive* Fragen zu stellen wie Masons (2002) und Kvale (1996) empfehlen.

Die Auswahl des Interviewpartners ist ein wesentlicher Teil dieses Verfahrens. Letztes Jahr (2010), als ich bei der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in Wien ein Praktikum absolvierte, bat ich eine *Senior Member of Staff* um ein Interview. Sie stellte sich für das Interview zur Verfügung, wobei sie betonte, dass ich weder ihren Name noch ihre Aussagen zitieren dürfe.

Ihrer Meinung nach ist es notwendig, die Feldmissionen ganz genau zu beobachten, um die Feldaktivität im Kosovo zu verstehen und herauszufinden, ob die OSZE „*is doing enough*“. Diese Aussage verdeutlichte, wie schwierig es ist, Problematiken zu erkennen und Informationen über die Feldmissionen zu sammeln, wenn man die Möglichkeit zur Selbstbeobachtung nicht hat. Außerdem scheint es problematisch, eine kritische Linie zu verfolgen, wenn man sich nur mit offiziellen Berichten befasst, die immer die gleichen „positiven“ Ansätze darstellen.

Nach diesen Betrachtungen bat ich einen weiteren *Senior Member of Staff*, dessen Name vertraulich behandelt werden muss, um ein Interview. Er zeigte sich begeistert und erlaubte mir, seine Aussagen in meiner Arbeit zu verwenden. Informelle Verhandlungen und Netzwerke erweisen sich tatsächlich als ein wesentliches Instrument solcher Forschungen. Der Leitfaden wurde in den Anhang der Masterarbeit aufgenommen.

Das Profil des Befragten

Der Befragte arbeitete in der OSZE als politischer Vermittler zwischen der serbischen Regierung und der albanischen Führung. Ich betrachte seine Erfahrung aus verschiedenen Gründen als äußerst interessant: Erstens war er in der kritischsten Region des Kosovo tätig, im Gebiet von Mitrovicë/Mitrovica, einer Stadt, die symbolisch für das schwierige Zusammenleben zwischen Albanern und Serben steht. Seine Tätigkeit im Kosovo begann

²⁹ Vgl. Schmid, Josef., „*Expertenbefragung und Informationsgespräch in der Parteienforschung*“, in: Alemann, 1995.

kurz nach dem Krieg, im Jahre 1999, daher erlebte er die schwierigste Zeit dieses Gebiets, als es sich im Nachkriegsdemokratisierungsprozess befand, jene Bemühungen stellen die Kerntätigkeiten und Hauptziele der OSZE bzw. anderer internationaler Organisationen dar. Ferner war er sowohl im Kosovo, als auch in anderen problematischen Gebieten des Westbalkans tätig, unter anderem in Südserbien, wo eine große albanische Gemeinschaft lebt.

3 Theorien der internationalen Organisationen

Ich werde manche einleitenden Konzepte wie die Bedeutung von *Ethnizität (ethnicity)*, *Gemeinschaft (community)* und *Nationalität (nationality)* präzisieren.

Smith definiert eine *ethnische Gemeinschaft (ethnic community)*, von dem griechischen Wort *ethnos*) als eine „Summe“ von Menschen die zusammen leben und zusammen agieren (2002:20-30). Eine *ethnische Gemeinschaft* hat laut Smith sechs Merkmale:

“a common name, a myth of common ancestry, shared memories, a common culture, a link with a historic territory or homeland, and a measure of common solidarity. Another important element is cultural uniqueness: the *ethnie* appears to be distinctive by having a language unrelated to other languages, or a religious community entirely to itself.”³⁰

In einem vom Hohen Kommissar für Nationale Minderheiten (High Commissioner on National Minorities) veröffentlichten Dokument, den „Bolzano recommendations“, (2008:5), wurde der Terminus *Nationale Minderheiten (national minorities)* als „a wide range of minority groups, including religious, linguistic and cultural as well as ethnic minorities, regardless of whether these groups are recognized as such by the States where they reside and irrespective of the denomination under which they are recognized.“³¹ bezeichnet.

Anschließend analysiere ich manche Theorien über ethnische Konflikte.

Laut Brown (1993:1-6) ist ein **ethnischer Konflikt**:

„a dispute about important political, economic, social, cultural or territorial issues between two or more ethnic communities. Ethnic conflicts often become internationalised. The first prerequisite for ethnic conflict is that two or more ethnic groups must reside in close proximity. Another prerequisite is that national, regional and international authorities must be too weak to keep groups from fighting and to ensure the security of individual groups.“³²

Ein interessanter Ansatz im Bereich *Politics of International Legitimacy* ist jener von Cooper und Berdal (1993:181), die „Operationen für Friedenssicherung in den internationalen Organisationen“ wie folgt erläutern: “ethnic problems become ethnical conflicts as the power of the state weakens”³³.

³⁰ Smith, A. D.: “*The ethnic origins of Nations*”, 2002

³¹ *The Bolzano/Bozen Recommendations on National Minorities in Inter-State Relations & Explanatory note*, OSCE, HCNM, Juni 2008, <http://www.osce.org/hcnm/33633>, aufgerufen am 24.10.2011.

³² Brown, M. E. : “*Ethnic conflict and international security*”, 1993.

³³ Cooper, R., Berdal, M.: “*Outside Intervention in Ethnic Conflicts*”, in Brown, M. E.: “*Ethnic conflict and international security*”, 1993.

Am meisten habe ich mich mit den Ansätzen von Helmut Kramer und Vedran Džihic, Oliver Jens Schmitt über die Geschichte und die Gesellschaft, Erich Rathfelder über den Konflikt und die heutige Situation im Kosovo befasst.

3.1 Global Governance

Global Governance befasst sich mit problemfeldübergreifenden Ordnungsproblemen der Weltpolitik. Basis der Global Governance sind neue Kooperationsformen, die Politik internationaler Organisationen und das Agieren mit transnationalen Unternehmen usw. unabhängig voneinander und sogar in Konkurrenz erfolgen. Internationale Akteure und die Vereinten Nationen sind Schlüsselakteure dieses Konzeptes, welches als Weltordnungspolitik zu sehen ist.

Filzmaier et al. betrachten Global Governance als globale Mehrebenenpolitik mit unterschiedlichsten Akteuren sowie vielfältigen Entscheidungs- und Kooperationsstrukturen (2006:294-295)³⁴.

3.2 Europäische Governance und das Tempelmodell

Im Rahmen der EU findet der Governance-Ansatz des Mehrebenensystems statt, wobei „Governance“ für eine neue Form des Regierens steht. Dabei handeln diversen Akteure in verschiedenen Politikfeldern mit verschiedenen Interessenslagen sowohl auf europäischer, als auch auf nationalstaatlicher und subnationalstaatlicher Ebene. Daher wird der Governance-Ansatz auf mehrere Ebenen projiziert und ist also als Multi-Level-Governance zu sehen. Dieser Ansatz versteht sich als ein vereinigender Ansatz innerhalb der Integrationstheorien. Die Möglichkeit des *Agendasettings* und der Politikumsetzung verteilt sich gleichmäßig auf europäische, (sub-)nationale, private und korporatistische Akteure und basiert auf deren interdependenter Kooperation³⁵.

³⁴ Vgl. Filzmaier P, Gewessler L., Höll O., Mangott G., „*Internationale Politik*“, 2006.

³⁵ Vgl. Ucakar K., Gschiegl S., „*Das politische System Österreichs und die EU*“, 2009.

Die Aufgaben, Prinzipien und Ziele der Union befinden sich in den gemeinsamen Bestimmungen, dem „Dach“ des Tempels, deswegen wird das politische System der EU mit einem Tempel verglichen.

Gemäß Ucakar und Gschiegl bilden den ersten Pfeiler dabei die Europäischen Gemeinschaften mit stark supranationalen Zügen. Der zweite Pfeiler entspricht der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Im dritten Pfeiler schließlich findet sich die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen, die ähnlich der GASP durch intergouvernementale Kooperation geprägt ist (2009:187)³⁶.

Was alle Pfeiler der EU gemeinsam haben, ist ein „einheitlicher institutioneller Rahmen“ (Art. 3 EUV). Sie fußen auf den sich im Laufe der EU-Integration herausgebildeten Institutionen. Die wesentlichen Elemente und Inhalte des Unionsvertrags sind:

- Gemeinsame Bestimmungen (Art. 1-7 EUV)
- Bestimmungen zur Änderung der Gemeinschaftsverträge (Art. 8-10 EUV)
- Bestimmungen über die GASP (Art. 11-28 EUV)
- Bestimmungen über die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Art. 29-42 EUV)
- Bestimmungen über eine verstärkte Zusammenarbeit (Art. 43-45 EUV)
- Schlussbestimmungen (Art. 46-53 EUV)
- Erklärungen und Protokolle, die Erklärungen über die Erweiterung und die Zukunft der EU bilden.

Laut Weidenfeld und Wessels ist am wichtigsten der Verweis auf die Grundsätze der Freiheit, der Demokratie und der Achtung der Menschenrechte sowie der Rechtsstaatlichkeit, auf denen die Europäische Union beruht (2007:186)³⁷.

Ein wesentliches Ziel der Union ist die Behauptung ihrer Identität auf internationaler Ebene, insbesondere durch eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, wozu auf längere Sicht auch die Festlegung einer Verteidigungspolitik gehört (Art. 2 EUV). Außerdem wurde eine „*Stärkung des Schutzes der Rechte und Interessen der Angehörigen ihrer Mitgliedstaaten durch Einführung einer Unionsbürgerschaft*“ vereinbart (Art. 2 EUV).

³⁶ Vgl. Weidenfeld W., Wessels W., „*Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration*“, 2007.

³⁷ Vgl. Weidenfeld W., Wessels W., „*Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration*“, 2007.

Schließlich gehören „die Erhaltung und Weiterentwicklung der Union als Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, in dem in Verbindung mit geeigneten Maßnahmen in Bezug auf Kontrollen an den Außengrenzen, Einwanderung, Asylrecht sowie Verhütung und Bekämpfung der Kriminalität, der freie Personenverkehr, gewährleistet ist“ (Art. 2 EUV) zu den Zielen der Union. Hier sollen der Abbau der innergemeinschaftlichen Grenzkontrollen, die Handhabung der Außenkontrollen durch eine gemeinsame Asyl-, Einwanderungs- und Visapolitik, sowie die polizeiliche- und justizielle Zusammenarbeit geregelt werden. Im Bereich der Freiheit, Sicherheit und Rechte kommen sowohl Elemente der ersten als auch der dritten Säule vor, was als typisches Merkmal der EU angesehen werden kann (2007:189)³⁸.

Der Europäische Rat gibt in der GASP Leitlinien vor und ist Beschlussinstanz für gemeinsame Strategien auf Basis dieser Strategien trifft der Rat dann Entscheidungen, die die GASP bestimmen. Die GASP ist das Ergebnis intensiver Zusammenarbeit der verschiedenen Regierungen. Jeder EU-Mitgliedstaat hat ein Vetorecht um sich gegen Mehrheitsabstimmungen zu behaupten.

Seit 1999 haben die Staats- und Regierungschefs die Schaffung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) mit institutionellen, operativen und materiellen Vorkehrungen betrieben, was die Aufstellung ziviler und militärischer Krisenreaktionskräfte beinhaltet. Diese Entwicklung verändert die Qualität der EU in einem entscheidenden Ausmaß. Von den Beziehungen zur NATO wird abhängen, ob sich die EU militärisch organisieren wird.

In der dritten Säule wird die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Art. 29-42 EUV) behandelt. Eine engere Kooperation von Polizei, Justiz und Zollbehörden sowie die Tätigkeit des europäischen Polizeiamts Europol und von Eurojust, der europäischen Stelle für justizielle Zusammenarbeit bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität sind hier vorgesehen.

Unter dem Stichwort „verstärkte Zusammenarbeit“ fasst man pfeilerübergreifend die Flexibilisierung der Entscheidungsverfahren zusammen. Die Möglichkeit eines nationalen Vetos gegen die Einführung der verstärkten Zusammenarbeit ist in der zweiten Säule vorgesehen, im Gegensatz zur EG und zum dritten Pfeiler, wo dies nicht vorgesehen ist³⁹.

³⁸ Vgl. Weidenfeld W., Wessels W., „Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration“, 2007.

³⁹ Vgl. Weidenfeld W., Wessels W., „Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration“, 2007.

3.2.1 Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) (2007:265)⁴⁰

Der zentrale außen- und sicherheitspolitische Handlungsrahmen der EU wird mit dem Vertrag von Maastricht (1993) in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (vormals Europäische Politische Zusammenarbeit, kurz EPZ) definiert.

Ziel der EU-Mitgliedstaaten ist es, eine gemeinsame Linie zu definieren, die „alle Bereiche“ der Außen- und Sicherheitspolitik bis hin zu einer gemeinsamen Verteidigung einschließt, bis hin zu einer gemeinsamen Verteidigung zu definieren und mit Hilfe eines ausdifferenzierten Instrumentariums umzusetzen.

Artikel 17 EUV liefert eine explizite Definition der Verteidigungspolitik im Bereich des militärischen Krisenmanagements in Form humanitärer Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltender Aufgaben sowie von Kampfeinsätzen bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen.

Die Ergebnisse der GASP werden üblicherweise in einer Vielzahl von Erklärungen, Reden und gemeinsamen Stimmabgaben bei internationalen Organisationen, diplomatischen Demarchen gegenüber Regierungsvertretern von Nicht-EU-Staaten, gemeinsamen Strategien, gemeinsamen Aktionen und gemeinsamen Standpunkten bekannt gemacht; insbesondere in der Generalversammlung der UNO und im Rahmen der OSZE.

3.2.1.1 Menschenrechtspolitik

Die EU bekennt sich mit dem Vertrag von Maastricht (1993) zum Selbstverständnis der Institutionen, zum Erweiterungsprozess und zu den Außenbeziehungen und zur Menschenrechtspolitik. Diese besteht aus den für alle Mitgliedstaaten verbindlichen Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit. Die EU wendet diese Werte nicht nur intern an, sondern sie dienen auch als Maßstab zur Bewertung externer Vorgänge. Die EU verfügt über ein Maßnahmenbündel für den internationalen Menschenrechtsschutz. Eine bessere Koordinierung innerhalb und zwischen den Institutionen soll für mehr Kohärenz und Kontinuität der vielfältigen Maßnahmen sorgen.

⁴⁰ Vgl. Weidenfeld W., Wessels W., „*Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration*“, 2007.

Eine auswärtige Menschenrechtspolitik umfasst entwicklungs- und handelspolitische, genauso wie diplomatische, außen- und sicherheitspolitische Maßnahmen. In den Außenwirtschaftsbeziehungen und in der Entwicklungspolitik verfügt die Europäische Kommission über weitreichende Befugnisse und eine langjährige Praxis (erste Säule). Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik hingegen wird als zweiter Pfeiler weitgehend von der intergouvernementalen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten im Rat getragen (2007:311)⁴¹.

3.2.1.2 Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik und in internationalen Organisationen

Im zweiten Pfeiler der EU stehen Erklärungen, öffentliche und vertrauliche Demarchen, die politischen Dialoge und das gesamte Instrumentarium der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (Art. 12 EUV) zur Verfügung, um die mitgliedstaatlichen Aktivitäten zu koordinieren und in internationalen Gremien eine europäische Position einnehmen zu können (Art. 19 EUV). Die Führungsrolle der EU in der Schaffung von Mechanismen zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten erlangte sie durch Kooperation und Konsultation der Mitgliedstaaten im Rahmen des Europarats, der OSZE und der Vereinten Nationen.

Mit der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik stehen der EU nun auch polizeiliche und militärische Krisenmanagementkapazitäten zur Verfügung⁴².

3.2.2 Zusammenarbeit in Strafsachen

Das Ziel, den Unionsbürgern ein hohes Maß an Sicherheit zu bieten, soll im Wesentlichen durch drei verschiedene Mittel erreicht werden: 1) durch eine engere Zusammenarbeit der mitgliedstaatlichen Polizei-, Zoll- und anderen zuständigen Behörden und durch die Einschaltung von Europol, dem Europäischen Polizeiamt; 2) durch eine engere Zusammenarbeit der Justizbehörden; 3) durch eine Annäherung der Strafvorschriften der

⁴¹ Vgl. Weidenfeld W., Wessels W., „*Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration*“, 2007.

⁴² Vgl. Weidenfeld W., Wessels W., „*Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration*“, 2007.

Mitgliedstaaten. Die beiden letzten Bereiche werden unter dem Begriff der „Zusammenarbeit in Strafsachen“ zusammengefasst (2007:388)⁴³.

3.2.1.3 Die justizielle Zusammenarbeit

Die justizielle Zusammenarbeit besteht aus zwei Elementen: 1) Erleichterung der grenzüberschreitenden Verfolgung von Straftaten 2) Angleichung materiellen Strafrechts. Von diesen Kompetenzen ist mittlerweile durch verschiedene Rahmenbeschlüsse Gebrauch gemacht worden, vor allem in den Bereichen der organisierten Kriminalität, des Terrorismus und des Menschenhandels⁴⁴.

3.2.1.4 Die polizeiliche Zusammenarbeit

Im Rahmen der polizeilichen Zusammenarbeit zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten hat Europol eine herausragende Bedeutung. Zu den Aufgaben von Europol gehört insbesondere die Bekämpfung von illegalem Drogenhandel, illegalem Handel mit radioaktiven bzw. nuklearen Substanzen, Schleuserkriminalität, Kraftfahrzeugverschiebung, Menschenhandel einschließlich sexueller Gewalt gegen Kinder und Herstellung und Verbreitung von Kinderpornografie, Terrorismus sowie Geldfälschung bzw. Geldwäsche. Europol hat im Wesentlichen unterstützende und koordinierende Funktionen. Ihre operativen Funktionen sind gemäß des projektierten Verfassungsvertrags zu intensivieren. Daneben gibt es zahlreiche andere Instrumente zur Verbesserung der Zusammenarbeit nationaler Polizei- oder Strafverfolgungsbehörden⁴⁵.

⁴³ Vgl. Weidenfeld W., Wessels W., „Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration“, 2007.

⁴⁴ Vgl. Weidenfeld W., Wessels W., „Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration“, 2007.

⁴⁵ Vgl. Weidenfeld W., Wessels W., „Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration“, 2007.

4 Der Kosovo

“The State as a person of international law should possess the following qualifications: (a) a permanent population, (b) a defined territory, (c) government and (d) capacity to enter into relations with other States (1994:85)⁴⁶”.

In diesem Kapitel wird auf die Eigenschaften des Kosovo u.a. auf die Gesellschaft, Ethnie, Religion und Sprache dieses Gebiets eingegangen. Die Thematik des völkerrechtlichen Status wird im nächsten Kapitel vertieft.

Das heutige Gebiet des Kosovo umfasst 10.877 km² (2008:35)⁴⁷.

Die Schätzungen über die Anzahl der Bewohner des Kosovo gehen teilweise auseinander und reichen von 1,7 bis 2,4 Millionen: Laut einer Volkszählung 1991 hatte der Kosovo damals 1.956.000 Einwohner, davon 82% Albaner, 10% Serben und 8% andere Gruppen. Nach Schätzungen internationaler Organisationen lebten 2008 im Kosovo noch etwa 100.000 bis 130.000 Serben (2010:17)⁴⁸.

Laut einer Erhebung des *Statistical Office of Kosovo*⁴⁹ leben heute 1.733.872 Menschen im Kosovo (2011). Die Bevölkerungsgruppe der Albaner zeichnete sich mit dem höchsten durchschnittlichen Bevölkerungswachstum europaweit nach dem zweiten Weltkrieg aus (2005:11)⁵⁰.

4.1 Ethnische Gruppen

Im Kosovo leben neben der albanischen Mehrheitsbevölkerung, Serben, Roma, Aschkali, Ägypter, Bosniaken, Gorani (moslemische Slawen) und Türken.

⁴⁶ *League of Nations Treaty Series (LNTS)*, in Seidl-Hohenveldern, I., Schrötter H. J. hrsg., *“Vereinte Nationen, Menschenrechte und Sicherheitspolitik- Völkerrechtliche Fragen zu internationalen Konfliktbegrenzungen“*, 1994.

⁴⁷ Vgl. Schmitt O. J.: *„Kosovo. Kurze Geschichte einer zentralbalkanischen Landschaft“*, 2008.

⁴⁸ Vgl. Rathfelder E., *„Kosovo. Geschichte eines Konflikts“*, 2010.

⁴⁹ *Statistical Office of Kosovo*, <http://esk.rks-gov.net/rekos2011/?cid=2,1>, aufgerufen am 06.06.2011.

⁵⁰ Vgl. Džihic V., Kramer H., *„Die Kosovo Bilanz. Scheitert die internationale Gemeinschaft?“*, 2005.

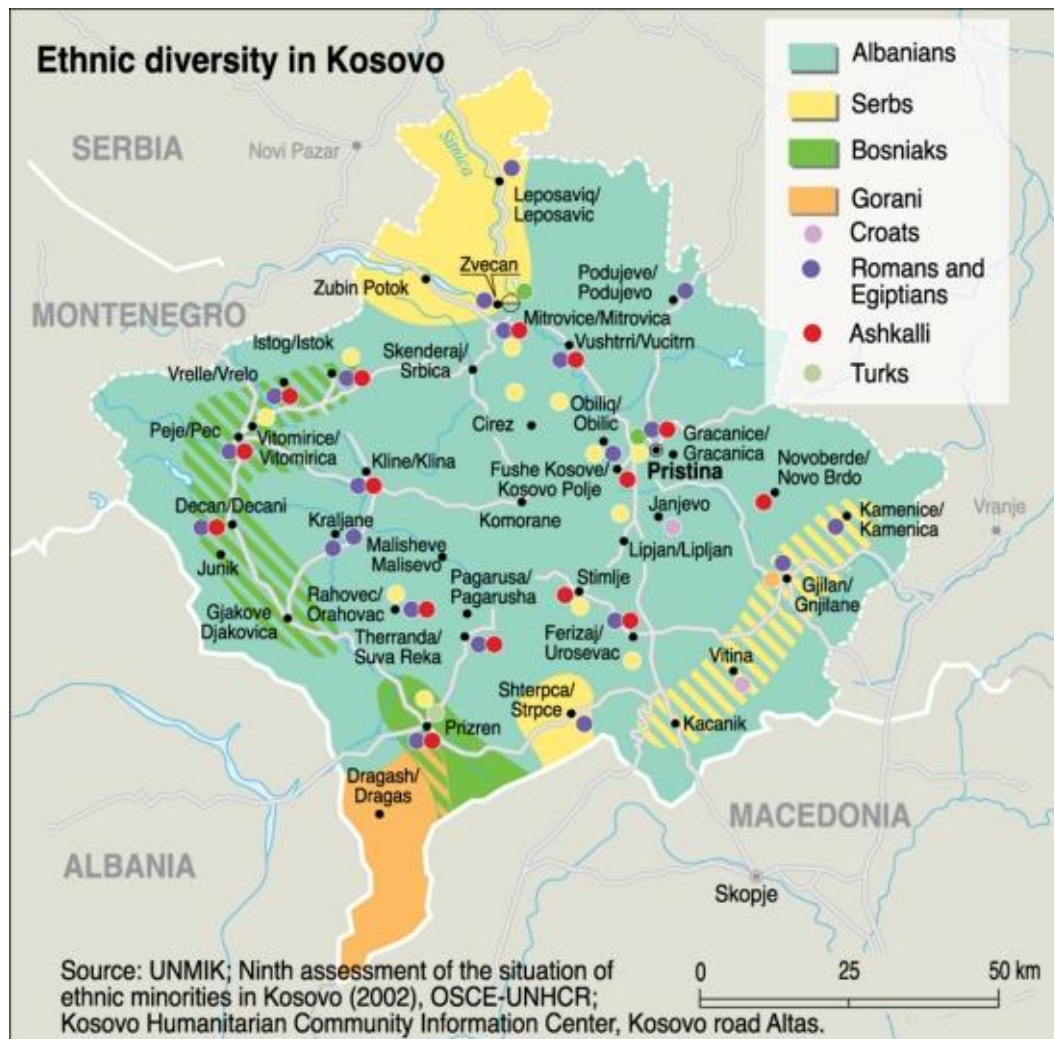


Bild 1: Ethnische Landkarte von Kosovo⁵¹

Obwohl die serbische Bevölkerung zahlenmäßig eine Minderheit darstellt, lehnt sie die Selbstbezeichnung der „Minderheit“ aus historischen wie auch aus politischen Gründen ab. Der Mangel an deutlichen Ansätzen eines multiethnischen Lebens im Sinne eines „Miteinanders“ führt zu problematischen Beziehungen zwischen der Mehrheitsbevölkerung und den anderen Ethnien im Kosovo. Im Gegensatz zu Bosnien-Herzegowina, wo es vor dem Krieg eine lange Tradition des Zusammenlebens zwischen den existierenden Ethnien gegeben hatte, gab es im Kosovo zwischen Albanern und Serben kaum Mischehen (2010:15)⁵². Aufgrund des ethnischen Hasses zwischen Albanern und Serben sollte man im Falle des Kosovo eher von einem „Nebeneinander“ sprechen. Die gesellschaftliche Situation war und bleibt immer noch gespannt. Die albanische

⁵¹ <http://maps.grida.no/go/graphic/ethnic-diversity-in-kosovo>, aufgerufen am 3.10.2011.

⁵² Vgl. Džihic V., Kramer H., „Die Kosovo Bilanz. Scheitert die internationale Gemeinschaft?“, 2005.

Gesellschaft lebte lange in einer Apartheidsituation, während die serbische Gesellschaft sich in den letzten Jahren in einer Ghettosituation befand.

Wichtig ist auch zu betonen, dass sich das Phänomen der Diaspora - vor allem während des Krieges - verstärkte. In Deutschland und in Italien befinden sich jeweils 400.000 Albaner, in der Schweiz 200.000 und je 500.000 in Griechenland und in den Vereinigten Staaten (2005:14)⁵³. Die emigrierten bzw. geflüchteten Albaner spielten aber trotzdem weiterhin eine wichtige Rolle: Erstens hielten sie vor dem Krieg die Parallelinstitutionen im Kosovo sowie die Befreiungsarmee UÇK mit finanziellen Mitteln am Leben zweitens spielen sie derzeit eine wichtige Rolle für ihre in Kosovo gebliebenen Familien, die finanziell von ihnen unterstützt werden, was eine der größten ökonomischen Quellen darstellt.

4.2 Religionen

Die Bevölkerungsmehrheit gehört dem sunnitischen Islam an. Die Christen verteilen sich auf die orthodoxe und die katholische Glaubensrichtung. Der gegenwärtige Zustand ist das Ergebnis eines Islamisierungsprozesses, sowie von Wanderungs- und Fluchtbewegungen, die sich über mehrere Jahrhunderte erstreckten. Serbischsprachige Muslime, die so genannten Gorani („Bergler oder Bergbewohner“), leben in der Umgebung von Prizren.

Die muslimische Identität erklärt sich auch durch das Bewusstsein einer Gemeinschaftsangehörigkeit und ist mehr soziokulturell als religiös geprägt.

Die Muslimen stellen über 95% der albanischsprachigen Bevölkerung dar. Die im Kosovo herrschenden Spannungen wurden nicht als Krieg der Religionen, sondern als Auseinandersetzung zwischen ethnischen Gruppen ausgetragen (362-363)⁵⁴.

4.3 Sprachen

Im Kosovo bestehen derzeit folgende Sprachgemeinschaften: Die albanische, die serbische, die türkische und die Romanesgemeinschaft (Romasprache). Das Albanische wird von muslimischen Albanern und albanischsprachigen Romagruppen verwendet, das

⁵³ Vgl. Džihic V., Kramer H., „Die Kosovo Bilanz. Scheitert die internationale Gemeinschaft?“, 2005.

⁵⁴ Vgl. Schmitt O. J.: „Kosovo. Kurze Geschichte einer zentralbalkanischen Landschaft“, 2008.

Serbische von orthodoxen Serben, den muslimischen Gorani sowie muslimischen Bosniaken, das Kroatische von den slawischen Katholiken von Janjevo und das Türkische gilt in Prizren neben dem Albanischen und dem Serbischen als die dritte Amtssprache.

Heutzutage werden die albanische Nationalidentität mit dem Islam und die serbische Nationalidentität mit dem orthodoxen Glauben gleichgesetzt.

Im Falle von Konversionen erwiesen sich nicht die jeweilige Sprachzugehörigkeit, sondern vielmehr gesellschaftliche Strukturen als ausschlaggebend. Folglich sind Sprache und ethnonationale Identität eng miteinander verbunden (2008:128)⁵⁵.

4.4 Gesellschaft

Die kosovarische Gesellschaft ist eine der jüngsten Europas, weil etwa ein Drittel der Einwohner unter 15 Jahre und mehr als die Hälfte jünger als 25 Jahre alt ist.

Schmitt zufolge ist die kosovarische Gesellschaft traditionell und *patriarchalisch*⁵⁶ mit einem *de facto* Ausschluss der Frauen aus dem politischen und gesellschaftlichen Leben und einer tiefen ethnischen Spaltung (2005:105-108)⁵⁷. Dieses Phänomen wurde im 20. Jahrhundert als spezifisch albanisch betrachtet und nicht mehr auch serbisch.

Da die Fortsetzung der Familie in männlicher Linie als grundlegend betrachtet wird, muss der Mann die Ehre der Familie verteidigen. Die Gesellschaft ist daher ganz von Männern und Männlichkeitsvorstellungen geprägt. Es kann also behauptet werden, dass die Geschlechtergleichheit kaum Bedeutung hat.

Laut Kramer und Džihic stellt das hohe Ausmaß an Gewalt gegen Frauen ein gravierendes Problem dar, das nicht nur im familiären Rahmen besteht, sondern sind es zunehmend auch organisierte kriminelle Gruppen, die Frauen zur Prostitution zwingen und Frauenhandel betreiben (2005:117-119)⁵⁸.

Ein Schritt in Richtung gesellschaftlicher Gleichberechtigung ist auch die von UNMIK und OSZE forcierte Quotenregelung, die eine stärkere Beteiligung von Frauen am politisch-institutionellen Leben garantieren soll. Ein Beispiel der Verbesserung der

⁵⁵ Vgl. Schmitt O. J.: „Kosovo. Kurze Geschichte einer zentralbalkanischen Landschaft“, 2008.

⁵⁶ Von Patriarchat: „Gesellschaft(sform), in der die Männer im Beruf, Familie u. Staat die Macht haben.“, Langenscheidt, Großwörterbuch Deutsch Fremdsprache, 2003.

⁵⁷ Vgl. Kramer H., Džihic V., „Die Kosovo Bilanz. Scheitert die internationale Gemeinschaft?“, 2005.

⁵⁸ Vgl. Kramer H., Džihic V., „Die Kosovo Bilanz. Scheitert die internationale Gemeinschaft?“, 2005.

gesellschaftlichen Gleichberechtigung ist die Wahl der neuen Präsidentin der Republik Kosovo Atifete Jahjaga am 7. April 2011⁵⁹.

⁵⁹ http://www.corriere.it/esteri/11_aprile_07/kosovo-donna-presidente-atifete-jahjaga_e767a49c-6140-11e0-9e67-aae4bf36a1a3.shtml, aufgerufen am 05.07.2011

5 Geschichte

5.1 1918-1999

Die Geschichte des Kosovo wird von Albanern und Serben unterschiedlich wahrgenommen. Die verschiedenen bzw. gegensätzlichen Interpretationen schließen sich nicht nur aus, sondern versuchen vor allem die jeweils andere Gruppe als schuldig, unzivilisiert und gewalttätig darzustellen.

Der derzeitige Konflikt um den Kosovo wird auch deswegen verschärft, weil sowohl Serben als auch Albaner den Kosovo als Kerngebiet ihrer jeweiligen Kultur betrachten. Beim Westbalkan handelt es sich um ethnisch stark gemischte Gebiete, in denen die albanische Bevölkerung nicht überall eine Mehrheit, sondern öfters nur eine Minderheit bildet. Werner betrachtet in seinem Aufsatz „Der Kosovo-Konflikt“: *„Der Albanerhass der Serben hat (...) tiefgreifende historische Wurzeln. (...) Zwischen beiden Völkern besteht eine echte ethnische Abneigung (...)“* (1999:9).⁶⁰

Der Umgang mit Kriegsverbrechen in der kosovarischen Gesellschaft zeigt, dass eine umfassende Aufarbeitung des Konflikts in beiden Gesellschaften nicht stattfindet. Serben und Albaner betrachten sich beide als Opfer. Die Opferrolle ist in der heutigen gesellschaftlichen Diskussion bei beiden Völkern dominant und daher eines der wichtigsten Gründe, der eine mögliche Versöhnung verhindert. Aus diesem Grund scheint es auch schwierig, die Geschichte aus einer objektiven Perspektive zu betrachten.

5.1.1 Der Kosovo und Serbien während der jugoslawischen Einheit (1918- 1999)

Im 20. Jahrhundert wechselten sich im Kosovo autoritäre bzw. totalitäre Herrschaften ab. „Der Besitzer“ wechselte mehrfach, und die langen Kriegs- (1912- 1918; 1941- 1945) und Aufstandsphasen (1918- 1924; 1924- 1945) ließen die Region kaum zur Ruhe kommen

⁶⁰ Werner, G., „Der Kosovo-Konflikt – Historische, politische, ethnische und wirtschaftliche Hintergründe“, in „Politische Studien“, „Die Kosovo-Krise: eine Vorläufige Bilanz“, Sonderheft 4/1999.

(2008:173)⁶¹. Eine Spirale von Gewalt und Gegengewalt radikalisierte sich bis in die heutigen Tage immer mehr.

Die Eroberung des Kosovo durch Serbien und Montenegro im Jahre 1912 war von „*Brutalität der Kriegführung, zahlreiche Übergriffe gegen die Zivilbevölkerung, ausgedehnte ethnische Säuberungen bzw. Fluchtbewegungen und Einsatz von oft kriminellen, paramilitärischen Verbänden*“ charakterisiert (2008:178)⁶².

5.1.2 Der Kosovo im SHS-Staat (Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen)

Im 1918 gegründeten SHS-Staat standen nationalistische Interessen gesamtstaatlich-integrativen gegenüber. Es bestanden Spannungen zwischen zentralistischen und föderalen Strömungen (1999:99)⁶³.

Der Kosovo bildete in der Zwischenkriegszeit eine Kolonie Serbiens innerhalb des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen. Ziel der serbischen Regierungen in der Zwischenkriegszeit war die Veränderung der ethnischen Mehrheitsverhältnisse zum Vorteil der Serben.

Die albanische Bevölkerung lehnte die Wiedererrichtung der serbischen Verwaltung ab. Repressionsinstrumente waren: Einerseits die Ansiedlung von Südslawen im Kosovo, andererseits die Aussiedlung der albanischen Bevölkerung. Der Prozess der Kolonialisierung führte zu einer starken Zunahme des serbischen Bevölkerungsanteils.

Ziele des Schulsystems des SHS-Staates waren zum einen die Durchsetzung Serbokroatischen als Staatssprache und zum anderen die Vermeidung der Bildung einer ethnonationalen Orientierung der albanischen Bevölkerung.

Die serbische Machtergreifung stieß im Kosovo auf verbreitetem bewaffnetem Widerstand, und zwar durch die sogenannten *Kaçaks*. Von offizieller Seite wurden allerdings nur von Banditen und Räubern gesprochen. Die Reaktion der Serben äußerte sich in harten

⁶¹ Vgl. Schmitt O. J.: „*Kosovo. Kurze Geschichte einer zentralbalkanischen Landschaft*“, 2008.

⁶² Schmitt O. J.: „*Kosovo. Kurze Geschichte einer zentralbalkanischen Landschaft*“, 2008.

⁶³ Vgl. Petritsch W., Kasser K., Pichler R.: „*Kosovo Kosova. Mythen, Daten, Fakten*“, 1999.

Vergeltungsmaßnahmen. (allein im Jänner und Februar 1919 wurden 6.040 Albaner ermordet und 3.873 Häuser zerstört (1999:105-106))⁶⁴.

Als Reaktion auf die Unterdrückung bildeten die Albaner eine Parallelgesellschaft

5.1.3 Der Kosovo im Zweiten Weltkrieg

Das Königreich der Albaner wurde 1939 vom faschistischen Italien annektiert. Mit dem Einmarsch der deutschen Truppen 1941 wurde Jugoslawien sowohl militärisch als auch als Staat zerschlagen. Folglich wurde der SHS-Staat in besetzte, annektierte und vorgeblich souveräne Teile zerlegt. Der größte Teil Kosovos wurde Italien zugeschlagen (1999:128-129)⁶⁵.

5.1.4 Der Kosovo in der Sozialistischen Föderativen Republik (SFR)-Jugoslawien

Nach der Kapitulation Italiens 1945 wurde 1945 die Autonome Region Kosovo und Metochien ebenso wie die Autonome Region Wojwodina Bestandteil der Republik Serbien (1999:135)⁶⁶.

Josip Broz Tito, Gründer des Zweiten Sozialistischen Jugoslawiens (SFRJ) schuf ein sozialistisches föderales Jugoslawien - ein Land, das verschiedene Ethnien, Sprachen und Religionen umfasste. Laut Werner versuchte sich Tito „an der Schaffung eines Jugoslawismus, der allerdings nicht nur die Menschen slawischer Herkunft, sondern alle in der jugoslawischen Föderation lebenden Nationen umformen sollte“ (1999:10)⁶⁷. Sein Ziel war also „eine „Synthetisierung“ der Serben, Kroaten, Slowenen, Montenegriner, Bosniaken usw. zu „einer“ Nation an, die eine „jugoslawische“ sein sollte“ (1999:10)⁶⁸.

Die Zeit unter Titos Herrschaft wurde von verschiedenen Völkern als relativ angenehm betrachtet (besonders im Vergleich zu Post-Tito-Zeit), sowohl von serbischer Seite, wegen

⁶⁴ Vgl. Petritsch W., Kaser K., Pichler R.: „Kosovo Kosova. Mythen, Daten, Fakten“, 1999.

⁶⁵ Vgl. Petritsch W., Kaser K., Pichler R.: „Kosovo Kosova. Mythen, Daten, Fakten“, 1999.

⁶⁶ Vgl. Petritsch W., Kaser K., Pichler R.: „Kosovo Kosova. Mythen, Daten, Fakten“, 1999.

⁶⁷ Werner, G., „Der Kosovo-Konflikt – Historische, politische, ethnische und wirtschaftliche Hintergründe“, in „Politische Studien“, „Die Kosovo-Krise: eine Vorläufige Bilanz“, Sonderheft 4/1999.

⁶⁸ Werner, G., „Der Kosovo-Konflikt – Historische, politische, ethnische und wirtschaftliche Hintergründe“, in „Politische Studien“, „Die Kosovo-Krise: eine Vorläufige Bilanz“, Sonderheft 4/1999.

der Schaffung eines serbischen Staates als auch von albanischer Seite, wegen der geschaffenen Autonomie der Provinz Kosovo.

Mit der jugoslawischen Verfassung von 1974 wurde der Kosovo schließlich zu einer autonomen Provinz erhoben. Der Kosovo bildete als „Kosovo und Metochien“ (Kosovo i Metohija/Kosmet) ein autonomes Gebiet der Republik Serbien. Der Kosovo wurde nicht auf die gleiche Stufe mit der Wojwodina gestellt, die den Status einer Autonomen Provinz erhielt. Belgrad verwaltete aber beide Regionen zentralistisch.

Der Kosovo durfte sich eine eigene Verfassung geben, d.h., die Zugehörigkeit zur serbischen Republik war zwar weiterhin festgeschrieben, besaß aber kaum praktische Bedeutung.

Der Jugoslawische Staat wollte eine sozialistische Gesellschaft schaffen.

Bei Richtlinien wie die Verstaatlichung der Industrie und des Handels, die Zwangskollektivierung der Landschaft und die Schwerindustrie orientierten die jugoslawische Kommunisten am sowjetischem Modell. Als Ergebnis erwies sich nach vier Jahrzehnten des Aufbaus die wirtschaftliche Lage in der Mitte der Achtzigerjahre als desaströs: Die ländliche albanische Bevölkerung lebte in Armut sowie als Kleinbauern, die im wesentlichen Subsistenzwirtschaft mit oft vormodernen Methoden betrieben (237-257)⁶⁹. Kosovo blieb Werner zufolge das Armenhaus Jugoslawiens, das außerdem von einem starken Nord-Süd-Entwicklungsgefälle charakterisiert war (1999:11)⁷⁰.

Das Phänomen der Diaspora der albanischen Gruppe bekam eine große Bedeutung ab den späten Sechzigerjahren. Aufgrund der Massenauswanderung junger Männer, besonders in die deutschsprachigen Länder und Skandinavien, lebten etwa in der Schweiz gegen Ende des 20. Jahrhunderts 120.000 bis 200.000 Kosovo-Albaner (2008:284-291)⁷¹.

⁶⁹ Vgl. Schmitt O. J.: „Kosovo. Kurze Geschichte einer zentralbalkanischen Landschaft“, 2008.

⁷⁰ Vgl. Werner, G., *Der Kosovo-Konflikt – Historische, politische, ethnische und wirtschaftliche Hintergründe*, in „Politische Studien“, „Die Kosovo-Krise: eine Vorläufige Bilanz“, Sonderheft 4/1999.

⁷¹ Vgl. Schmitt O. J.: „Kosovo. Kurze Geschichte einer zentralbalkanischen Landschaft“, 2008.

5.1.5 Der Kosovo nach dem Tod Titos

Die Demonstrationen der Albaner führten zum Einsatz der Armee und der Polizei im Kosovo.

Die Unruhen von 1981 trugen zur Polarisierung der beiden ethnischen Gruppen in Kosovo bei und bildeten den Beginn einer mehr als ein Vierteljahrhundert dauernden politischen und sozioökonomischen Krise des Kosovo. Durch die Unruhen von 1981 zogen zahlreiche Südslawen besonders nach Zentralserbien. Schmitt zitiert die Aussage von Dimitrije Bogdanović, wonach das starke albanische Bevölkerungswachstum als „*biologischer Genozid*“ an den Serben betrachtet wurde (2008:297-304)⁷².

5.1.6 Der Kosovo im Jugoslawien Slobodan Miloševićs

Im Sommer 1987 verschärfte sich der Ton in der serbischen Kosovo-Debatte. Milošević, der sich gegen den „albanischen Separatismus“ wandte, übernahm ab 24. April 1987 die Macht.

1988 rückte die Sonderpolizei in den Kosovo ein. Als die Sonderpolizei die Macht übernahm, kam es zur Aufhebung der Autonomie (Verfassungsputsch) und damit zur faktischen Aufhebung aller Reformen der späten 60er- und 70er Jahren. Die Krise verschlechterte sowohl die ökonomische Lage der Serben als auch der Albaner. 1990 begann der Zerfall Jugoslawiens (2008:306-319)⁷³.

Während der Regierung Milošević verschärfte sich der serbische Nationalismus. Die serbische Gesellschaft war von einem Gefühl geprägt, dass der Kosovo das Herzland des mittelalterlichen Staates, die „Wiege des Serbentums“ (2010:18)⁷⁴ war. Milošević erreichte sein Ziel, den serbischen Nationalismus und damit den Hass gegen Albanern- sogar durch (teilweise pseudo-) historische Diskurse über das Amselfeld (Kosovo Polje/Fushë Kosova) - zu verstärken. Die Proteste der Albaner gegen die Einschränkung der Autonomie wurden mit Gewalt niedergeschlagen.

Die „Serbisierung“ erfasste alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Gewalt und Aggression, Schwerverbrecher und Paramilitärs schüchterten die Bevölkerung durch ihre zahlreiche Gewaltakte ein und die interethnischen Beziehungen verschlechterten sich.

⁷² Vgl. Schmitt O. J.: „Kosovo. Kurze Geschichte einer zentralbalkanischen Landschaft“, 2008.

⁷³ Vgl. Schmitt O. J.: „Kosovo. Kurze Geschichte einer zentralbalkanischen Landschaft“, 2008.

⁷⁴ Vgl. Rathfelder E., „Kosovo. Geschichte eines Konflikts“, 2010.

1989-1998 begingen Angehörige des serbischen Staatsapparats und Paramilitärs zehntausende Menschenrechtsverletzungen. 1993-1995 fanden Schauprozesse gegen Kosovo-Albaner statt, die der Organisation von Widerstand bezichtigt wurden.

Albanische Intellektuelle gründeten daraufhin 1989 eine eigene Partei, die *Demokratische Liga des Kosovo* (*Lidhja Demokratike e Kosovës*, LDK), zu deren Vorsitzendem der Literaturwissenschaftler Ibrahim Rugova bestellt wurde (1999:181-182)⁷⁵. Die Kosovo-Albaner errichteten eine „Parallelgesellschaft“, die den Prozess der ethnischen Entflechtung zum Abschluss brachte: Albaner und Serben lebten weitgehend getrennt (2008:315-317)⁷⁶.

5.1.7 Die Krise von 1998/99

Mitte der Neunzigerjahre entstand eine Bewegung, die in den folgenden Jahren die Macht in der Kosovo-albanischen Gesellschaft weitgehend an sich ziehen sollte, die so genannte „Befreiungsarmee des Kosovo“ (*Ushtria Çlimitare e Kosovës*, UÇK). Schmitt zufolge kämpfte die UÇK nicht als organisierte und zentral geführte Armee und erwies sich, unterstützt von der dörflichen Bevölkerung, als mobiler. Die Repression der UÇK führte zu einem Konflikt mit dem Präsidenten der LDK, Ibrahim Rugova.

Auch wenn die Kosovo-albanische Führung die Kosovo-Frage zu internationalisieren versuchte, und auch wenn die Intervention schon 1992 notwendig war, kam sie zu spät, weil manche westlichen Regierungen den Kosovo als „innere Angelegenheit Serbiens“ betrachteten, obwohl sie schon zur Bewältigung der gesamten Jugoslawienkrise tätig wurden.

Die Kosovo-Frage wurde somit von den Großmächten bis 1997 nur sporadisch behandelt. Sowohl im Rahmen der EU, der NATO, der Vereinten Nationen und der OSZE wurde das Thema quasi ohne Konsequenzen diskutiert. Die internationale Gemeinschaft reagierte wenn die Albaner zu den Waffen gegriffen hatten und nach der „Reaktion“ Miloševićs durch ethnischen Säuberungen.

Russland unter der Führung Putins und China unterstützten Serbien gegen die Politik der meisten westlichen Staaten. Beide versuchten, unter anderem auch mit Blick auf eigene

⁷⁵ Vgl. Petritsch W., Kaser K., Pichler R.: „*Kosovo Kosova. Mythen, Daten, Fakten*“, 1999.

⁷⁶ Vgl. Schmitt O. J.: „*Kosovo. Kurze Geschichte einer zentralbalkanischen Landschaft*“, 2008.

Minderheitenprobleme und Separatismen, eine internationale Intervention im Kosovo zu verhindern sowie die serbische Souveränität des Kosovo zu bewahren⁷⁷. Großbritannien und seit 1998 auch Frankreich unterstützten die amerikanische Haltung, Deutschland und Italien hingegen wollten einen bewaffneten Konflikt vermeiden. Italien fürchtete wie Deutschland neue Flüchtlingswellen aus dem Balkan (1997 „Operation Alba“).

Schmitt beschreibt die damalige Situation wie folgt:

„Die serbische Armee, die Sonderpolizei und Paramilitärs gingen im ersten Halbjahr 1999 mit größter Brutalität gegen die albanische Bevölkerung des Kosovo vor: Rund 90% der Kosovo-Albaner flohen aus ihren Häusern; die ethnische Säuberung drängte rund 850.000 Menschen über die Grenzen in die mit der Zahl der Flüchtlinge überforderten Nachbarstaaten Albanien und Makedonien; rund 40% der Häuser im Kosovo wurden zerstört oder schwer beschädigt; rund 4300 Albaner wurden ermordet und in Massengräbern beerdigt; rund 3500 Personen wurden verschleppt bzw. galten nach Kriegsende als vermisst. Wertvolle Denkmäler und Gegenstände für die albanische Kultur wurden zerstört“ (2008:328-330)⁷⁸.

Am 24. März 1999 begann die NATO mit Luftschlägen gegen Serbien, die bis zum 10. Juni 1999 fortgeführt wurden. Am 2. April 1999 bildete der UÇK- Führer Hashim Thaçi eine Provisorische Regierung.

5.1.8 Opfer

Bei ihrem Abzug hatten serbische Truppen und Paramilitärs im Kosovo ganze Städte (z.B. Pejë/Peć und Gjakovë/Đakovica) verwüstet, es wurde gebrandschatzt und gemordet.

Gemäß Kramer und Džihic wurden seit dem Ausbruch intensiver bewaffneter Kämpfe im Jahr 1998 bis zum Beginn der NATO-Luftoperation am 24. März 1999 ca. 140 serbische Polizei- und Armeeinghörige und etwa 1.500 Kosovo-Albaner getötet. Im Verlauf der NATO-Intervention wurden tausende Albaner von den serbischen Polizei- und Armeekräften, sowie von serbischen Freischärlerverbänden getötet. Schmitt zufolge (2008:333)⁷⁹ wurden mehrere hundert Serben ermordet, weiters galten 1200 als vermisst und rund 100.000 Menschen wurden aus ihrer Heimat vertrieben, vor allem Serben und Roma.

⁷⁷ Dazu Ker-Lindsay J., „Kosovo. The Path to Contested Statehood in the Balkans“, Seiten 113-117, 2009.

⁷⁸ Vgl. Schmitt O. J.: „Kosovo. Kurze Geschichte einer zentralbalkanischen Landschaft“, 2008.

⁷⁹ Vgl. Schmitt O. J.: „Kosovo. Kurze Geschichte einer zentralbalkanischen Landschaft“, 2005.

Außerdem suchten hunderttausende Kosovo-Albaner außerhalb der damaligen Bundesrepublik Jugoslawien um Asyl an. Nach Angaben der UNHCR befanden sich Mitte Juni 1999 850.000 albanische Kosovaren außerhalb des Kosovo, während mehr als 200.000 Nicht-Albaner flüchteten (2005:18-19)⁸⁰.

Eines der schrecklichsten Repressionsinstrumente war die Vergewaltigung sowohl albanischer als serbischer Frauen. Erich Rathfelder berichtete darüber (2010)⁸¹.

Die im Kosovo verbliebene serbische Bevölkerung lebt derzeit im äußersten Norden der Region, der durch den Fluss Ibar vom albanischen Teil des Kosovo getrennt ist. Die Stadt Mitrovicë/Mitrovica ist seit 1999 faktisch in einen serbischen Nord- und einen albanischen Südbezirk geteilt.

Der von der deutschen EU-Ratspräsidentschaft präsentierte Plan (14. April 1999) beinhaltete folgende Richtlinien: Ende der Gewalt, Rückzug aller serbischen Streitkräfte, Entsendung einer internationalen Friedenstruppe und Wiederherstellung der im Putsch von 1989 aufgehobenen Autonomie.

5.2 Der Kosovo unter internationaler Verwaltung (1999-2008)

Am 10. Juni 1999 stellte die NATO den 78 Tage andauernden Bombenkrieg gegen Serbien ein.

Der Einmarsch der KFOR-Truppen erfolgte mit Abschluss des Military Technical Agreement am 9. Juni 1999. . Demzufolge zogen sich die serbischen Streitkräfte in Richtung Serbien zurück. Von 1999 bis 2008 unterstand der Kosovo der Zivilverwaltung der „United Nations Mission in Kosovo“ (UNMIK), die zusammen mit der KFOR drei Ziele hatte: die Errichtung einer Übergangsverwaltung nach dem Abzug der serbischen Behörden, den Aufbau einer kosovarischen Verwaltung und schließlich die Ausarbeitung einer völkerrechtlichen Klärung des Status des Kosovo. Der Krieg im Kosovo endete nach 14 Monaten.

⁸⁰ Vgl. Kramer H., Džihic V., „Die Kosovo Bilanz. Scheitert die internationale Gemeinschaft?“, 2005.

⁸¹ Vgl. Rathfelder E., „Kosovo. Geschichte eines Konflikts“, 2010.

Die Kosovo-Albaner begrüßten insbesondere die NATO-Truppen der KFOR als Befreier. Nach Schmitt (2008:339-340)⁸² entstanden kurz nach dem Einmarsch der KFOR erste Spannungen zwischen der UÇK und den Vertretern der Vereinten Nationen.

Der Rückgang von Gewalt und Kriminalitätsakten mit inter-ethnischem Bezug zwischen 2000 und dem Sommer 2003 war Kramer und Džihic zufolge in hohem Maße Folge der enormen militärischen Präsenz. Die Kontrolle des gesamten Kosovo und der Schutz der serbischen Enklaven wurden durch die Errichtung von Checkpoints und Bewachung durch die KFOR-Truppen erreicht. Die polizeilichen Aufgaben wurden in der ersten Phase vor allem von der internationalen UNMIK-Polizei wahrgenommen, während die kosovarischen Polizisten von UNMIK und OSZE geschult wurden und zusammen mit UNMIK-Polizisten arbeiteten.

Ein Problem hierbei war, dass die albanischen Kosovaren aufgrund der Dominanz der Serben in der Polizeiorganisation im Kosovo bis zum Jahr 1999 kaum Erfahrungen und Kenntnisse in der Polizeiarbeit besaßen. Der Personalstand der UNMIK-Polizei überstieg die personelle Stärke des Kosovo Police Service (KPS)⁸³. Die Übertragung der Kompetenzen von der UNMIK zum KPS wurde größtenteils abgeschlossen. Auch wenn das KPS von der serbischen Minderheit als Machtinstrument der Kosovo-Albaner gesehen wurde, ist Einrichtung des Kosovo Police Service meiner Meinung nach einer der größten Erfolge der UNMIK.

Der Secretary General der Vereinten Nationen Michael Steiner bezeichnete das KPS als eine „*multiethnische Polizei mit westlichem Standard*“ und betonte, dass „*15% der Polizisten Serben (sind), also weit mehr als der serbische Anteil an der Gesamtbevölkerung*“ (2005:39)⁸⁴.

5.2.1 Spannungen 2003-2004

Im Sommer 2003 verschlechterte sich die Sicherheitssituation deutlich. Gründe dafür sind:

- gespannte Beziehungen zwischen Mehrheitsbevölkerung und Minderheiten
- triste wirtschaftliche Lage

⁸² Vgl. Schmitt O. J.: „*Kosovo. Kurze Geschichte einer zentralbalkanischen Landschaft*“, 2005.

⁸³ Dazu Wilson, J., „*Law and Order in an Emerging Democracy: Lessons from the Reconstruction of Kosovo's Police and Justice Systems*“, in „*The Annals of the American Academy of Political and Social Science*“, 2006.

⁸⁴ Kramer H., Džihic V., „*Die Kosovo Bilanz. Scheitert die internationale Gemeinschaft?*“, 2005.

- zunehmende Frustration der albanischen Kosovaren darüber, dass keine Entscheidung in der Statusfrage in Sicht schien.

Als Folge einer gewissen Entspannung konnte der schwer bewachte Checkpoint auf der Brücke der geteilten Stadt Mitrovicë/Mitrovica teilweise abgebaut werden und die berüchtigten „Bridgewatchers“ auf der serbischen Seite ihre Tätigkeit einstellen. Die geflüchteten Serben und die anderen Minderheiten kehrten zurück.

Anschläge gegen die serbische Minderheit führten Im Sommer 2003 zu heftigen Reaktionen der serbischen Seite und zu scharfer Kritik an UNMIK und KFOR, denen Ineffizienz in der Gewährleistung der Sicherheit der Serben in deren Enklaven vorgeworfen wurden.

Die Ermordung am 4. August 2003 der indischen UNMIK-Polizist Satish Menon im Norden des Kosovo und weitere Zwischenfälle verunsicherten vor allem die Serben, die zurückkehren wollten. Die serbische Gemeinschaft reagierte mit Demonstrationen in den serbischen Enklaven und mit harten Verurteilungen der Verbrechen durch die politischen Vertreter der Serben im Kosovo.

Der damalige *Special Representative of the Secretary General* (SRSG) Harri Holkeri drückte in einer Rede vor dem Ständigen Rat der OSZE am 11. November 2003 seine Besorgnis über die Verschlechterung der Sicherheitslage aus: „*The violent inter-ethnic incidents of last summer had a serious impact on the perception of security among the minority communities. In some areas, acting on the request of communities, we had to renew police or KFOR escorts and re-establish checkpoints.*” (2005:47-50)⁸⁵.

2004 gingen die Unruhen weiter. Demonstrationen fanden statt und währenddessen kamen Menschen ums Leben. Dies führte zu einer Unterbrechung der Beziehungen zwischen Belgrad und Pristina und der Dialog zwischen PISG und der serbischen Regierung wurde ebenso unterbrochen (2009:20)⁸⁶.

⁸⁵ Kramer H., Džihic V., „*Die Kosovo Bilanz. Scheitert die internationale Gemeinschaft?*“, 2005.

⁸⁶ Vgl. Ker-Lindsay J., „*Kosovo. The Path to Contested Statehood in the Balkans*“, 2009.

5.2.2 Unabhängigkeitserklärung (17. Februar 2008)

Die UN-Resolution 1244 bildete nicht nur die Grundlage der internationalen Verwaltung im Kosovo, sondern auch das Terrain für die Verhandlungen den völkerrechtlichen Status des Kosovo betreffend.

Die Strategie „*Standards before status*“ (2002) vom damaligen Leiter der UNMIK, dem Special Representative of the Secretary General (SRSG) Michael Steiner, definierte Kriterien der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung, deren Erfüllung die Voraussetzung für einen Beginn von Verhandlungen über die Statusfrage sein sollte. Dies umfasste die Umsetzung von zentralen Entwicklungsstandards vor dem Beginn von Verhandlungen über die Statusfrage und stieß bei den Kosovo-Albanern auf Ablehnung. Mit der Verabschiedung der Resolution 1244 des UNO Sicherheitsrats am 12. Juni 1999 wurde die Lösung der Statusfrage aufgeschoben.

Die Ausübung zivil-administrativer Funktionen, die Etablierung einer kosovarischen Selbstverwaltung sowie die Steuerung des politischen Prozesses und der wirtschaftlichen Entwicklung wurden von UNMIK, OSZE und EU übernommen.

Der Generalsekretär und der UNO Sicherheitsrat setzten den früheren finnischen Präsidenten Martti Ahtisaari als „*Gesandten für den künftigen Status*“ ein⁸⁷. Die Status-Verhandlungen scheiterten, da Ahtisaaris Plan von Serbien und Russland abgelehnt wurde.

Der Plan sah die weitgehende Autonomie für die serbische Minderheit und eine von der EU überwachte Eigenstaatlichkeit des Kosovo vor. Die Vereinigten Staaten und die EU betrachten die Proklamation der Unabhängigkeit als die einzige Lösung der serbischen und russischen Obstruktionspolitik⁸⁸. Die serbische Delegation hingegen wünschte sich eine „weitgehende Autonomie“ („*more than autonomy, less than independence*“).

In seinem „*Comprehensive Proposal for Kosovo Status Settlement*“, das dem Sicherheitsrat im März 2007 vorgelegt wurde, sah Ahtisaari vor, dass die Kompetenzen der damaligen UNMIK- Verwaltung nach einer Übergangszeit von 120 Tagen auf die Institutionen des Kosovo übertragen werden sollten⁸⁹.

⁸⁷ Krämer F., „*Die Politik Deutschlands in der Kosovofrage*“, 2009.

⁸⁸ http://www.nzz.ch/nachrichten/hintergrund/dossiers/kosovo_unabhaengigkeit/kosovo_hintergrund/kosovos_langer_weg_in_die_unabhaengigkeit__1.671002.html, aufgerufen am 10.10.2011.

⁸⁹ Vgl. Schmidt, C., „*Der Kosovo im Jahr 2008: Konfusion über die Verteilung von Kompetenzen*“, von „Kölner Forum für Internationale Beziehungen und Sicherheitspolitik“, 2008.

Der Ahtisaari-Plan sah außerdem weitgehende Rechte für die serbische Minderheit und die Überwachung der Unabhängigkeit durch einen mit weitreichenden Vollmachten ausgestatteten *International Civilian* Repräsentative vor, der zugleich der EU-Sonderbeauftragte sein sollte. Der Kosovo sollte demnach ein multiethnisches, stabiles, demokratisches staatliches Gebilde sein, wo das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit voll respektiert wird und die Menschen- und Bürgerrechte gewährleistet. Der kosovarischen Regierung wurde das Recht eingeräumt, internationale Verträge abzuschließen und sich um Mitgliedschaft bei internationalen Organisationen zu bewerben⁹⁰.

Am 17. Februar 2008 rief der Kosovo einseitig seine Unabhängigkeit aus. Bis dato wurde der Kosovo von 76 Staaten anerkannt. Im März 2008 schürte die serbische Regierung gewaltsame Unruhen in der Region von Mitrovicë/Mitrovica, wo eine nationalistische Woge die serbische Gesellschaft erfasste. In den Wochen nach der Unabhängigkeit des Kosovo wurde aber die dort verwirklichte Lösung mit anderen Konfliktregionen wie dem Baskenland oder Tibet verglichen.

5.2.3 Die völkerrechtliche Anerkennung⁹¹

„Mit der völkerrechtlichen Anerkennung akzeptiert ein Völkerrechtssubjekt, in der Regel ein Staat, eine Tatsache oder einen Anspruch eines anderen Völkerrechtssubjekt als für sich selbst rechtsverbindlich (1994:77)⁹²“.

Staaten und Regierungen sind die grundlegenden Objekte der Anerkennung, obwohl auch andere Subjekte wie u.a. internationale Organisationen eine wichtige Rolle spielen (1994:78)⁹³.

Die Anerkennung hat folgende Ausprägungen (1994:78-84)⁹⁴:

- *ausdrückliche Anerkennung*: Der anerkennende Staat teilt seinen Anerkennungs willen durch eine förmliche Erklärung mit.

⁹⁰ Vgl. Džihic V., Kramer H., „Der unabhängige Kosovo im Herbst 2009. Kann die EULEX-Mission ihre Aufgaben erfüllen?“, 2009.

⁹¹ Dazu „Anerkennung des Neustaats Kosovo“, Wiener Zeitung, 20.02.2008.

⁹² Seidl-Hohenveldern, I., Schrötter H. J. hrsg, „Vereinte Nationen, Menschenrechte und Sicherheitspolitik- Völkerrechtliche Fragen zu internationalen Konfliktbegrenzungen“, 1994.

⁹³ Vgl. Seidl-Hohenveldern, I., Schrötter H. J. hrsg, „Vereinte Nationen, Menschenrechte und Sicherheitspolitik- Völkerrechtliche Fragen zu internationalen Konfliktbegrenzungen“, 1994.

⁹⁴ Vgl. Seidl-Hohenveldern, I., Schrötter H. J. hrsg, „Vereinte Nationen, Menschenrechte und Sicherheitspolitik- Völkerrechtliche Fragen zu internationalen Konfliktbegrenzungen“, 1994.

- stillschweigende Anerkennung: Es ist möglich, ein Völkerrechtssubjekt zu anerkennen, wenn seine Handlungen seinen Anerkennungswille widerspiegeln.
- *de jure Anerkennung*: Diese Form der Anerkennung konzentriert sich auf die Tragweite. Ein *de jure* anerkanntes Völkerrechtssubjekt erfüllt die notwendigen Voraussetzung für eine aktive Teilnahme an dem internationalen Handlungsspielraum.
- *bedingte Anerkennung*: Es gibt zwei Fälle: 1) Anerkennung unter einer Bedingung im Rechtssinne 2) die von der Erfüllung bestimmter Voraussetzungen abhängige Anerkennung.
- *kollektive Anerkennung*: Wenn ein neuer Staat Mitglied der VN wird, wird dies implizit von allen Mitgliedstaaten anerkannt.

Formen der Anerkennung umfassen die Anerkennung in Sezessionssituationen, durch Mutterstaat und durch Drittstaaten⁹⁵ (1994:86-87).

⁹⁵ Vgl. Seidl-Hohenveldern, I., Schrötter H. J. hrsg, „Vereinte Nationen, Menschenrechte und Sicherheitspolitik- Völkerrechtliche Fragen zu internationalen Konfliktbegrenzungen“, 1994.

6 Internationale Präsenz im Kosovo

Als die letzten diplomatischen Bemühungen des Unterhändlers Richard Holbrook am 22. und 23. März 1999 scheiterten, begann die NATO am 24. März mit Luftangriffen gegen das Territorium der Bundesrepublik Jugoslawien. 78 Tage dauerte der Luftkrieg. Dann kam es zu einer Einigung zwischen den G8-Staaten, der NATO und der serbischen Regierung.

Am 9 Juli 1999 wurde ein entsprechendes militärisches Abkommen zwischen der NATO und der Bundesrepublik Jugoslawien unterzeichnet. Wichtigste Punkte des Abkommens waren der Abzug der jugoslawischen Streit- und Sicherheitskräfte aus dem Kosovo und der Einzug der internationalen Sicherheitstruppe der NATO (Kosovo Force KFOR) (2009:57).⁹⁶

Die Resolution 1244 (1999)

Das Abkommen zwischen der NATO und der Bundesrepublik Jugoslawien öffnete den Weg für die UNO Resolution 1244: Erstens in Bekräftigung des Bekenntnisses aller Mitgliedstaaten zur Souveränität und territorialen Unversehrtheit der Bundesrepublik Jugoslawien und der anderen Staaten der Region, wie dies in der am 1. August 1975 in Helsinki unterzeichneten Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und in Anlage II dieser Resolution zum Ausdruck kommt, und zweitens in der in früheren Resolutionen geforderten substantiellen Autonomie und faktischen Selbstverwaltung des Kosovo. Aufgrund dieser Resolution begann die UNO mit dem Aufbau der zivilen Verwaltung⁹⁷.

6.1 Internationale Organisationen und internationale Akteure

Der Prozess des Wiederaufbaus, die Schaffung eines modernen demokratischen Systems und einer leistungsfähigen Wirtschaft im Kosovo kann Kramer und Džihic zufolge als

⁹⁶ Vgl. Krämer F., „Die Politik Deutschlands in der Kosovofrage“, 2009.

⁹⁷ <http://www.unmikonline.org/pages/default.aspx>, aufgerufen am 18.08.2009.

erster systematischer Versuch der UNO angesehen werden, einen Prozess der Friedensherstellung zu einem Prozess von Nation- und State-building auszuweiten. Am Höhepunkt des internationalen Engagements im Jahr 2000 befanden sich mehr als 100.000 Angehörige der internationalen Organisationen und NGOs (Internationals) im Kosovo. Die finanziellen Hilfsleistungen der internationalen Gemeinschaft für den Kosovo sind weit höher als für die anderen Nachkriegsgebiete.

Ein wesentlicher Aspekt der internationalen Präsenz im Kosovo ist der hohe Grad an Zusammenarbeit und Koordination zwischen die Organisationen, die im Kosovo tätig sind. Es geht um ein neues Modell der Kooperation der internationalen Organisationen, der Europäischen Union und des Westens im Bereich des Friedenssicherung und des *Statebuildings*. Das Prinzip der „Interlocking Institutions“ (Zusammenarbeit der internationalen Organisationen) wurde damit durch die Kooperation von UNMIK, NATO/KFOR, OSZE und EU zum ersten Mal in diesem Ausmaß umgesetzt (2005:21)⁹⁸.

Im Gegensatz zu vielen anderen internationalen Missionen, war die internationale Präsenz im Kosovo seit ihrem Beginn als dauerhaft geplant. Es sollte sich um eine Protektoratsverwaltung handeln, die der erste Schritt für eine Selbstverwaltung sein sollte. Im Mai 2001 wurde eine provisorische Selbstregierung (PISG) geschaffen. Ab 2002 versuchte der damalige Leiter der UNMIK, der SRSG Michael Steiner, mit seiner Strategie der „*Standards before Status*“⁹⁹ neue positive Akzente im politischen Bereich zu setzen und brachte damit auch Bewegung in die Statusfrage.

Zur Beurteilung der die Statusfrage betreffenden Empfehlungen und der so schnell wie möglich zu erfüllenden Fortschritte bei der Umsetzung des Standards, fand im Mai 2005 ein Treffen zwischen dem UN-Generalsekretär Kofi Annan und dem norwegischen NATO-Diplomaten Kai Eide statt.

Auf Betreiben des UN-Sicherheitsrates und des Generalsekretärs wurde der frühere finnische Präsident Martti Ahtisaari als „gesandter für den künftigen Status“¹⁰⁰ eingesetzt. Einigungen blieben in den länger als ein Jahr dauernden Verhandlungen aus, weil die Atmosphäre zwischen Pristina und Belgrad angespannt war und von Vorwürfen und Misstrauen überlagert war. Der UN-Sondergesandte Martti Ahtisaari verlangte in seinem Vorschlag für eine überwachte Unabhängigkeit des Kosovo aktiveres Eingreifen der EU

⁹⁸ Vgl. Kramer H., Džihic V., „*Die Kosovo Bilanz. Scheitert die internationale Gemeinschaft?*“, 2005.

⁹⁹ Dazu Ker-Linsay J., „*Kosovo. The Path to Contested Statehood in the Balkans*“, Kapitel 1, 2009.

¹⁰⁰ Vgl. Džihic V., Kramer H., „*Der Kosovo nach der Unabhängigkeit*“, 2008.

Ein verstärktes Engagement der EU hatte auch der UN-Sondergesandte Martti Ahtisaari in seinem Vorschlag für eine überwachte Unabhängigkeit des Kosovo gefordert. Sein „*Comprehensive Proposal for Kosovo Status Settlement*“, welches dem Sicherheitsrat im März 2007 vorgelegt wurde, sah vor, dass die Kompetenzen der derzeitigen UN-Verwaltung „United Nation Interim Administration Mission in Kosovo“ (UNMIK) nach einer Übergangszeit von 120 Tagen auf die Institutionen des Kosovo übertragen werden sollten. Der Ahtisaari-Plan sieht außerdem weitgehende Rechte für die serbische Minderheit und die Überwachung der Unabhängigkeit durch einen mit weitreichenden Vollmachten ausgestatteten International Civilian Representative, der zugleich der EU-Sonderbeauftragte ist.

6.2 United Nations Interim Administration Mission im Kosovo (UNMIK)

Die Resolution 1244 brachte den Kosovo unter die internationale Kontrolle der Vereinten Nationen. Die Sicherheit wurde durch die NATO-Truppen (KFOR) garantiert. Die UNO-Verwaltung (UNMIK) war zur Verwaltung des Territoriums zuständig.

UNMIK besteht aus vier Säulen:

- *I. Säule: Justiz und Polizei* (bis Mai 2001 war dieser für humanitäre Aufgaben zuständig und wurde vom UNHCR geleitet)
- *II. Säule: Zivile Verwaltung*
- *III. Säule: Demokratisierung, Aufbau und Stärkung von Institutionen* („Institution Building)
- *IV. Säule: Rekonstruktion und wirtschaftliche Entwicklung.*

Die ersten beiden Säulen werden direkt von der UNMIK organisiert und geleitet. Die Säulen III und IV werden in Koordination mit der UNMIK von der OSZE und der Europäischen Union in entsprechender Eigenverantwortlichkeit geleitet.

Gemäß der Resolution 1244 besteht die VN-Zivilmission im Kosovo aus fünf Kernphasen:

1. Gewährleistung der Basis der Zivilverwaltung und Einhaltung von Recht und Ordnung einzuhalten

2. Schaffung der Voraussetzungen für vorläufige demokratische Behörde, substantielle Autonomie und Selbstregierung
3. Übertragung der Verwaltungstätigkeiten zu den lokalen Behörden
4. Förderung des politischen Prozess der Unabhängigkeit
5. Überwachung der Tätigkeitenübertragung von den vorläufigen Behörden auf die neu resultierenden Institutionen.

6.3 Kosovo Force (KFOR)

Das Mandat für die KFOR-Truppen wurde am 12. Juni 1999 erteilt. Der Auftrag an die von der NATO geführten KFOR-Truppen lautete folgendermaßen: *„Establishing a security environment in which refugees and displaced persons can return home in safety, the international civil presence can operate, a transitional administration can be established and humanitarian aid can be delivered.“* (2005:25)¹⁰¹.

Zentrale Aufgaben der KFOR am Beginn des Einsatzes 1999 waren:

- Verhinderung neuerlicher kriegesischer Auseinandersetzungen
- Absicherung und- falls notwendig- Durchsetzung des Waffenstillstandes
- Sicherstellung des Abzugs der bewaffneten Kräfte der Bundesrepublik Jugoslawien
- Entmilitarisierung der UCK
- Schaffung eines sicheren Umfelds für die Rückkehr der Flüchtlinge sowie für den Aufbau einer Übergangsverwaltung
- Humanitäre Hilfe und Überwachung der Minenräumung
- Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität (ab 2002)

Die Mission der NATO im Kosovo ist noch immer die größte „Peace-keeping“- Operation der NATO.

¹⁰¹ Kramer H., Džihic V., „Die Kosovo Bilanz. Scheitert die internationale Gemeinschaft?“, 2005.

6.4 Die Mission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

Die OSZE- Mission im Kosovo wurde vom Ständigen Rat der OSZE am 1. Juli 1999 ins Leben gerufen.

Die Mission, die derzeit die größte OSZE- Feldoperation ist, hat im Wesentlichen drei Bereiche:

- Unterstützung der demokratischen Institutionen
- Menschenrechte, gute Regierungsführung und Gemeinden
- Öffentliche Sicherheit

Die OSZE setzt im Kosovo auf proaktive Überwachung

6.5 Europäische Union

Die EU wurde im Rahmen der UNMIK-Struktur mit der Leitung des IV. Säule und damit generell mit der Verantwortung für den Wiederaufbau und die wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen der internationalen Gemeinschaft beauftragt. Die EU-Säule ist im Rahmen der UNMIK-Struktur für die Koordinierung der EU-Aktivitäten im Kosovo im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung und der Bildung einer modernen Marktwirtschaft zuständig, vor allem in den Bereichen Energie, Wohnungssektor und Förderung von Unternehmen.

6.6 Die European Union Rule of Law Mission (EULEX)

The European Union Rule of Law Mission in Kosovo (EULEX) ist die größte Zivilmission der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (im Rahmen der GASP). Ziel ist die Unterstützung und die Aufbau der Rechtstaatlichkeit in den kosovarischen Behörden, vor allem in den Bereichen der Polizei, Justiz und Zoll.

EULEX ist eine technische Mission mit Überwachungs-, Mentor-, und Empfehlungsaufgaben und hat eine Reihe von exekutiven Gewalten. EULEX beruht auf der Grundlage der UN-Resolution 1244 und hat einen einheitlichen Sitz im Rahmen der Europäischen Union¹⁰².

6.7 Europarat

Der Europarat war seit Beginn des Einsatzes der internationalen Gemeinschaft an in Prishtina präsent und beschäftigte sich vorrangig mit Fragen des Schutzes der Menschenrechte, der Überwachung von Wahlen, des Schutzes des kulturellen Erbes im Kosovo und der Reform der lokalen Selbstverwaltung des Kosovo (2005:33)¹⁰³.

¹⁰² <http://www.eulex-kosovo.eu/en/info/whatisEulex.php>, aufgerufen am 24.10.2011.

¹⁰³ Vgl. Kramer H., Džihic V., „*Die Kosovo Bilanz. Scheitert die internationale Gemeinschaft?*“, 2005.

7 Die United Nation Interim Administration im Kosovo-UNMIK

Von 1999 bis 2008 unterstand der Kosovo der Zivilverwaltung der „Interimsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo“ („*United Nations Interim Administration Mission in Kosovo*“ (UNMIK).

Die UNMIK zielte zusammen mit der KFOR auf die Aufstellung einer Übergangsverwaltung, den Aufbau einer kosovarischen Verwaltung und schließlich auf die Ausarbeitung der Klärung der Statusfrage des Kosovo ab. Der Sonderbeauftragte, der die UNMIK leitete, wurde vom Generalsekretär der Vereinten Nationen ernannt.

Die UNMIK zog alle wesentlichen ausführenden, gesetzgebenden und rechtsprecherischen Kompetenzen an sich. Der Kosovo wurde zur Schutzherrschaft der Vereinten Nationen, genauer jener Großmächte, die im Rahmen der KFOR die Region in Militärbezirke unterteilt hatten: Die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien¹⁰⁴.

Die Sicherheitsresolution 1244 vom 10. Juni 1999 definierte das Mandat für die UNMIK. Mit ihr wurde der Generalsekretär der UNO ermächtigt, eine zivile Übergangsverwaltung unter der Leitung der Vereinten Nationen zu etablieren, die Bedingungen für eine „substantielle Autonomie“ des „Volkes des Kosovo“ und eine demokratische Selbstverwaltung der kosovarischen Bevölkerung zu schaffen. Laut Kramer und Džihic ist die UNMIK der erste systematische Versuch in der Geschichte der Vereinten Nationen, „den Prozess der Friedenskonsolidierung und der Rekonstruktion einer Gesellschaft zu einem Prozess des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Aufbaus eines neuen Gemeinwesens auszuweiten“ (22:2005)¹⁰⁵.

Die in der Sicherheitsresolution 1244 formulierten Ziele einer UN-Verwaltung im Kosovo werden unter wesentlicher Mithilfe anderer internationaler Organisationen verfolgt. Aus dem Mandat der Sicherheitsresolution 1244 ergeben sich für die internationale Verwaltung im Kosovo bestimmte Arbeitsschwerpunkte.

Die wichtigsten Ziele umfassen (2005:22-24)¹⁰⁶:

- Die Ausübung wesentlicher ziviladministrativer Funktionen

¹⁰⁴ Vgl. Schmitt O. J.: „Kosovo. Kurze Geschichte einer zentralbalkanischen Landschaft“, 2008.

¹⁰⁵ Kramer H., Džihic V., „Die Kosovo Bilanz. Scheitert die internationale Gemeinschaft?“, 2005.

¹⁰⁶ Vgl. Kramer H., Džihic V., „Die Kosovo Bilanz. Scheitert die internationale Gemeinschaft?“, 2005.

- Die Förderung einer substantiellen Autonomie und der Selbstverwaltung im Kosovo (Aufbau der lokalen Institutionen und schrittweise Übertragung der UNMIK-Kompetenzen an die kosovarischen Organe)
- Die Steuerung des politischen Prozesses und der wirtschaftlichen Hilfe
- Weiters war in der unmittelbaren Phase nach dem Ende der Kampfhandlungen im Juni 1999 die UNMIK für die Koordinierung der Flüchtlingshilfe in enger Zusammenarbeit mit dem UNHCR zuständig.

Weitere wichtige Aufgaben sind:

- Instandsetzung und Erneuerung der Infrastruktur
- Gewährleistung der Bedingungen für die Rückkehr der Flüchtlinge und der Vertriebenen
- Förderung der Menschenrechte und Schutz der Minderheitenrechte
- Einbeziehung von Angehörigen aller Volksgruppen in die Arbeit und Willensbildung der Mission
- Wiederaufbau der Wirtschaft
- Energiesektor und Wasserversorgung.

Der Sonderbeauftragte des Generalsekretärs (*Special Representative of the Secretary General*- SRSG) leitete die UNMIK und war auch höchster ziviler Verwaltungsbeamte im Kosovo.

UNMIK besteht aus vier Säulen:

- 1) **Polizei und Justiz:** geleitet von den Vereinten Nationen und von dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen UNHCR (bis 2000)
- 2) **Zivilverwaltung:** geleitet von den Vereinten Nationen
- 3) **Demokratisierung und Errichtung rechtsstaatlicher Organisationen:** geleitet von der OSZE
- 4) **Wiederaufbau und Entwicklung:** unter Verantwortung von EU-Vertretern.

Bis zum Jahr 2000 war UNMIK das einzige exekutive Organ im Kosovo(2006:154)¹⁰⁷..

¹⁰⁷ Vgl. Wilson J. M., „*Law and Order in an Emerging Democracy: Lessons from the Reconstruction of Kosovo's Police and Justice Systems*“, 2006.

Neben europäischen und US-amerikanischen Polizeikräften versehen vor allem Polizisten aus Asien und Afrika Ihren Dienst bei der internationalen Polizei im Kosovo (UNMIK-Polizei).

Mit der Verabschiedung des Verfassungsrahmens für die provisorische Selbstverwaltung im Kosovo am 15. Mai 2001 wurde die in der Sicherheitsresolution 1244 formulierte Aufgabe des Transfers von Kompetenzen an die neu geschaffenen Selbstverwaltungsorgane des Kosovos stärker akzentuiert. Aufgrund des Verfassungsrahmens trat ein Teil der Kompetenzen der UNMIK an die provisorischen Institutionen über. Diese umfassten Kompetenzen in der Bildung, Wirtschaft, Finanzen, Gesundheitswesen, Telekommunikation sowie Sport und Kultur. Trotz diesem Transfer an die kosovarische Regierung, ist und bleibt die UNMIK der Verwaltungsträger, der alle wichtigen Entscheidungen trifft¹⁰⁸.

Der Finanzhaushalt der UNMIK wurde seit 2000 jährlich etwa um 15% gekürzt.

In den letzten Jahren hat die UNMIK sich mehr auf politische Empfehlungsaktivitäten sowie auf Sicherheitsthematiken fokussiert, insbesondere auf Sicherheit, Stabilität und Aufrechterhaltung der Menschenrechte¹⁰⁹. Nach der Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo im August 2011 81 von 192 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, „*UNMIK continues to implement its mandate in a status neutral manner and operate under Security Council resolution 1244 (1999)*“¹¹⁰.

¹⁰⁸ Vgl. Krämer F., „*Die Politik Deutschlands in der Kosovofrage*“, 2009.

¹⁰⁹ Dazu *Report of the Secretary-General on the United Nations Interim Administration Mission in Kosovo*, 17.03.2009.

¹¹⁰ <http://www.unmikonline.org/Pages/about.aspx>, aufgerufen am 02.10.2011.

8 Die OSZE-Mission im Kosovo

Die Herausforderungen der Integration und der ethnischen Konflikte können durch die OSZE-Mission im Kosovo herausgearbeitet werden. Das OSZE-Gebiet reicht von Vancouver bis Wladiwostok und die Missionen erstrecken sich bis Zentralasien. In dieser Region sind heutzutage die Bemühungen der internationalen Zusammenarbeit unabdingbar für Frieden und Sicherheit.

Den Kosovo Konflikt kann man als ethnischen Konflikt definieren. Laut Brown (1993:1-6), *“an **ethnical conflict** is a dispute about important political, economic, social, cultural or territorial issues between two or more ethnic communities.*¹¹¹”.

Am 1. Juli 1999 beschloss die OSZE zum dritten Mal seit 1992 die Errichtung einer Langzeitmission im Kosovo. Man könnte von einer Operation in drei Ansätzen sprechen, die zusammen den Hauptbeitrag der OSZE zu den seit dem Zerfall Jugoslawiens andauernden Bemühungen der internationalen Gemeinschaft um eine Regelung des Kosovo-Konflikts darstellen.

Laut Eiff (1999:325), spiegeln sich in der Ausgestaltung und im Schicksal dieser Ansätze die Hartnäckigkeit des Kosovo-Konflikts und seine Verschärfung in den letzten eineinhalb Jahren wider. Mit der Verschlechterung der politischen und humanitären Situation im Kosovo verstärkte sich das internationale Engagement bis hin zum Einsatz militärischer Gewalt seitens der NATO¹¹².

8.1 Geschichte: Die erste OSZE- Mission im Kosovo

Die erste Kosovo-Mission bestand vom 8. September 1992 bis zum 29. Juni 1993 als Hauptteil einer dreiteiligen, für die größten BRJ¹¹³ eingerichteten Mission. Sie umfasste zu keinem Zeitpunkt mehr als 20 Mitarbeiter. Der Einsatz von internationalem Militär kam angesichts entschiedener serbisch-jugoslawischer Ablehnung nicht in Betracht.

¹¹¹ Brown, M. E. : *“Ethnic conflict and international security”*, 1993.

¹¹² Vgl. Heiff, H., „*Die OSZE-Mission im Kosovo*“, in „Das OSZE-Handbuch: die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit von Vancouver bis Wladiwostok“, OSZE- Jahrbuch 1999.

¹¹³ Minderheitengebiete der Bundesrepublik Jugoslawien - Kosovo, Sandschak und Vojvodina-eingerichteten Mission.

Das Mandat der Mission umfasste gemäß Beschluss des Ausschusses Hoher Beamter vom 14. August 1992:

- die Förderung des Dialogs zwischen den Behörden und Vertretern der Bevölkerung und Gemeinschaften,
- die Sammlung von Informationen über Verletzungen von Menschenrechten und Grundfreiheiten sowie die Förderung von Lösungen für solche Probleme,
- die Einrichtung von Kontaktstellen für die Lösung von Problemen sowie Hilfestellung bei der Verfügbarmachung von Informationen über die Gesetzgebung in den Bereichen Menschenrechte, Minderheitenschutz, Medienfreiheit und demokratische Wahlen (1999:325-326)¹¹⁴.

Dieses Mandat formulierte weder die Wiederherstellung der Autonomie des Kosovo noch die Verbesserung der Lage der Minderheiten und enthielt keinen Vermittlungs- oder Verhandlungsauftrag. Die erste Mission hatte den Auftrag, sich mit Menschenrechtsverletzungen zu befassen, und zwar auch in der Praxis die Behandlung der Lage der albanischen Volksgruppe. Weil die BRJ die Verlängerung des Mandats mit der Wiederzulassung Jugoslawiens zur OSZE verknüpfte, konnte die erste Mission über den 28. Juni 1993 hinaus nicht verlängert werden.

Mit ihrem Abzug im Jahre 1993 trat eine fünf Jahre andauernde Vakanz ein.

8.2 Geschichte: Die zweite OSZE-Mission im Kosovo

Die zweite OSZE- Mission im Kosovo, die sogenannte Kosovo-Verifizierungsmission (KVM), bestand vom 25. Oktober 1998 bis zum 8. Juni 1999¹¹⁵. Die Einrichtung der KVM stellte einen Kernpunkt der von Holbrooke und Milošević am 13. Oktober 1998 in Belgrad bekanntgegebenen Abmachungen für eine friedliche Lösung des Kosovo- Konflikts dar.

Dieses Abkommen bildete zusammen mit dem vom Ständigen Rat der OSZE am 25. Oktober 1998 beschlossenen Mandat die Grundlage für die KVM. Hauptaufgabe waren:

¹¹⁴ Vgl. Heiff, H., „*Die OSZE-Mission im Kosovo*“, in „Das OSZE-Handbuch: die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit von Vancouver bis Wladiwostok“, OSZE- Jahrbuch 1999.

¹¹⁵ Ihrer Entstehung vorausgegangen war die Eskalation des Kosovo-Konflikts in Form des bewaffneten Aufstands der "Kosovo-Befreiungsarmee" (UÇK), von Exzessen der serbischen Sicherheitskräfte sowie der Vertreibung und Flucht von Teilen der Bevölkerung.

- die Verifikation des Waffenstillstandes, des Rückzugs der serbischen Sicherheitskräfte und der Einstellung von Zwangsmaßnahmen gegen die Zivilbevölkerung,
- die Überwachung der Polizei, die Durchführung und Überwachung von freien und demokratischen Wahlen im Kosovo,
- die Unterstützung beim Aufbau demokratischer Institutionen und die Unterstützung der humanitären Organisationen, insbesondere bei der Rückkehr von Vertriebenen (1999:327-328)¹¹⁶.

Durch hohe sichtbare Präsenz und energische Reaktion auf Menschenrechtsverletzungen konnte die Mission zeitweise zu einer Beruhigung der militärischen Situation und der humanitären Problemlage wohl beitragen. Laut Heiff, waren in diesem Zusammenhang die Sammlung und Aufarbeitung der Informationen in der Missionszentrale in Pristina sowie in der Koordinationsstelle von OSZE und NATO in Kumanovo/Mazedonien, die Berichterstattung an die OSZE- Institutionen und damit an die Teilnehmerstaaten, ferner die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Mission von Bedeutung (1999:328)¹¹⁷.

Nach der Verschlechterung der humanitären Situation, und der Sicherheitslage, bestätigen sich Erkenntnisse einer vorangegangenen OSZE- Mission zur technischen Beurteilung, durch die die Waffenruhe ohne robuste Präsenz internationalen Militärs nicht zu gewährleisten war. Die Entwicklung führte zum Abzug der Mission nach Mazedonien am 20. März 1999 und zur Aufnahme der Luftoffensive der NATO kurz danach. In der Folge der Luftoffensive der NATO und diplomatischer Vermittlung unter aktiver russischer Beteiligung stimmte Serbien-Jugoslawien im Juni 1999 erstmals einer internationalen Militärpräsenz im Kosovo unter UN- Ägide und der Übernahme exekutiver Verantwortung seitens der internationalen Gemeinschaft zu.

¹¹⁶ Vgl. Heiff, H., „*Die OSZE-Mission im Kosovo*“, in „Das OSZE-Handbuch: die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit von Vancouver bis Wladiwostok“, OSZE- Jahrbuch 1999.

¹¹⁷ Vgl. Heiff, H., „*Die OSZE-Mission im Kosovo*“, in „Das OSZE-Handbuch: die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit von Vancouver bis Wladiwostok“, OSZE- Jahrbuch 1999.

8.3 Die dritte, beziehungsweise aktuelle, OSZE- Mission

Die OSZE wirkt als regionale Abmachung gemäß Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen an der friedlichen Beilegung von Konflikten mit. Die zehn verschiedenen Missionen und anderen Feldaktivitäten bilden heute ihr „Kerngeschäft“, das die Krisengebiete vom Balkan über den Kaukasus bis hin nach Zentralasien abdeckt (2007:323)¹¹⁸.

Zusammen mit anderen internationalen Organisationen führt die OSZE auf dem Balkan fünf Missionen der Konfliktnachsorge durch, deren Erfolg sich heute nur schwer beurteilen lässt. Die Mission, die wir behandeln, ist die Kosovomission, die seit 1999 aktiv ist. Die OSZE- Mission im Kosovo wurde vom Ständigen Rat der OSZE am 1. Juli 1999 ins Leben gerufen. Es ist ein gesonderter Teil der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK). Als dritte Säule der UNMIK, hat die Mission für die Einrichtung und den Aufbau demokratischer Strukturen und der Förderung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit zum Ziel.

Mit einer Decke von 199 internationalen und 499 lokalen Mitarbeiter, ist die Mission im Kosovo derzeit die größte OSZE Präsenz vor Ort. Dezember 2009 (PC.DEC/923) wurde das Budget der Mission im Kosovo auf EUR 23.546.600 beziffert¹¹⁹. Der Österreichische Botschafter Werner Almhofer ist der fünfte Leiter der OSZE- Mission im Kosovo seit dem 1. Oktober 2008.

8.4 Die Aufgaben der aktuellen Mission

Die Mission, die derzeit die größte OSZE- Feldoperation ist, hat im Wesentlichen drei Bereiche:

- Unterstützung der demokratischen Institutionen
- Menschenrechte, gute Regierungsführung und Verwaltung der Gemeinden
- Öffentliche Sicherheit

¹¹⁸ Vgl. Weidenfeld W., Wessels W., „*Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration*“, 2007

¹¹⁹ <http://www.osce.org/kosovo/13194.html>, aufgerufen am 17.11.2010.

Um lokale Institutionen und deren Einhaltung der Menschenrechte und Normen einer Regierungsführung weiter zu entwickeln, zielt die Mission auf eine Überwachung der Politik mittels eines Vier-Stufen-Prozesses ab: Überwachung, Analyse, Reporting und Empfehlung von Abhilfemaßnahmen für Mängel. Im Bedarfsfall beinhaltet die Mission die Weiterbildung und Beratung der Behörden.

Die Mission konzentriert sich auf¹²⁰:

- *Schutz der Gemeinschaftsrechte einschließlich der Bildung, der Sprache, der Kultur, der Nichtdiskriminierung und der Eigentumsrechte;*
- *Reform der lokalen Verwaltung im Hinblick auf die Verbesserung der Qualität von Dienstleistungen und die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Entscheidungsfindung;*
- *Rechtsstaatlichkeit und die Überwachung der Menschenrechte innerhalb der Gemeinden, Gerichte und der Polizei;*
- *Unterstützung und Weiterentwicklung von unabhängigen Institutionen, in den Bereichen Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Wahlen;*
- *die Koordinierung der Anstrengungen zur Bekämpfung des Menschenhandels;*
- *Aufsicht über die Rolle der Exekutive, und die Kompetenzverteilung auf die lokalen Gebietskörperschaften;*
- *Weiterentwicklung der privaten und der öffentlichen Sicherheit, einschließlich der Polizei, der Zollwache, der Feuerwehr- und Rettungskräfte;*
- *Stärkung der Medienaufsichtsbehörden.*

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben und Tätigkeiten, unterhält die OSZE- Mission im Kosovo ein Netz von fünf regionalen Zentren und 33 Gemeinden des Kosovo-Teams¹²¹.

Jedes regionale Zentrum umfasst eine Reihe von Gemeinden. Spezialisierte Teams überwachen die Arbeit der Justiz und der Polizei punkto Menschenrechte, überwachen die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit und bewerten die Ausübung der Eigentumsrechte. Ab 2008 wurde die Struktur der regionalen Zentren von *Community-Teams*, die die Gemeinden hinsichtlich der Einhaltung der gemeinschaftlichen Rechte überwachen und die Entwicklung von wirksamen Konsultation und Beteiligung für Nicht-Mehrheit Gemeinden verbessern sollen.

Die Zentren beraten auch Gemeinden über Grundsätze der verantwortungsvollen Staatsführung, transparente kommunale Entscheidungsprozesse, Beteiligung der Gemeinschaft und verstärkte Rechenschaftspflicht. Darüber hinaus bieten die regionalen Zentren technisches und juristisches Fachwissen für Kommunalwahlstellen, um die

¹²⁰ Dazu 2009 Programme Budget Performance Report Mission in Kosovo, OSZE.

¹²¹ <http://www.osce.org/kosovo/>, aufgerufen am 17.11.2010.

Einhaltung der Rahmenbedingungen für Wahlen und effektive Kommunikation mit der zentralen Wahlkommission und ihr Sekretariat sicherzustellen. Insgesamt bieten sie Beratung und Unterstützung auf dem Gebiet Teams, die direkten und täglichen Kontakt mit den kommunalen Beamten halten.

Die OSZE hat eine „proaktive“ Überwachung, das ist ein Prozess, der Analyse, Reporting und Abhilfemaßnahmenempfehlungen in der Arbeit der kommunalen Behörden umfasst. Die Mission Field Teams halten täglich Kontakt mit den kommunalen Institutionen und der Bevölkerung. Sie beobachten die tägliche Arbeit der Gemeinden, darunter die Sitzungen des Gemeinderates, Baugruppen und deren Ausschüsse sowie die Arbeit der Exekutive und bieten Vor-Ort-Beratung zur kommunalen Operationen.

8.4.1 Schutz der Menschenrechte

Im Kosovo kommt es leider immer noch zu Menschenrechtsverletzungen. Die Verantwortung liegt nicht nur bei der Exekutive, sondern auch bei der Legislative und der Judikative, sei es während der Erbringung von Dienstleistungen oder bei der Ausarbeitung und Umsetzung von Rechtsvorschriften. Daher setzt die OSZE- Mission eine Reihe von Maßnahmen, um sicherzustellen, dass angemessene Mechanismen zum Schutz der Menschenrechte¹²² und der öffentlichen Rechenschaftspflicht zum tragen kommen, und dass die zentralen und kommunalen Regierungen auf die Bedürfnisse aller Einwohner des Kosovo eingehen. Wichtigster OSZE- Akteur bei der Prävention von Minderheiten- und Nationalitätenkonflikten ist der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten (HCNM)¹²³. Die „Bolzano Recommendations“, ein von dem HCNM veröffentlichtes Dokument (2008:5), enthält diese Definition von *Nationalen Minderheiten*: „a wide range of minority groups, including religious, linguistic and cultural as well as ethnic minorities, regardless of whether these groups are recognized as such by the States where they reside and irrespective of the denomination under which they are recognized“¹²⁴.

¹²² Vgl. *Report of the Head of the OSCE Mission in Kosovo Ambassador Werner Almhofer to the OSCE Permanent Council*, 04.02.2010, Seiten 5-6.

¹²³ Schlotter, „OSZE Von „Kollektiver Sicherheit“ zum „Dienstleistungsbetrieb““, 2002.

¹²⁴ http://www.osce.org/publications/hcnm/2008/10/33388_1189_en.pdf, aufgerufen am 17.11.2010.

Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Rechte der Minderheiten sowie die Rechte der traditionell benachteiligten Gruppen, wie Frauen, Jugendliche und Menschen mit Behinderungen gelegt.

Die Mission unterstützt auch die Arbeit von unabhängigen Institutionen, die zu den wichtigsten Garanten der Menschenrechte zählen. Als letzter Schritt beim Schutz der Rechte, unterstützt die Mission die Arbeit des Ombudsmannes für den Kosovo, ebenso wie die Justiz, durch eine kontinuierliche Menschenrechtserziehung bei Anwälten und Richtern. In ihren Beziehungen mit der zentralen Ebene der Exekutive, berät die Mission im Kosovo Ministerien und das Amt des Premierministers zur besseren Wahrung der Menschenrechte, und bietet auch technische Unterstützung für die Anti-Korruptions-Agentur.

Um die Entwicklung der politischen Parteien zu fördern, hilft die Mission bei der Entwicklung interner Demokratie, politischer Profile und der Verbesserung der Interessenvertretung ihrer Wahlkreise. Ein weiteres Ziel der Mission ist die Verbesserung der Beziehungen zwischen den Beamten auf zentraler und lokaler Ebene.

Seit 1999 unterstützt die Mission den Aufbau und die Entwicklung einer Reihe unabhängiger Institutionen, insbesondere die Justiz, den Ombudsmann, die Zentrale Wahlkommission, die interne Aufsichtsdienste und die Korruptionsbehörde im Kosovo, und setzt sich weiters für die Pressefreiheit ein. Damit die Justizbehörden einen besseren Schutz der Menschenrechte und eine Verbesserung der Qualität ihrer Dienstleistungen gewährleisten können, überwacht und berichtet die Mission über das Verfahren in Verwaltungs-, Zivil- und Strafrecht. Auch die Polizeiarbeit wird durch die Mission überwacht. Es wird laufend über das Rechtssystem, die Polizei und die Einhaltung der Menschenrechte bei Festnahmen berichtet¹²⁵.

8.4.2 Entwicklung der Sicherheit

Zur Zeit der NATO-Intervention 1999, wurde der OSZE die Verantwortung für die Ausbildung der neuen Polizei, der Wahrung der Menschenrechte und der demokratischen Grundsätze der Polizei anvertraut. Darüber hinaus arbeitet die Mission mit lokalen und internationalen Akteuren zusammen bei der Entwicklung langfristiger Strategien, der Verbesserung der Wirksamkeit der Sicherheit zur Bekämpfung der organisierten

¹²⁵ <http://www.osce.org/kosovo/>, aufgerufen am 17.11.2010.

Kriminalität. Sie bietet auch spezielle Schulungen für Polizei und Zoll (die Kosovo-Polizeischule) zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens, wie Geldwäsche, Menschenhandel und Schmuggel, insbesondere von Drogen und Fahrzeugen. Es wurde auch ein Monitoringsystem eingeführt, das einen umfassenden Überblick über die Menschenrechte bietet und Rechenschaftspflicht von Justiz und Polizei einfordert¹²⁶.

8.4.3 Öffentliche Sicherheit

Eine der langfristigen Verpflichtungen der Mission im Kosovo ist, die Schaffung eines starken öffentlichen Sicherheitssektors zu unterstützen. Im Jahre 1999 wurden im Kosovo Institutionen für öffentliche Sicherheit von Grund auf neu erstellt. Dabei hatte die OSZE die Aufgabe, die Ausbildung der neuen Polizei, die Menschenrechte und demokratischen Grundsätze der Polizeiarbeit zu wahren¹²⁷. Es wurde eine Institution gegründet, und zwar die Kosovo-Polizeischule. Sie ist im „Zentrum für Öffentliche Sicherheit Bildung und Entwicklung des Kosovo“ anzusiedeln und betreut den Bildungs- und Ausbildungsbedarf der Polizei, den Grenzschutz, den Strafvollzug, Feuerwehren und Rettungsdienste¹²⁸.

8.4.4 Bekämpfung des Menschenhandels

Gegen die Probleme des internen und externen Menschenhandels in und aus dem Kosovo, arbeitet die Mission mit einer Reihe von lokalen Partnern. Dazu gehören staatliche Stellen, wie die interministerielle Arbeitsgruppe zur Bekämpfung des Menschenhandels im Kosovo und der Koordinator für die Bekämpfung des Menschenhandels. Ebenso wie Mitarbeiter auf lokaler Ebene, wie etwa Lehrer, Sozialarbeiter, Arbeitsinspektoren, Opfer, Polizisten und NGOs. Mit koordiniertem Ansatz, hat die Mission eine „Überwachungsfunktion und bietet Empfehlungen zur Einhaltung der internationalen Menschenrechte und rechtsstaatlicher Standards¹²⁹.

¹²⁶ <http://www.osce.org/kosovo/>, aufgerufen am 17.11.2010.

¹²⁷ Vgl. *Report of the Head of the OSCE Mission in Kosovo Ambassador Werner Almhofer to the OSCE Permanent Council*, 04.02.2010, Seiten 8-9.

¹²⁸ <http://www.osce.org/kosovo/>, aufgerufen am 17.11.2010.

¹²⁹ <http://www.osce.org/kosovo/>, aufgerufen am 17.11.2010.

8.4.5 Wahlen

Die OSZE- Mission im Kosovo ist an der Vorbereitung der Wahlen beteiligt und beschäftigt sich mit deren Durchführung seit 2000.

Die Mission hat auch dazu beigetragen, Kommunalwahl-Institutionen, die Zentrale Wahlkommission (CEC) und der CEC- Sekretariat zu organisieren, und baut ihre Kapazitäten für Wahlen aus¹³⁰. Derzeit laufen die Unterstützung bei laufenden operativen Planungen und der technischen Unterstützung und Beratung zur weiteren Verbesserung der CEC-Operationen.

8.4.6 Medien

Die Mission unterstützt die Entwicklung von freien, unabhängigen, objektiven und professionellen Medien im Kosovo.

Sie war maßgeblich an der Gründung des öffentlich-rechtlichen Senders, Radio Television Kosovo (RTK) im Jahr 1999 und seiner weiteren Entwicklung beteiligt. Die Unterstützung umfasste die Bereitstellung technischer Ausrüstung, Beratung und Schulung für Leitungs-, Redaktions- und technischem Personal in Zusammenarbeit mit der European Broadcasting Union, sowie Beratung zum Programmangebot und dessen Überwachung¹³¹.

8.4.7 Unterstützung unabhängiger Institutionen

Seit 1999 hat die Mission die Gründung und Entwicklung einer Reihe unabhängiger Institutionen unterstützt, vor allem das kosovarische Justizinstitut, die *Independent Media Commission*, die Ombudsperson, die Zentrale Wahlkommission, das Unabhängige *Oversight Board* und die Anti-Korruptions-Agentur des Kosovo¹³².

¹³⁰ <http://www.osce.org/kosovo/> , aufgerufen am 17.11.2010.

¹³¹ <http://www.osce.org/kosovo/> , aufgerufen am 17.11.2010.

¹³² <http://www.osce.org/kosovo/> , aufgerufen am 17.11.2010.

9 Die EULEX Mission im Kosovo

Der Zerfall der Sowjetunion und die kriegesischen Auseinandersetzungen zwischen den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien in den frühen 1990er Jahren führten der EU die Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik drastisch vor Augen. Mit dem Vertrag von Maastricht wurde die EPZ zur GASP weiterentwickelt, in den Titel V der zweiten Säule der EU aufgenommen und eine verteidigungspolitische Komponente hinzugefügt.

„Grundlage der Europäischen Union sind die Europäischen Gemeinschaften, ergänzt durch die mit diesem Vertrag eingeführten Politiken und Formen der Zusammenarbeit“ (EUV). Diese etwas sperrige Formulierung normiert die Grundstruktur der Europäischen Union: das sogenannte „Tempelmodell“ oder „Drei-Säulen-Modell“¹³³.

Bei der ersten Säule handelt es sich um die Europäischen Gemeinschaften, die ihrerseits aus der Europäischen Gemeinschaft sowie der Europäischen Atomgemeinschaft besteht. Bei den beiden anderen Säulen handelt es sich um die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (Zweite Säule) sowie um die Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit (Dritte Säule). Das zentrale Unterscheidungsmerkmal zwischen den einzelnen Säulen besteht darin, dass es sich bei der ersten Säule um supranationale Organisationen und in der zweiten und dritten Säule um intergouvernementale Formen der Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten handelt.

Wie agiert dieses Modell in der Praxis? Die EU wird als *“unique set of multi-level, non-hierarchical and regulatory institutions, and a hybrid mix of state and non-state actors”* verstanden¹³⁴.

Im Mehrebenen-Ansatz ist eine Trennung von nationalstaatlicher und internationaler oder europäischer Politik nicht vorgesehen. Ich habe anhand des Beispiels Kosovo gezeigt, wie die europäischen Programme und Strategien in der Praxis funktionieren. Zu diesem Zweck habe ich die Kooperationsweise der verschiedenen politischen Ebenen der EU beschrieben.

Der Kosovo ist eine der wichtigsten Prioritäten für die Europäische Union. Er scheint sich auf dem besten Weg zur europäischen Integration zu befinden, durch die Schaffung eines demokratischen und multi-ethnischen Staates, unter voller Achtung der Rechtsstaatlichkeit,

¹³³ Pollak J., Slominski P., *„Das politische System der EU“*, 2006.

¹³⁴ http://www.palgrave.com/politics/pdfs/14039_41041_21_Ch13.pdf, aufgerufen am 12.10.2011.

der Zusammenarbeit in Frieden mit seinen Nachbarn und durch den Beitrag zur regionalen und überregionalen Stabilität.

Ich habe dargestellt, welcher politischen Instrumente sich die EU auf regionaler und internationaler Ebene bedient, also das Drei-Säulen-Modell der Europäischen Union. Die Erkenntnisse daraus führen zu einem besseren Verständnis der Europäischen Governance, also der Aufgabenverteilung auf internationaler, europäischer und regionaler Ebene.

Die OSZE operiert auf europäischer Ebene. Der Zweck der OSZE-Mission ist es, Maßnahmen herbeizuführen, um die Demokratie zu festigen und Menschenrechte zu verteidigen. Diese Maßnahmen gehören zur zweiten Säule, und zwar zum Bereich Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.

Ziel der EULEX-Mission, die auf regionaler Ebene operiert, ist es, die Sicherheitslage zu stabilisieren und eine funktionierende Verwaltung aufzubauen, weiters hat sie auch exekutive Kompetenzen. EULEX Kosovo soll beim Aufbau von Polizei, Justiz und Verwaltung helfen. Zudem soll die juristische Verfolgung von Kriegsverbrechen, Terrorismus, organisierter Kriminalität, Korruption, Finanz- und Wirtschaftskriminalität unterstützt und die Zusammenarbeit zwischen Polizei- und Strafverfolgungsbehörden verbessert werden. Um die Impressionen der kosovarischen Gesellschaft zu interpretieren, habe ich einen kurzen Überblick über die Arbeit im ersten Jahr der EULEX- Mission zusammengestellt.

9.1 Die EULEX-Mission

Der Kosovo ist auf dem besten Weg zur europäischen Integration durch die Schaffung eines demokratischen und multi-ethnischen Staates, unter voller Achtung der Rechtsstaatlichkeit, der Zusammenarbeit in Frieden mit seinen Nachbarn und durch den Beitrag zur regionalen und überregionalen Stabilität.

Dies beinhaltet umfangreiche Maßnahmen zur Sicherung der Zukunft aller ethnischen Gemeinschaften im Kosovo, wodurch eine Grundlage für eine nachhaltige wirtschaftliche und politische Entwicklung erreicht werden kann. Aus diesen Gründen hat sich die EU am

16. Februar 2008 bis zum Start einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)-Mission im Bereich der Rechtsstaatlichkeit entschlossen¹³⁵.

9.2 Ziele und Aufgaben der EULEX- Mission

Die Europäische Union Rule of Law Mission in Kosovo (EULEX) ist die größte zivile Mission im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Das zentrale Ziel ist die Unterstützung der Behörden des Kosovo in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, insbesondere der Polizei-, Justiz- und Zollbehörden.

Die Mission besteht nicht darin, im Kosovo zu regieren oder Regeln aufzustellen, sondern darin, die Beratungs- und Beobachtungsaufgaben zu übernehmen, unter Beibehaltung von begrenzten Exekutivbefugnissen¹³⁶.

Die ESVP-Mission sollte die Justiz- und Strafverfolgungsbehörden in Richtung Nachhaltigkeit und Verantwortung unterstützen. Es wurde die weitere Entwicklung und Stärkung eines unabhängigen und multi-ethnischen Justizsystems und eines multi-ethnischen Polizei- und Zollsystems unterstützt und beobachtet, um sicherzustellen, dass diese Organe frei von politischer Einflussnahme und Einhaltung der international anerkannten Normen und nach Europäischen Standard funktionieren¹³⁷.

Die Aufgabe der Mission ist es außerdem, eine engere Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission (Assistance Programme) zu erstellen, und seinen Auftrag durch Beobachtung, Anleitung, Beratung als auch bestimmte exekutive Aufgaben zu erfüllen¹³⁸.

Das Ziel der Mission ist die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit im Kosovo, sodass alle Bürger die gleichen Rechte erhalten. Das Herz der Strategie ist die Unterstützung der lokalen Polizei, der Justiz- und Zollbehörden durch Überwachung, Betreuung und Beratung nach den besten europäischen Praktiken und Standards¹³⁹.

¹³⁵ <http://www.consilium.europa.eu/eeas/security-defence/eu-operations/eulex-kosovo.aspx?lang=en>, aufgerufen am 24.10.2011.

¹³⁶ <http://www.eulex-kosovo.eu/en/front/>, aufgerufen am 24.10.2011.

¹³⁷ <http://www.eulex-kosovo.eu/en/front/>, aufgerufen am 24.10.2011.

¹³⁸ <http://www.eulex-kosovo.eu/en/front/>, aufgerufen am 24.10.2011.

¹³⁹ <http://www.eulex-kosovo.eu/en/front/>, aufgerufen am 24.10.2011.

9.3 Die legale Basis der EULEX Mission im Kosovo

Die legale Basis für die Mission wurde in einem Gemeinsamen Aktionsbeschluss des EU-Rates am 4. Februar 2008 beschlossen. Der Rat der EU hat auf der Suche nach der „angemessensten rechtlichen Grundlage“ drei Ausgangspunkte für die Arbeit der EULEX-Mission definiert: Die UNO-Resolution UNMIK-1244 von 1999.

Im Bedarfsfall können die EU-Beamten sogar die Rechtsprechung unabhängig von Kosovo-albanischen Vertretern ausüben, und gemäß Artikel 146 §§ 1 und 2 der kosovarischen Verfassung:

“Notwithstanding any provision of this Constitution:

1. The International Civilian Representative and other international organizations and actors mandated under the Comprehensive Proposal for the Kosovo Status Settlement dated 26 March 2007 have the mandate and powers set forth under the said Comprehensive Proposal, including the legal capacity and privileges and immunities set forth therein.

2. All authorities in the Republic of Kosovo shall cooperate fully with the International Civilian Representative, other international organizations and actors mandated under the Comprehensive Proposal for the Kosovo Status Settlement dated 26 March 2007 and shall, inter alia, give effect to their decisions or acts.”¹⁴⁰

Hauptaufgaben der EULEX sind die Aufrechterhaltung und die Förderung der Rechtsstaatlichkeit sowie die Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit.

EULEX ist dazu befugt, die Aufrechterhaltung und Förderung der Rechtsstaatlichkeit zu fördern. Außerdem wurde die administrative Kontrolle de facto auf die Europäische Union übertragen.

9.4 Polizeikomponente¹⁴¹

Die polizeiliche Komponente ist Teil der umfassenden Unterstützung der EULEX für die Behörden des Kosovo im Bereich der Rechtsstaatlichkeit. Die Kosovo-Polizei (KP) wurde außerdem unterstützt, eine multi-ethnische Polizei zu gründen, die frei von politischer Einflussnahme sei und dem Volk des Kosovo dienen könne.

¹⁴⁰ <http://www.kushtetutakosoves.info/?cid=2,275> , aufgerufen am 01.10.2011

¹⁴¹ <http://www.eulex-kosovo.eu/en/front/>, aufgerufen am 24.10.2011.

Das Mandat der EULEX erlaubt auch, in bestimmten Ausnahmefällen einzugreifen und Korrekturmaßnahmen zu nutzen; zum Beispiel wenn die kosovarischen Behörden versagen, indem sie die Gewalt gegen die Minderheiten zu stoppen und durch politische Einmischungen die Rechtsstaatlichkeit zu untergraben versuchen.

Die polizeiliche Struktur der EULEX wird eine Gesamtstärke von zirka 1.400 internationalen Polizisten haben, die voraussichtlich auf dem ganzen Kosovo aufgeteilt werden. Die Mitarbeiter werden entsprechend ihrer jeweiligen Aufgaben in drei Abteilungen gegliedert: Stärkung der Abteilung, Exekutive Polizeiabteilung, Spezielle Polizeiabteilung.

9.5 Justizkomponente¹⁴²

Eines der zentralen Ziele der Justizkomponente von EULEX ist die Verbesserung und Stärkung der Justiz im Kosovo, um multi-ethnisch, unparteiisch und frei von politischer Einflussnahme zu bleiben, und um faire Verfahren nach internationalen Standards zu gewährleisten.

Die Aufgaben der Richter und Staatsanwälte der EULEX besteht auch darin, die Korrektur, Einleitung und Beratung der lokalen Verwaltung zu übernehmen. Die Justizkomponente besteht aus etwa 10% des Gesamtbetrags der EULEX- Mitarbeiter.

Die Mitarbeiter der EULEX- Justizkomponente stehen im ständigen Kontakt mit den heimischen Behörden, um Wissen und Erfahrungen auszutauschen. Aus all dem sollen die kosovarischen Institutionen profitieren, wodurch sich das Vertrauen in das Rechtssystem erhöhen würde.

9.6 Zoll-Komponenten¹⁴³

Wie in den anderen westlichen Balkanstaaten hat sich die Zollverwaltung auch im Kosovo als Priorität gesetzt, die europäischen Standards zu erfüllen. Eine der wichtigsten Aufgaben, in Zusammenarbeit mit anderen Strafverfolgungsbehörden, ist die Bekämpfung

¹⁴² <http://www.eulex-kosovo.eu/en/front/>, aufgerufen am 24.10.2011.

¹⁴³ <http://www.eulex-kosovo.eu/en/front/>, aufgerufen am 24.10.2011.

des illegalen Handels, der Kampf gegen den Terrorismus und die organisierten Kriminalität, sowie Schutz der Menschenrechte. Die EULEX-Zollkomponente wird die Arbeit beobachten, anleiten, beraten und wenn nötig auch rechtliche Schritte einleiten.

10 Gemeinsame Bereiche der Zusammenarbeit und Herausforderungen

10.1 Zusammenarbeit: Justiz

Eine der Prioritäten der internationalen Gemeinschaft war die Wiederaufbau des Justizsystems: Ein dreistufiges Gerichtssystem mit Gemeindegerichten (Municipal Courts), regionalen Gerichtshöfen (District Courts) und einem Obersten Gerichtshof für den Kosovo (Supreme Court) kam zustande und Internationale Richter und Staatsanwälte wurden in bestimmten Teilen des Kosovo (z.B. in Mitrovicë/Mitrovica) eingesetzt (2005:41)¹⁴⁴.

Trotzdem sind Justiz und Rechtsstaatlichkeit immer noch sehr schwach entwickelt. Die serbische Leadership ließ hinter sich ein korruptes judizielles System und dazu eine Reihe von Zivil- und Straffälle der Regierung Milosevics. Die Polizei, die Steuerpolitik und das Gerichtssystem haben noch eine niedrige Leistungsfähigkeit und neigen zu Machtmissbrauch¹⁴⁵.

10.2 Zusammenarbeit: Aufbau der politischen Strukturen

Ein weiteres wesentliches Ziel der internationalen Gemeinschaft war die Schaffung der Voraussetzungen für die parlamentarischen Demokratie, und damit auch die Durchführung von demokratischen Wahlen, die Einrichtung von Institutionen wie Parlament, Regierung und Verwaltung.

Genauso wichtig für die Errichtung demokratischer Standards war die Empfehlungsrolle der internationalen Organisationen zur Förderung eines demokratischen Verhaltens der politischen Klasse. Die UNMIK und die OSZE versuchten die Grundlagen einer modernen parlamentarischen Demokratie aufzubauen. Das scheint jedoch meines Erachtens ein

¹⁴⁴ Vgl. Kramer H., Džihic V., „*Die Kosovo Bilanz. Scheitert die internationale Gemeinschaft?*“, 2005.

¹⁴⁵ Vgl. Prelec, Marko, „*La corrupción ahoga Kosovo*“, Foreign Policy Edición Española, 2010.

extrem herausforderndes Projekt in einem Land, das sehr schwache Basis für die Demokratisierung hat. Die durch Diktaturen tiefgeprägte Vergangenheit Kosovos stellt ein großes Hindernis in diesem Sinne dar, betrachtet man außerdem, dass die Entwicklung der Demokratie ein langfristiger Prozess ist.

Die legale und politische Basis für die Einrichtung der Institutionen der kosovarischen Selbstverwaltung wurde unter der Leitung der UNMIK durch den so genannten „Verfassungsrahmen für die provisorische Selbstverwaltung“ erstellt.

Die Provisional Institutions of Self-Government (PISG)¹⁴⁶ sahen folgende Voraussetzungen vor: Eine Parlamentarische Versammlung mit 120 Sitzen, ein Präsidentenamt, einen Ministerpräsidenten, eine Regierung mit entsprechenden Ministerien, Institutionen der Gerichtsbarkeit (2005:69-74)¹⁴⁷. Die höchsten Standards des internationalen Menschenrechtsschutzes wurden im Bereich der Menschenrechte und Grundfreiheiten eingehalten. Eine Kombination von detaillierten Minderheitenschutzbestimmungen mit Maßnahmen der positiven Diskriminierung wie z.B. im Parlament und anderen Institutionen der provisorischen Selbstverwaltung wurde im Text des Verfassungsrahmens enthalten. Die parlamentarische Versammlung war die höchste Gesetzgebungs- und Vertretungsinstitution der provisorischen Selbstverwaltung. Durch die Befugnisse der UNMIK wurden die Kompetenzen von Regierung und Parlament eingeschränkt.

Die UNMIK kontrollierte auch nach der Übergabe von inhaltlich und ideologisch so sensiblen Bereichen wie dem der Bildung weiterhin die Finanzgebarung in diesen Sektoren. Die OSZE verpflichtete sich den parlamentarischen Vertretern der nichtserbischen Minderheiten Sachkoalitionen zu bilden sowie die Wahrung ihrer Interessen zu kämpfen.

Was die lokale Verwaltung angeht, wurde die administrative Einteilung in 30 Gemeinden nach dem Prinzip der Subsidiarität innerhalb der Gemeinden übernommen (*municipalities*).

10.3 Zusammenarbeit: Wahlbeobachtung

Die UNMIK war gemäß dem Artikel 11 der Sicherheitsresolution 1244 für *“Organizing and overseeing the development of provisional institutions for democratic and autonomous*

¹⁴⁶ Dazu Ker-Lindsay J., „Kosovo. The Path to Contested Statehood in the Balkans“, Kapitel 1, 2009.

¹⁴⁷ Vgl. Kramer H., Džihic V., „Die Kosovo Bilanz. Scheitert die internationale Gemeinschaft?“, 2005.

self-government pending a political settlement, including the holding of elections (art.11d, Sicherheitsresolution 1244/1999)“¹⁴⁸ zuständig.

Die Wahlkommission Zulassung von Parteien und Kandidaten sowie zur Regelung der Voraussetzungen für die Durchführung der Wahlen wurde von der UNMIK und der OSZE geführt. Die ersten demokratischen Wahlen wurden also von diesen zwei Organisationen durchgeführt, die auch eine umfassende Information der kosovarischen Bevölkerung zur Verfügung stellten.

Die Tatsache, dass die serbische Gemeinschaft sich als „Serben im Kosovo“ – also in einem serbischen Staat- und nicht als „Serben in einem kosovarischen Staat“ betrachtet, unterstützt von der serbischen politischen Verantworten, bracht trotz der Bemühungen insbesondere der OSZE, die für die Planung, die konkrete Durchführung und die Kontrolle der Wahlen zuständig war, zu einer niedrigen Teilnahme der serbischen Gemeinschaft an den Wahlen. niedrig.

10.4 Zusammenarbeit: Mediensystem

Eine wichtige Rolle spielte auch die Unterstützung von unabhängigen Medien.

Die Grundlagen für Printmedien, Fernsehen und Radio wurden von der UNMIK und der OSZE ermöglicht, und zwar durch die Gründung einer Vereinigung der kosovarischen Medien, mit der Unterstützung eines Verhaltenskodex für die neu eingerichtete Zeitungen, Fernseh- und Radiostationen und einer „Ethikkommission“ zur Gewährleistung der Medienregelung.

.

10.5 Herausforderungen: Wirtschaftliche Lage

Angestrebt wird außerdem die wirtschaftliche Wiederaufbau des Landes, die eines der größten Probleme im Kosovo darstellt. Strukturelle historische Hindernisse in diesem Bereich sind: Die schlecht entwickelte Infrastruktur, schwache industrielle Basis und eine arbeitsintensive Landwirtschaft. Die meisten Bewohner des Kosovo lebten von der

¹⁴⁸ <http://www.nato.int/kosovo/docu/u990610a.htm>, aufgerufen am 02.10.2011.

Landwirtschaft, die man als „Subsistenzwirtschaft“ mit fehlender Marktanbindung und einem niedrigen Technologieniveau bezeichnen kann.

Aufgrund des hohen Armutsanteils (derzeit leben 15% der Kosovaren in extremer Armut, während weitere 37% der Bevölkerung als arm bezeichnet werden können), bleibt der Kosovo einer der ärmsten Wirtschaften in der Region. Besonders tragisch ist die Armut ist in den von Frauen geführten Haushalten, bei Roma, slawischen Muslimen und Gorani.

Die Arbeitslosigkeit erreicht mit über 70% Rekordhöhen. Sie ist vor allem bei den jüngeren Kosovaren besonders katastrophal. Laut Kramer und Džihic sind die Arbeitslosenraten am höchsten in der Altersgruppe der 16 bis 24-jährigen, die mehr als 50% der gesamten Bevölkerung ausmacht (sogar 95% der Frauen sind ohne Beschäftigung. Die Arbeitslosigkeit bei den Minderheiten beträgt laut Angaben des UNHCR bis zu 95%(2005:134-136)¹⁴⁹.

Die einzige Möglichkeit zum Überleben scheint deswegen Subistenz-Landwirtschaft und Gelegenheitsarbeiten, finanzielle Zuwendungen aus dem Ausland oder illegale Praktiken zu betreiben. Die strukturellen Probleme der kosovarischen Wirtschaft bestehen Kramer und Džihic zufolge aus: Niedriger Produktivität, schwacher industrieller Basis; wenig entwickelter Infrastruktur; externer Abhängigkeit; geringen Exporten (Der Kosovo kann nicht einmal ein Fünftel seiner Importe durch Exporte abdecken); weitgehendem Ausbleiben ausländischer Direktinvestitionen (2005:123-130)¹⁵⁰. Ein weiteres Problem stellt die seit 1999 unzureichende Energieversorgung des Landes dar.

EU und KFOR leisteten Hilfe für die Investitionen beim Aufbau der Infrastruktur, der Wiederherstellung und Modernisierung des Verkehrssystems und des Informationssektors. Meiner Meinung nach sollte die Investition in der Infrastruktur eine Priorität der internationalen Akteure sein. Stärkere Investitionen in die Infrastruktur sind unverzichtbar. Eine Barriere in diesem Bereich ist die Frage der Rechtssicherheit für die ausländischen Investoren, die besonders misstrauisch, im Kosovo ihr Kapital zu investieren sind, aufgrund nicht nur des „unklaren“ Status des Kosovo, sondern auch der Korruptions- und Kriminalitätsgefahr. Ein Handbuch *“Investing in Kosovo”* von dem Handels und Industrieministerium der Republik Kosovo empfiehlt Investitionen in dem Industrie und Businesssektor, Klimainvestitionen, Währung und Banksystem, Arbeitsmarkt und Bildung,

¹⁴⁹ Vgl. Kramer H., Džihic V., „*Die Kosovo Bilanz. Scheitert die internationale Gemeinschaft?*“, 2005.

¹⁵⁰ Vgl. Kramer H., Džihic V., „*Die Kosovo Bilanz. Scheitert die internationale Gemeinschaft?*“, 2005.

Handeln und Kundenschaft und Lebensqualität¹⁵¹. Meines Erachtens ist es der richtige Weg für die internationale Gemeinschaft, die wirtschaftliche Lage des Kosovo zu verbessern.

Jedoch erscheint die Zukunft der Mehrheitsbevölkerung sowie der Minderheiten ohne wirkliche Verbesserung der desaströsen wirtschaftlichen Lage hoffnungslos.

10.6 Herausforderungen: Kriminalität und Korruption

Die organisierte Kriminalität ist ein grenzüberschreitendes Phänomen, das keine ethnischen Unterschiede hat. Die Bekämpfung der organisierten Kriminalität erweist sich als äußerst schwierig, weil die letzte paradoxerweise quasi eine „multiethnischen Gesellschaft“ schafft.

Die Organisierte Kriminalität trifft sowohl albanische wie serbische Gruppen gleichermaßen.

Schmitt betrachte die Kosovo-albanische Organisierte Kriminalität als ein Ergebnis der politischen Krise und der serbischen Repressionspolitik nach 1989, das aber auch Wurzeln in früherer Zeit hat. Seiner Meinung nach haben ethnische Albaner in Teilen Europas die *„vollständige Kontrolle über bestimmte Kriminalitätsbereiche wie Drogenhandel, illegale Einwanderung und Menschenhandel. Albanische organisierte Kriminalität gilt als zunehmende Bedrohung der Mitgliedstaaten (Der EU)“*. Organisierte Kriminalität bestand auch bei Kosovo-Serben, die jedoch einen Teil überwiegend innerserbischer krimineller Strukturen bildeten und operiert mit einem verbreiteten organisierten Netzwerk in den Nachbarländern sowie im größeren regionalen Kontext des Balkans.

Die schlimmste Form der Organisierten Kriminalität ist wohl der Frauenhandel, d.h. der moderne Sklavenhandel in Europa. Ein Bericht von Europol aus dem Jahre 2006 schätzt die Zahl der auf dem Balkan in „sexueller Sklaverei“ gehaltenen Frauen und Kinder auf jährlich rund 120.000 (2008:292-294)¹⁵².

Die Aktivitäten der organisierten Kriminalität und der Mafia stellen eines der größten und der schwierigsten Probleme im Kosovo und in den Nachbarländern der Region dar. Der Völkerrechtsexperte und Botschafter von Mazedonien an der EU Blerim Reka definierte

¹⁵¹ *Investing in Kosovo*, Investor Guide, Ministry of Trade and Industry of the Republic of Kosovo, 2011.

¹⁵² Vgl. Schmitt O. J.: *„Kosovo. Kurze Geschichte einer zentralbalkanischen Landschaft“*, 2008.

den Kosovo in einem Interview am International Crisis Group als ein „*Colombia in Europe ... an El Dorado for organised crime.*“ (2005:12) ¹⁵³.

Wirtschaftliche und soziale Unterentwicklung favorisierten diese Phänomene: Kriminalität war eine der Möglichkeiten zu überleben. Auf der einen Seite betrachtet die kosovarische Bevölkerung die organisierte Kriminalität als eines der größten Probleme, auf der anderen Seite wird sie zur organisierten Kriminalität gezwungen, weil sie eine Überlebensebene darstellt.

Aufgrund der hohen Anzahl der Albaner in der Diaspora, die vor allem in der Schweiz, in Deutschland und in Österreich leben und arbeiten und einen sehr starken Bezug zur Heimat haben, sind die Verbindungen zwischen den kriminellen Aktivitäten im Kosovo und im Ausland sehr schwer zu kontrollieren.

Bereichen der organisierten Kriminalität (2005:151-155) ¹⁵⁴:

- Drogenhandel: Der Balkan ist die Durchgangsrouten für Heroin von Afghanistan aber auch von anderen zentralasiatischen Ländern, nach Mittel- West- und Nordeuropa.
- Zigarettenmuggel: Es handelt sich um ein Millionengeschäft in dem führende Politiker involviert sind.
- Handel mit Frauen und Mädchen und Zwangsprostitution
- Wirtschaftskriminalität und Geldwäsche
- Waffenschmuggel

Genauso wie mit der organisierten Kriminalität müsste die internationale Gemeinschaft sich mit dem gravierenden Problem „Korruption“ herausfordern. Korruption bedeutet „*dishonest or illegal behaviour, especially of people in authority*“ ¹⁵⁵. Hans Leyendecker definiert diesen Begriff als „*Missbrauch eines öffentlichen Amtes, einer Funktion in der Wirtschaft oder eines politischen Mandats – zugunsten eines anderen, auf dessen Veranlassung oder aus eigener Initiative, zur Erlangung eines Vorteils für sich oder für einen Dritten.*“ ¹⁵⁶. Es geht um ein in der Gesellschaft und in den Institutionen

¹⁵³ Kosovo: toward final status, Europe Report n. 161, 24. Jänner 2005, International Crisis Group, <http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/B54ABFA2910AB31649256F9300079D8C-icg-scg-24jan.pdf>, aufgerufen am 02.10.2011.

¹⁵⁴ Vgl. Kramer H., Džihic V., „Die Kosovo Bilanz. Scheitert die internationale Gemeinschaft?“, 2005.

¹⁵⁵ Oxford Advanced Learner's Dictionary, Sixth edition, 2000.

¹⁵⁶ Leyendecker, Hans, „Korruption: Spiegel der politischen Kultur“, in „Aus Politik und Zeitgeschichte, 3-4/2009.

radikalisiertes Phänomen, das sehr schwierig zu kontrollieren ist. Für die Bevölkerung im Kosovo ist Korruption eines der größten Probleme in Politik und Gesellschaft. Die am stärksten korrupten Institutionen sind nach Meinung der Bevölkerung: Die kosovarische Elektrizitätsgesellschaft, die Spitäler, die Zollbehörden, die Gemeinden, die Regierung, das Parlament, die Präsidentschaft und die Parteien (2005:88-89)¹⁵⁷.

Laut Marko Prelec, Projektleiter für Balkan vom *International Crisis Group* seien organisierte Kriminalität und Korruption im Kosovo eng miteinander verbunden, weswegen, man den Eindruck habe, dass die Regierung von einer politischen Elite geführt werde, die am Rand des Rechts arbeite und die jeden einzelnen Aspekt der Gesellschaft kontrolliere¹⁵⁸.

10.7 Herausforderungen: Parallelgesellschaft

Eines der großen Probleme des politischen Systems im Kosovo ist die fehlende Integration der Serben in die von den Albanern dominierten kosovarischen Strukturen der provisorischen Selbstverwaltung. Dieses Phänomen findet statt insbesondere in den Gemeinden wo es sich so genannten „Parallelstrukturen“ entwickelt haben (im Nordkosovo) und in den mehrheitlichen serbischen Gebiete.

Die Existenz paralleler Strukturen für die serbische Minderheit bzw. die serbische Mehrheit im Nordkosovo ist besonders evident in Bereichen wie Verwaltung, Polizei, Gesundheitsvorsorge sowie Bildung und Ausbildung.

Die UNMIK und die OSZE-Vertreter bezeichnete die serbische Einrichtungen als eines der wesentlichen Hindernisse für die Herstellung einer multiethnischen Gesellschaft im Kosovo, wobei sie von serbischer Seite klarerweise als rechtmäßige Organe des serbischen Staates uns als legal betrachtet werden.

¹⁵⁷ Vgl. Kramer H., Džihic V., „*Die Kosovo Bilanz. Scheitert die internationale Gemeinschaft?*“, 2005.

¹⁵⁸ Vgl. Prelec, Marko, „*La corrupción ahoga Kosovo*“, Foreign Policy Edición Española, 2010.

11 Schwäche und Scheitern

11.1 Erfolg und Scheitern

Die wichtigste Mission im Kosovo war die von den Vereinten Nationen zur Unterstützung eingerichtete UNMIK Mission (Interim Administration Mission in Kosovo). Die OSZE, die im Kosovo auf proaktive Überwachung setzt, sollte mit anderen internationalen Akteuren zusammenarbeiten. Darüber hinaus kam der EULEX- Mission (European Union Rule of Law Mission in Kosovo), die Herstellung der Rechtstaatlichkeit zu.

Das kosovarische Volk, das sich 2008 von Serbien unabhängig erklärt, nimmt die internationalen Organisationen als „Interferenz“ von oben wahr. Es empfindet dabei, dass die Arbeit der internationalen Organisationen nicht unbedingt seinem unmittelbaren Interesse dienlich ist. Die kosovarische Bevölkerung ist mit der Arbeit der internationalen Organisationen unzufrieden, sie betrachtet die Missionen als nicht erfolgreich und wirft den internationalen Organisationen Ineffizienz vor, wobei zu betonen ist, dass die OSZE-Mission – wahrscheinlich wegen ihrer begrenzten Kompetenzen - im Vergleich zu den anderen beiden Missionen, die vor den Korruptions- und Kriminalitätsskandale eingesetzt wurden, von der Bevölkerung als nicht derart gescheitert betrachtet wird. Kriminalitäts- und Korruptionsrate sind hoch und die Wirtschaft im Kosovo ist unzureichend entwickelt, was sich auch in Armut äußert.

Nach einer gesamten Analyse der drei Missionen, ihrer Geschichte und ihrer Aktivitäten, sind die UNMIK, OSZE und die EULEX Missionen im Kosovo meiner Meinung nach in manchen Bereichen erfolgreicher als in anderen.

Durch u.a. den massiven Einsatz von KFOR-Soldaten, die internationale UNMIK-Polizei und durch den erfolgreichen Aufbau eines kosovarischen Polizeikorps konnten die Sicherheitslage stabilisiert und ein einigermaßen sicheres Umfeld für die zivilen Aufbauaufgaben geschaffen werden. Seit 2000 wurden vier Wahlen ohne größere Probleme durchgeführt und Grundlagen für en Aufbau moderner politischer und administrativer Institutionen gelegt.

Heikle Bereiche sind noch die Situation der ethnischen Spannungen, die Kriminalität und die wirtschaftliche Lage. Die Arbeitslosigkeit ist vor allem bei den jüngeren Kosovaren außerordentlich hoch. Wenig oder gar nicht erfolgreich waren auch die Bemühungen der internationalen Akteure, die organisierte Kriminalität einzudämmen. Fatalerweise waren die „Internationals“ im Bereich der Prostitution auch maßgeblich für die Ausweitung der Kriminalität verantwortlich.

Wo liegen nun die konkreten Schwächen der internationalen Gemeinschaft im Kosovo? Wo sind Fehler begangen worden? Meiner Meinung nach unterschätzen die Vertreter der internationalen Organisationen den ethnischen Hass und verstanden zu wenig, wie die interethnischen Gegensätze in den historischen, gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen strukturell verwurzelt und verankert sind.

11.2 UNMIK

Als positive Ergebnisse der UNMIK betrachte ich: Die Errichtung einer friedlichen Stabilität nach dem Krieg (mit Ausnahme der Unruhen von 2003-2004), die Beschäftigung vieler kosovarischen Arbeitskräfte in der öffentlichen Verwaltung (zeitweise bis zu 30% der arbeitsfähigen albanischen Bevölkerung), und die Schaffung eines kosovarischen Polizeikorps. Außerdem konnte die regionale Polizeitruppe (mit 15% Beamten aus ethnischen Minderheiten) die normale Kriminalität verringern.

In welchen Bereichen ist die UNMIK gescheitert?

- Ethnische Spannungen: Die UNMIK ging von einer unrealistischen Zielsetzung eines „multiethnischen“ Kosovo aus. Ihre Strategie, bei der Einrichtung der politischen Institutionen im Kosovo auf proportionale Vertretung aller ethnischen Gruppen zu dringen, verstärkte die Tendenz zur „Ethnisierung der Politik“.
- UNMIK und KFOR gingen zu spät und zu passiv gegen die Gewaltakte vor. Sie hätten schon vor dem Krieg 1999 intervenieren sollen.
- Wirtschaft: Die UNMIK wusste, dass die wirtschaftliche Lage trist ist: *“Despite the fog of statistics, it is clear that the United Nations have failed in developing the*

economy of Kosovo” (2005:205-206)¹⁵⁹. Aber Initiativen für die Entwicklung kamen zu spät und die Maßnahmen waren unzureichend. In einem so armen und kompliziertem Bereich wie dem Kosovo, dessen wirtschaftliches System tief verwurzelte Probleme hat, sollte man meiner Meinung nach die negativen Einflüsse der organisierten Kriminalität härter bekämpfen und ausländischen Investitionen stimulieren und fördern.

Ein *Europe Report* von *International Crisis Group* von 2001 empfahl folgende Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft: UNMIKs Handels- und Industrieabteilung soll - zusammen mit Rechtsexperten in Pristina und New York – “*establish the necessary mechanisms through privatisation, creative commercialisation, spin-offs or other means of making assets more liquid*”¹⁶⁰. Außerdem sollte die UNMIK den Prozess der Privatisierung weiter führen, um das Problem der Eigentumsrechte zu lösen. Da dies die Investoren ermutigen könnte, die Entscheidungen im Bereich der Privatisierung sollten mehr auf Internationaler Ebene getroffen werden. Die Schlüssellösung sei also die Förderung der Investitionen.

- Organisierte Kriminalität: Die Mitarbeiter der UNMIK bekämpften die Organisierte Kriminalität mit zu wenig Nachdruck. Der Anstieg der Prostitution wurde beispielsweise durch die zahlreichen Vertreter der Vereinten Nationen und anderer internationaler Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen hervorgerufen.
- Personalfluktuaton und kurze Amtszeiten (in einem sechsmonatigen Rhythmus): Obwohl grundsätzlich der Austausch von Personal für internationale Organisationen wichtig ist, bringt dies einen Mangel an Kontinuität in die Missionen, der nicht weniger wichtig ist, um den Erfolg zu gewährleisten.
- Probleme in der Koordination zwischen den verschiedenen internationalen Organisationen: Verwirrung im „Four Pillars“-Modell, unzureichende Klarheit in der Arbeitsteilung. Außerdem arbeiteten die internationale und die regionale Justiz bei der Stärkung des Rechtsstaates ungenügend zusammen.
- Probleme in der lokalen Verwaltung: 1) Bei den Bürgern herrscht eine große Verwirrung im Bezug auf die Zuständigkeit der Gemeinde 2) Sehr großen Ungleichheiten und Disparitäten im Bezug auf Einkommensniveau und Zugang zu

¹⁵⁹ Vgl. Kramer H., Džihic V., „*Die Kosovo Bilanz. Scheitert die internationale Gemeinschaft?*“, 2005.

¹⁶⁰ <http://www.crisisgroup.org/en/regions/europe/balkans/kosovo/123-kosovo-a-strategy-for-economic-development.aspx>, aufgerufen am 02.10.2011.

den Bildungseinrichtung. Diese sind meiner Meinung nach die Auswirkungen in einer Nachkonfliktsrealität. Die UNMIK hätte sich eher mehr der Information der Bürger widmen sollen.

Früh lehnten viele Kosovo-Albaner die UNMIK als quasi „koloniale Herrschaft“ ab. Heutzutage ist die UNMIK jene Organisation, die von der Bevölkerung am heftigsten kritisiert wird. Von den Problemen des Kosovo – Wirtschaftskrise, Energiemangel, Arbeitslosigkeit, ethnische Spannungen, Rechtsstaatlichkeit- hat die UNMIK unter diesen Umständen keines wirklich einer endgültigen Lösung zuzuführen vermocht. Zunehmend musste sich die UNMIK mit Korruptionsvorwürfen auseinandersetzen; ebenso mit dem Vorwurf, dass ihre Präsenz die von Kosovo-Albanern kontrollierte Prostitution förderte. Die Polizei erwies sich kaum in der Lage, besonders die Organisierte Kriminalität zu bekämpfen.

Rathfelder schrieb: *„Die Stimmung gegenüber der UNMIK schlug jedoch erst um, als einige Korruptionsfälle bekannt wurden –etwa die Tätigkeit eines deutschen Hochstaplers, der von der UNMIK ausgerechnet zum Chef des Energieversorgungskonzerns KEK und zum Leiter des UNHCR berufen worden war. Es handelt sich um den damals dreiunddreißigjährigen Joe Trutschler, der weder Ingenieur noch Ökonom war und kein Studium hinter sich hatte, der aber offenbar sehr geschickt dabei war, in die eigene Tasche zu wirtschaften.“* (2010:341-342)¹⁶¹

Beispiele für die Korruption innerhalb der UN-Mission gibt es viele, z.B. die italienische Mafia, die in Pejë/Peć unter dem Schutz von Teilen der italienischen Carabinieri allerlei dunkle Geschäfte getätigt hat (2010:342)¹⁶². Der Widerspruch, einerseits demokratische Strukturen aufbauen zu wollen, andererseits aber diktatorisch jegliche Kritik und die öffentliche Debatte darüber zu behindern, durchzieht die Zeit der UNMIK-Verwaltung seit ihrem Beginn.

Die weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation und die damit verbundene Desillusionierung und Verzweiflung der Menschen sind auch die Hauptgründe, warum ab 2003 die UNMIK-Verwaltung bei den Kosovaren immer unpopulärer wurde. Die Proteste der Kosovo-Albaner (2004) sind auch als Aktionen gegen die unpopuläre UNMIK zu sehen.

¹⁶¹ Rathfelder E., „Kosovo. Geschichte eines Konflikts“, 2010.

¹⁶² Vgl. Rathfelder E., „Kosovo. Geschichte eines Konflikts“, 2010.

11.3 OSZE

Das Budget der OSZE ist im Vergleich zu den anderen Missionen gering und ihre Kompetenzen sind begrenzt.

Laut dem Befragten *“The budget of the OSCE, that is about 150 millions, corresponds more or less to the daily budget of the Afghanistan mission, this makes you understand the priority of the OSCE and all this mess in the world balance of power”*.¹⁶³

Meiner Meinung nach könnte die OSZE durch mehr Budget ihre Aktivitäten quantitativ und qualitativ verbessern. Jedenfalls beeinträchtigt das geringe Budget der OSZE den Erfolg der Mission maßgeblich.

Dem Befragten zufolge: *“the strengths (der OSZE-Mission), obviously, our presence embedded in the territory, a recognized expertise for what concerns the human rights protection, the knowledge of the local administration, the local police training”*. Eines der Ergebnisse dieses Interviews war, dass die Themen bezüglich der persönlichen Kenntnisse des Kontexts besonders wichtig sind. Das ist kaum vorstellbar, wenn man den Kontext aus der Ferne analysiert.

Am Ende der Analyse kann ich behaupten, dass die OSZE in manchen Bereichen wie die Unterstützung und Weiterentwicklung der demokratischen Institutionen: Richtlinien für eine gute Regierungsführung, Aufsicht über die Exekutive und die Kompetenzverteilung auf die lokalen Gebietskörperschaften, erfolgreich war. Im Bereich der Rechtsstaatlichkeit, insbesondere die Erschaffung des kosovarischen Polizeikorps und die Überwachung der Menschenrechte innerhalb der Gemeinden, Gerichte und Polizei sowie die Zollwache, der Feuerwehr und Rettungskräfte, war die OSZE genauso erfolgreich. Besonders erfolgreich war sie als Beobachter der Wahlen und als Verantwortungsträger für die Stärkung der Medienaufsichtsbehörden. Für gut kann man auch ihre Tätigkeit im Bereich der Reform der lokalen Verwaltung im Hinblick auf die Verbesserung der Qualität von Dienstleistungen und die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Entscheidungsfindung befinden.

¹⁶³ Der Befragter meines Interviews, 2010.

Bereiche, in denen die OSZE unzulänglich abschneidet:

- Menschenrechte (im Sinne von Nichtdiskriminierung und Kohabitation der verschiedenen ethnischen Gruppen und ihre Spannungen): Ich habe behauptet, dass die ethnische Lage immer noch angespannt ist, und dass die verschiedenen Gemeinschaften „nebeneinander“ und nicht „miteinander“ leben. Eine der Prioritäten der OSZE-Mission war die Kohabitation zwischen den ethnischen Gruppen zu verbessern. Meiner Meinung nach sollte diese Organisation sich darum noch mehr bemühen.
- Außerdem sollte sie in der Bekämpfung der Kriminalität, beispielsweise des Menschenhandels, und der Korruption härter vorgehen, um der Bevölkerung eine bessere Lebensqualität zu ermöglichen. Wichtig zu betonen ist aber, dass die OSZE eingeschränkte Kompetenzen in Bereichen wie Justiz und Polizei hat. Demzufolge wäre es utopisch, sich zu erwarten, dass die OSZE alleine die organisierte Kriminalität bekämpfen könnte. In dieser Richtung könnte sie u.a. die Polizei und die Richter weiter ausbilden, um das Gerichtssystem zu verbessern.
- Unzureichende Maßnahmen, um die ökonomische Lage des Kosovo zu verbessern: Die OSZE sollte von ihrer Empfehlungsrolle profitieren, um informative Maßnahmen für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage zur Verfügung zu stellen. Aufgrund ihrer Begrenzten Kompetenzen und ihrem niedrigen Budget, scheint es die einzige Möglichkeit für die OSZE, die Armut im Kosovo zu verringern.

Nach dieser Analyse behaupte ich im Allgemeinen, dass auf der einen Seite die OSZE in den Bereichen Gründung der demokratischen Institutionen und fortwährende Überwachung ihre Sache gut gemacht hat. Handlungsbedarf besteht auf der anderen Seite bei der OSZE in folgenden Materien: Menschenrechte (vor allem was den Kampf gegen die Kriminalität und die Nichtdiskriminierung angeht) und Wirtschaftliche Lage.

Welche Aktivitäten sollte die OSZE Mission verbessern, um erfolgreicher zu werden?

Die Aktivität der OSZE im Kosovo begann im Jahre 1992. Zweck war der Schutz der Menschenrechte und die Verbesserung des politischen Dialogs. Politisches Ziel dieser Mission war selbstverständlich eine friedliche Lösung des Konfliktes, sowie der Schutz ethnischer Minderheiten.

Ich beschränke mich auf die aktuelle Mission, die im Juli 1999, nach dem Kosovokrieg eingerichtet wurde. Die Mission kann in drei Hauptfelder eingeteilt werden: Schutz der demokratischen Institutionen, Stützung der Good Governance und Verbesserung der Sicherheit beziehungsweise der öffentlichen Sicherheit.

Wie vorgesehen, hat die Mission einen aktiven Beobachtungscharakter. Ziel war es, die kosovarischen Institutionen zu stärken und die Einhaltung der Menschenrechte sowie der Good Governance Standards zu gewährleisten. Im Bedarfsfall kann die Mission die Institutionen durch Ausbildung und Beratungstätigkeit unterstützen¹⁶⁴.

11.4 EULEX

Meiner Meinung nach ist die EULEX aus zwei Gründen gescheitert: Erstens die Unklarheit ihrer Kompetenzen, was grundlegend ist, weil sie für die Rechtstaatlichkeit im Kosovo zuständig ist; und zweitens aufgrund der Skandale, die ihre Mitarbeiter im Bereich der Kriminalität verursacht haben.

Kritikpunkte:

1) Kompetenzkonflikte:

Es ergeben sich Kompetenzstreitigkeiten auf mehreren Ebenen:

- Zwischen der internationalen und europäischen Ebene (UNO und EU): die UNO weigert sich die EULEX-Mission in ihrem vollen Umfang zu akzeptieren und stellt darüber hinaus Bedingungen
- Zwischen der europäischen und der regionalen Ebene (EULEX und die kosovarische Regierung)
- Auf intraregionaler Ebene: die serbische Gemeinschaft lehnt die EULEX ab.

¹⁶⁴ www.osce.org/kosovo, 17.11.2010.

Konflikt-Kompetenzen zwischen der kosovarischen Regierung und der EULEX

Die am 15. Juni 2008 in Kraft getretene kosovarische Verfassung definiert die Republik als unabhängig und unteilbar. Grundlage der Verfassung war der Ahtisaari-Plan, der Autonomierechte für die serbisch besiedelten Gebiete vorsah. Die neue Verfassung sieht entsprechend dem Ahtisaari-Plan keine Rolle mehr für die UNO-Verwaltung (UNMIK) vor¹⁶⁵.

Unklar ist auch die Frage nach der Unabhängigkeitserklärung und Inkraftsetzung der Verfassung, sowie in welchem Verhältnis die Verfassung und die Resolution des UNO-Sicherheitsrats zueinander stehen. Art. 84 der Verfassung sieht vor, dass die vom Parlament beschlossenen Gesetze durch Proklamation des Präsidenten in Kraft treten. Nach dem von der Regierung in Prishtinë/Priština akzeptierten Ahtisaari-Plan ist jedoch der Internationale Zivilverwalter letzte Autorität in der Umsetzung dieses Planes. Zudem ist immer noch die Resolution 1244 des UNO-Sicherheitsrats in Kraft, die den Kosovo als einen Teil Serbiens bezeichnet¹⁶⁶. Die Resolution 1244 des UNO-Sicherheitsrates bestätigte in ihrer Präambel die territoriale Integrität der Bundesrepublik Jugoslawien¹⁶⁷.

Der erste Konflikt zwischen der kosovarischen Regierung und der EULEX, stellte sich im Falle eines technischen Abkommens zwischen der EU-Rechtsstaatsmission im Kosovo (EULEX) und Belgrad über die Polizeizusammenarbeit heraus. Der Präsident und die Regierung des Kosovo sind gegen diesen Beschluss, da die EULEX-Mission nicht über das Mandat verfügt, ein internationales Abkommen zu unterzeichnen und zu erklären, dass nur die Organe der unabhängigen und souveränen Republik Kosovo zuständige Vereinbarungen für den Kosovo zu unterzeichnen sind.

Aufgrund der rechtlichen Basis ist nicht ganz klar, ob EULEX über eine Möglichkeit verfügt, um ein internationales Abkommen zu unterzeichnen. Verschiedene Interpretationen berichten, dass das Protokoll die Zusammenarbeit zwischen der EULEX und des serbischen Ministeriums in Übereinstimmung mit der UNO Resolution 1244 und einen Beschluss des EU-Ministerrats regelt, und dass die UNO Resolution die Grundlage für das EULEX-Mandat ist.

Die kosovarische Verfassung sieht die UNO-Mission und die Resolution 1244 als zeitlich begrenzt und basiert auf den Ahtisaari-Plan, der kein UNO-Mandat über den Kosovo

¹⁶⁵ Vgl. Mattern R., „Kosovo. Update: Aktuelle Entwicklungen“, 2008.

¹⁶⁶ Vgl. Mattern R., Kosovo. Update: Aktuelle Entwicklungen, 2008.

¹⁶⁷ <http://www.unmikonline.org/pages/default.aspx>, aufgerufen am 24.10.2011.

vorsieht, und die EULEX als eine technische Mission mit nicht klaren Kompetenzen beschreibt¹⁶⁸.

Der Leiter der EULEX Yves de Kermabon, erklärte zu einem Abkommen zwischen der EULEX und Serbien: „Wir können nur Dokumente und Verträge im Namen der EULEX abschließen“. Damit beantwortete er abschließend die Frage warum die EULEX, ohne Zustimmung der Institutionen Kosovos, einen Vertrag mit Serbien unterzeichnen will.

Der Einzige, der mit dem Abkommen zufrieden ist, ist der serbische Innenminister Dačić. Er sagte gegenüber der Presse: „Diese Vereinbarung ist wichtig für den Frieden, die Stabilität und die Sicherheit im Kosovo und in anderen Bereichen von Serbien.“. Weiter führte er aus, dieser Vertrag über die „polizeitechnische Zusammenarbeit“ sei auf der Basis der UNO-Resolution 1244 geschlossen worden. Dieser Resolution zufolge ist der Kosovo ein Bestandteil Serbiens. Die Resolution 1244 gilt in der Tat bis heute, die EULEX betrachtet sich als neutral¹⁶⁹.

¹⁶⁸ <http://rtklive.com/>

¹⁶⁹ Vgl. Faber, D., „Yves de Kermabon – Im Namen der EULEX“, Kosova Aktuell, http://kosova-aktuell.de/index.php?option=com_content&task=view&id=1191&Itemid=1, aufgerufen am 24.10.2011.

Serbische parallele Institutionen

Im Norden des Kosovo agieren Parallelinstitutionen unabhängig von Pristina und erhalten finanzielle Zuwendungen von der serbischen Regierung. Bereits seit Ende des Krieges gibt es serbische Parallelstrukturen in den mehrheitlich von Serben bewohnten Gebieten¹⁷⁰.

Daraus ergibt sich folgendes Problem: Wenn die neue Verfassung des Kosovo de facto nur in Gebieten mit einer albanischen Mehrheit umsetzbar ist, festigt dies die seit Jahren bestehenden Parallelstrukturen im Land. Damit werden dann auch jene Lösungsvorschläge lauter, die als einzigen Ausweg eine Teilung des Kosovos nach ethnischen Kriterien sehen; dabei ginge es primär um eine Abspaltung des Nordkosovo, wo die meisten Serben des Landes wohnen und wo der Einfluss Pristinas praktisch nicht existent ist.

Daraus folgt, dass die im Februar 2008 für die Überwachung von Kosovos Unabhängigkeit neu etablierten Institutionen, EULEX und die Internationale Verwaltungsbehörde (ICO), die UNMIK nicht wie ursprünglich geplant ablösen können. Da die Resolution 1244 in Kraft bleibt, muss auch die UNMIK weiter bestehen – obwohl diese in der Verfassung des Kosovo gar nicht mehr vorgesehen ist. Zu Unklarheiten tragen außerdem die Mitspracherechte bei, die sich Belgrad im Rahmen des mit der UNO ausgehandelten Sechs-Punkte-Plans in den serbisch dominierten Siedlungsgebieten im Norden des Kosovo zusichern ließ – trotz Protesten Pristinas, das seine Souveränität durch diesen vor der Einsetzung der EULEX vereinbarten Deal gefährdet sieht¹⁷¹.

Aufgrund der bestehenden Situation und der de facto funktionierenden Parallelstrukturen in den Gebieten mit serbischen Minderheiten, bleibt eine Frage offen¹⁷². Wird die EULEX-Mission mit unklaren Kompetenzen und politischen Maßnahmen von außen im Stande sein, ihre Mission für die gleichen Rechte der serbischen Minderheiten, die aufgrund des Ahtisaari-Plan vorgesehen sind, zu erfüllen und die Parallelstrukturen zu beseitigen?

¹⁷⁰ Vgl. Mattern R., *Kosovo. Update: Aktuelle Entwicklungen*, 2008.

¹⁷¹ "Neue Zürcher Zeitung" Nr. 39 vom 17.02.2009.

¹⁷² "Fehlstart der zivilen EU-Mission", Kurier, 16.02.2009.

Kriminalitäts- und Korruptionsprobleme

Neben der schlechten wirtschaftlichen und sozialen Lage, sowie der Korruption¹⁷³, die in allen Bereiche der Gesellschaft durchgedrungen ist, stellt die organisierte Kriminalität ein enormes Problem für den unabhängigen Kosovo dar.

Die Bemühungen der EULEX- Mission in Kosovo, sind auf die Polizei und Justiz fokussiert, denn besonders dort liegen die größten Defizite. Neben den großen Schwachpunkten wie etwa schlechte Infrastruktur, unzureichende Energieversorgung, hohe Arbeitslosigkeit und defizitäre Gesundheitsversorgung, gibt das Justizsystem besonderen Anlass zur Sorge: Es ist die schwächste unter den kosovarischen Institutionen¹⁷⁴.

EULEX soll dafür Sorge tragen, dass Kriegsverbrechen, Terrorismus, organisierte Kriminalität, Korruption, ethnische Übergriffe, Wirtschaftskriminalität und andere schwere Verbrechen "genau ausgeforscht, verfolgt und rechtlich geahndet werden". Wenn nötig, arbeiten dabei kosovarische Ermittler, Staatsanwälte und Richter zusammen, das EULEX-Personal kann in diesen Fällen aber auch "unabhängig" agieren. Sie können gegebenenfalls Maßnahmen treffen, um Strukturen für die Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen den Polizei- und Strafverfolgungsbehörden zu schaffen¹⁷⁵.

Die im Rahmen der EULEX-Rechtsstaatsmission seit Anfang Dezember im Kosovo tätigen internationalen Richter und Staatsanwälte haben von der kosovarischen Justiz bisher 1.250 Fälle übernommen.

Unter Berufung auf den Leiter der EULEX-Justizabteilung, Alberto Perduca, berichtete die kosovarische Tageszeitung "Express", dass sich diese Fälle mehrheitlich auf Kriegsverbrechen, Organisierte Kriminalität und schwere Mordfälle beziehen. Wichtig ist es, nicht darauf zu vergessen, dass manche Vertreter der EULEX in letzter Zeit angeklagt wurden, weil sie den Kosovo bzw. ihre Stellung für ihre illegalen Handlungen missbraucht haben sollen¹⁷⁶.

Es ist eine offene Frage, welche Zuständigkeiten beim UNMIK-Department of Justice bleiben werden, wie die schlechtbezahlten und deshalb korruptionsanfälligen lokalen Richter, mit den künftig gutbezahlten EULEX-Richtern und Staatsanwälten kooperieren

¹⁷³ Das englische Wörterbuch „Oxford“ definiert Korruption als: „*dishonest or illegal behaviour, especially of people in the authority*“, Oxford Advanced Learner's Dictionary, Oxford University Press 2000.

¹⁷⁴ Vgl. Mattern R., *Kosovo. Update: Aktuelle Entwicklungen*, 2008.

¹⁷⁵ <http://www.vienna.at/mojbec/om:vienna:mojbec:news/artikel/eulex-uebernimmt-1250-justizfaelle-in-kosovo/cn/news-20090128-01371143>, aufgerufen am 24.10.2011.

¹⁷⁶ „*Rumanian EULEX officers suspended for alleged smuggling*“, 23.04.2010, http://www.setimes.com/cocoon/setimes/xhtml/en_GB/newsbriefs/setimes/newsbriefs/2010/04/23/nb-13, aufgerufen am 24.10.2011.

werden, wie überhaupt eine derart inkohärente Justizverwaltung eine unabhängige Justiz garantieren kann. Gerichte in den serbischen Gebieten wenden weiterhin das serbische Recht an und werden von der serbischen Regierung bezahlt. Die Gerichte in den albanisch bewohnten Regionen und die Gerichte der serbischen Gebiete erkennen ihre Urteile nicht gegenseitig an.

Die Tatsache, dass die EULEX – also eine Mission der Europäischen Union - an die Stelle der Verwaltung treten wird, deren Leiter wesentliche Befugnisse übernimmt, führte zu einer tiefen Unzufriedenheit der kosovarischen Bevölkerung. Mit der Mission im Kosovo übernimmt die EU de facto einen wichtigen Teil der Außenbeziehungen des neuen Staates gegenüber Serbien.

11.5 Menschliche Dimension- Schutz der Minderheiten

Meiner Meinung nach sind die internationalen Organisationen im Bereich des Schutzes der Menschenrechte nicht sehr erfolgreich. Man muss aber betonen, dass sie eine wesentliche Rolle während des Krieges in „Richtung Frieden“ gespielt haben, was allerdings nicht genug scheint.

Rathfelder (2010:213)¹⁷⁷ betont, dass die Menschenrechtsintervention zu langsam kam. Die internationalen Akteure haben zu lange gewartet, zumindest bis zur ethnischen Säuberung, weil die Öffentlichkeit in Europa und in den USA auf militärische Maßnahmen in Südosteuropa nicht eingestimmt war. Die Tatsache, dass sie dann interveniert haben, ist nach meiner Meinung nicht ausreichend.

Ein Punkt des Interviews zeigte eine besondere Perspektive der aktuellen OSZE-Mission: *“The weaknesses are in part the political changes in Kosovo, with the unilateral declaration of independence. The local authorities push to do without the international community, because in part it is seen as a stigma for a country the fact that it is not yet ready to join the European Union, the NATO, and so a kind of hostility, a kind of hidden missing point, starts to emerge, but local authorities have started to cooperate less, or to follow less closely the guidelines of the OSCE field mission, because they are trying to emancipate from the international presence. Something that contrasts with the requests that comes from Belgrade, especially concerning the protection of the minorities”.*

¹⁷⁷ Vgl. Rathfelder E., „Kosovo. Geschichte eines Konflikts“, 2010.

Die politischen Fragen sind also für die internationalen Organisationen wichtiger als der Schutz der Minderheiten. In der Zwischenzeit bleiben aber die nicht-albanischen Gemeinschaften in den Ghettos und die Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Dies sehe ich als ein großes Scheitern, vor allem wenn man sich daran erinnert, dass die OSZE für die Sicherheit und Menschenrechte zuständig sein sollte.

11.6 Sicherheitsdimension- Kriminalität

Der Kampf gegen organisierte Kriminalität ist unzureichend ebenso wie die Aktivitäten der internationalen Organisationen in diesem Bereich. Laut dem Befragten wäre eine Lösung: *“a more professional police, more responsible, more efficient judges and courts, that are more capable to fight the organised crime, and more transparency”*.

Wie schon erwähnt, profitieren die organisierte Kriminalität und die Mafia von der schlechten politischen und wirtschaftlichen Lage und nutzen diesen Umstand dazu, einen guten Teil der internationalen finanziellen Hilfsmittel zu absorbieren. Von einem interessanten Satz kann man sich vorstellen, wie unkontrollierbar die organisierte Kriminalität ist:

„In my opinion, it is not a Serbian-Albanian conflict. It is a conflict between rule of law and organised crime, this is the real conflict.”. Weiters erklärte er, dass: *“If the situation stays in a status quo there are unclear borders, there is less policy control, less judiciary control, and this is good for the weapons business, drug trafficking, prostitution, these are the biggest businesses: weapons, drug, prostitution, as the Balkan is a transit land.”*

In manchen Fälle haben die internationale Organisationen in diesem Bereich zu wenig getan. Nach einem Bericht von Amnesty International aus dem Jahr 2004 über die Rolle der Vertreter der internationalen Gemeinschaft sei der Kosovo erst nach der Übernahme der Kontrolle durch UNMIK und NATO-Truppen im Sommer 1999 Hauptzielgebiet für Frauen- und Mädchenhandel und für Zwangsprostitution geworden. KFOR Soldaten und Angehörige der anderen internationalen Organisationen stellen dem Bericht zufolge an die 80 % der Klienten der Zwangsprostitution in den mehr als 200 als Cafés und Restaurants

getarnten Bordellen im Kosovo. Ein Bericht von „Le Monde“ (2003) betonte, dass Jährlich mehr als 60 Tonnen Heroin und das praktisch unter der Patronanz der Vereinten Nationen durch den Kosovo transportiert werden. Die Befragung 2004 weist auch eine sehr kritische Haltung der Bevölkerung vor allem auch zur UNMIK-Polizei aus, die in Bezug auf Korruption deutlich negativer eingeschätzt wird als die kosovarische Polizei. Laut „*Nations in transit 2004*“ (US-Stiftung Freedom House): *“UNMIK’s anti-corruption initiatives produced mixed results and have highlighted shortcomings that can be attributed to a lack of coordination and transparency among different UNMIK agencies, as well as a weak political will within the PISG”*.

11.7 Wirtschaftliche Dimension

Die Meinung meines Befragten über die organisierte Kriminalität ist besonders interessant:

“Why does the organised crime flourish? Because a policeman earns 200 euros, a judge earns 300 euros, it is easy to corrupt them. If the whole region entered in an economic system in which the development and the investments allow the people to earn enough, to live in good conditions, it would be much harder to corrupt them, to penetrate in all strata of society”.

Diese Aussage von dem Befragten ist ein Wendepunkt: Die internationalen Organisationen sind im Bereich der Entwicklung der Wirtschaft ineffizient. Das schwache Wirtschaftssystem des Kosovo entmachtet nicht nur die persönliche Situation der Bevölkerung, sondern hat kollektive Konsequenzen in der organisierten Kriminalität.

Wenig oder gar nicht erfolgreich waren auch die Bemühungen der internationalen Akteure, der organisierten Kriminalität entgegenzuwirken. Realistischer als der Kampf gegen die organisierte Kriminalität wäre eine aktivere Teilnahme an der wirtschaftlichen Entwicklung.

Bestehende Probleme betreffen die Versorgung mit sauberem Trinkwasser in einigen Regionen, Energieknappheit, Umwelt, verschmutzte Gewässer und Landschaften.

Ich möchte einige Kritikpunkte von International Crisis Group und European Stability Initiative zitieren (139-141)¹⁷⁸:

¹⁷⁸ Vgl. Kramer H., Džihic V., „*Die Kosovo Bilanz. Scheitert die internationale Gemeinschaft?*“, 2005.

- Das Fehlen einer entschiedenen und konsistenten Wirtschaftsstrategie.
- Viele Projekte wurden ohne ausreichende begleitende Kontrolle durchgeführt. Als Beispiel sind hier vor allem die enorm hohen Mittel zu nennen, die seitens der EU in den Wiederaufbau des Energieversorgungssektors investiert wurden, ohne dass es daraufhin zu einer Verbesserung bei der Versorgung des Kosovo mit elektrischer Energie gekommen wäre.
- Ein Hauptkritikpunkt in Bezug auf die konkrete Umsetzung der Aufbau- und Reformstrategie der internationalen Gemeinschaft im wirtschaftlichen Bereich betrifft die von der EU verantwortete Privatisierung.
- Der ungelöste völkerrechtliche Status des Kosovo und die Passivität der internationalen Staatsgemeinschaft werden in dieser Frage als das größte Hindernis für eine positive wirtschaftliche Entwicklung gesehen.

11.8 Politische Dimension- Statusfrage

Meiner Meinung nach beeinflussen die Nichtanerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo von verschiedenen Staaten bzw. seine politische Haltung gegenüber den Kosovo die *agenda setting* stark. Wie schon erwähnt, trägt dies zur Ineffizienz bei. Dieses grundlegende politische Instrument wird von der Haltung jenes Mitgliedstaats in der Struktur der OSZE bzw. UN und EU stark beeinflusst.

Am 22. Juli 2010 erklärten die Vereinten Nationen, dass die Unabhängigkeit des Kosovo das Völkerrecht nicht verletze, und somit nicht als illegal betrachtet werden könne. Es scheint demzufolge, dass die Vereinten Nationen den Kosovo - wenn auch nicht offiziell – implizit anerkennen.

Die gleiche Position wird nicht von der OSZE vertreten, die den Kosovo immer noch als „Kosovo nach der Resolution 1244“ definiert. Die Position der OSZE ist daher noch unklar. Die OSZE könnte man deshalb als ein zweigespaltetes Terrain betrachten, in dem die Entscheidung von zwei verschiedenen Machtblöcken zusammentreffen.

Russland und China unterstützen Serbien gegen die Politik der meisten westlichen Staaten. Sie versuchten beide unter anderem auch mit Blick auf eigene Minderheitenprobleme und Separatismen ein internationales Eingreifen im Kosovo zu verhindern. Griechenland hatte

eine besondere Rolle: Aus historischen, religiösen, wirtschaftlichen und geostrategischen Gründen unterstützte Griechenland Serbien. Griechische Unternehmen verfolgten erhebliche wirtschaftliche Interessen in Serbien. Außerdem wollte Griechenland eine allfällige Bildung eines großalbanischen Staats verhindern.

11.9 Strukturelle und organisatorische Dimension- Strukturelle und organisatorische Schwäche

Die Mission hatte von Anfang an strukturelle Schwächen. Manche Mitarbeiter der internationalen Organisationen waren zu wenig vorbereitet und hatten zu wenig Erfahrung. Außerdem blieben viele Mitarbeiter, die einige Monate Einarbeitungszeit brauchten, viel zu kurz in den Feldmissionen vor Ort.

Die Informationspolitik ist sehr defensiv und die Berichte der internationalen Organisationen scheinen sehr optimistisch, während es auf kritischen Berichten wie z.B. den Bericht von Amnesty International über die Prostitution kaum reagiert wurde.

Die Effizienz der UNMIK wurde durch eine sehr hohe Personalfuktuation und kurze Amtszeiten (in einem sechsmonatigen Rhythmus) auf der einen Seite verstärkt, auf der anderen Seite aber geschwächt. Dieses System garantiert eine „Erfrischung“ des Personals, aber Sachkompetenz und Wissen wurden in mangelhafter Weise an die Amtsnachfolger weitergegeben, d.h., dass immer wieder wertvolles *Know-how* verloren geht.

Die OSZE ist ein *non-career* Arbeitgeber. Aufgrund des Rotationsprinzips können die Mitarbeiter *Seconded mission*¹⁷⁹-Mitglieder in der gleichen Mission maximal sieben Jahre lang arbeiten, während die Gesamtdienstzeit in der OSZE bei höchstens zehn Jahren liegt. Meiner Meinung nach sind zur Postkonfliktrehabilitation und zur Friedenssicherung langfristige Beschäftigungen notwendig.

Mein Befragter bestätigte meine Erwartungen: Die Ineffektivität der OSZE, langfristige Beschäftigungen zu leisten, führt zu einer Diskontinuität der Mission selbst:

“after 10 years the staff has developed a certain experience, a certain expertise, and developed a certain number of relationships with local interlocutors, that is a legacy that must

¹⁷⁹ Die Mehrheit der Positionen in den OSZE Feldoperationen erfüllt das *secondment*, das heisst: Die Personen werden von den OSZE-Mitgliedstaaten nominiert (www.osce.org/employment, aufgerufen am 17.11.2010).

be protected”[...]“the OSCE missions can only have success if there is cooperation and collaboration with the local interlocutors”.

Schlüssel des Erfolgs der Internationalen Gemeinschaft ist es, Vertrauen und Kompetenz in den Beziehungen zwischen ihren Mitarbeiter und die lokalen Verwaltung zu schaffen.

UNMIK und KFOR waren auf die Krise von 2003-2004, welche die Fundamente ihrer Politik im Kosovo in Frage stellte, unvorbereitet. In Prizren verhinderten die deutschen KFOR-Truppen nicht, dass die albanischen Demonstranten alle Häuser und Wohnungen der in der Stadt verbliebenen serbischen Bevölkerung sowie die noch nicht zerstörten serbisch-orthodoxen Klöster niederbrannten. Laut dem Human Rights Watch

„Many other KPS officers stood by passively as the ethnic Albanian crowds burned homes and attacked Serbs and other minorities, even when those attacks took place just meters away. In few cases, KPS officers were accused of taking an active part in the burning of minority houses.” (2005:55)¹⁸⁰.

Der Befragte ist der Meinung, dass: *“there are people with varied background, who develop experience in the field, there is no training school, an internship that prepares the staff, that tries to explain the staff what is important and what to do or not”*. Auf einer theoretischen Ebene funktionieren die internationalen Organisationen relativ gut, was nicht auf einer praktischen Ebene passiert:

“The success of the international cooperation depends not only on its good international architecture, but it depends 90% on the skills of the single employees and from their will to collaborate and to follow the aims.”

Die UNMIK hat einen Mangel an Experten und Expertise für die konkreten Verwaltungs- und Exekutivaufgaben. Die Kritik am Personal der UNMIK betraf im besonderem Maße die Zusammensetzung der UNMIK-Polizei, in der Polizeikräfte aus Dritte-Welt-Ländern an die 50 % ausmachten. Die OSZE ist hingegen seit längerer Zeit im Balkan beschäftigt, d.h., dass sie Mitarbeiter mit mehr Balkanerfahrung hat. Außerdem ist die OSZE im Kosovo auch stärker in den Gemeinden und *Municipalities* mit regionalen Stützpunkten vertreten. Wichtig ist aber zu betonen, dass die OSZE-Mitarbeiter mit einer großen Reihe von Aufgaben überfordert waren.

¹⁸⁰ Kramer H., Džihic V., „Die Kosovo Bilanz. Scheitert die internationale Gemeinschaft?“, 2005.

Die Angestellten der EULEX haben hingegen einen höheren professionellen Standard, sowie eine bedeutende Erfahrung im Balkan. Skandale und Korruptionsfälle haben aber der Darstellung dieser Mission schwer geschadet.

11.10 Die tendenzielle Unzufriedenheit der kosovarischen Bevölkerung

Angenommen dass die Beziehungen zwischen des OSZE-Staffs bzw. der internationalen Gemeinschaft und der lokalen Verwaltung sehr wichtig sind,

“The local population, at least in the first years of the OSCE mission in Kosovo, saw us as friends, because we set the country free from the Serbs, which means that the Albanian community always loved us and always considered us as “allies”. [...] in the Serbs enclaves, where the initial attitude was that of a strong hostility, for the opposite ground, obviously, since they saw us as NATO allies”. [...] “Thanks to the skill to create relationships, confidence and trust, [...] this hostility slowly decreased [...] I think this is one of the greatest advantages of the international community”.

Weiters erklärt er mir, dass um Distanz zu ethnischen Problemen zu wahren, die Staffrotation eine Lösung wäre, z.B. in verschiedenen Bezirken mit verschiedenen Mehrheiten zu arbeiten.

Die Zufriedenheit der albanischen Mehrheit verringerte sich nach der Unabhängigkeitserklärung. Die Meisten betrachteten die Mission als *“accomplished”*, trotz der Beschäftigung von vielen Albanern in der Mission selbst: *“the people who beneficiate, the supplier, the restaurants and their staffs, they obviously have an interest in keeping the mission as long as possible, because it is a source of income. But from a political point of view the mission is less welcomed then before.”* Von diesen Aussagen kann man behaupten, dass es *“ambivalente”* Gefühle in der Bevölkerung gibt, und dass die Situation *“is never black and white”*. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung und die Unpopularität der internationalen Organisationen im Kosovo sind Folgen des Scheiterns dieser Missionen.

12 Der Kosovo auf dem Weg in die Europäische Union

Die internationale Gemeinschaft ist seit 13 Jahren im Kosovo aktiv. Es ist nicht auszuschließen, dass sich das bis jetzt als „Objekt“ der internationalen Gemeinschaft geltende Land (Kosovo) zum „Subjekt“ umwandelt.

Wann wird der Kosovo für Europa bereit sein? Wie erscheint der Weg des Kosovo in die Europäische Union?

Welche Reformen sollte der Kosovo einleiten, um mit den europäischen Standards mithalten zu können? Welchen Herausforderungen sollte sich die EU im Falle eines EU-Beitrittes Kosovos stellen?

Die EU-Integration gilt als die wichtigste außenpolitische Priorität des Kosovo. Die kosovarische Bevölkerung und die Behörden fordern den EU-Beitritt aus ökonomischen, rechtlichen und politischen Gründen. Nach Kroatien, das am 1. Juli 2013 der EU beitreten wird¹⁸¹, besteht auch für weitere Westbalkanländer¹⁸² die Möglichkeit eines EU-Beitritts. Die derzeitigen EU-Beitrittskandidaten sind: Kroatien, Island, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und die Türkei. Es folgen auch potenzielle Kandidaten wie Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Serbien und Kosovo gemäß der UN-Resolution 1244¹⁸³).

Um den Weg des Kosovo in die Europäische Union zu analysieren, musste ich zuerst verstehen, ob die Länder des westlichen Balkans für einen Beitritt bereit sind. Die Instrumente, die die Europäische Union im westlichen Balkan einsetzt, sind folgende: Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess, Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA), EU- Fragebogen, Europäische Partnerschaften, Cards, EU-Westbalkan-Forum, Stabilitätspakt für Südosteuropa. Die Stabilisierung durch die Kooperation und die Assoziierung, die Förderung einer regionalen Zusammenarbeit und eine EU-Mitgliedschaftsperspektive zählen zu den Zielen der Europäischen Union in Südosteuropa. Die südosteuropäischen Länder werden seit dem EU-Gipfel von *Santa Maria de Feira* (2000) als potenzielle Bewerber für einen EU-Beitritt angesehen. Diese eventuellen EU-

¹⁸¹ http://ec.europa.eu/enlargement/index_de.htm, aufgerufen am 20.06.2011.

¹⁸² „Westbalkan steckt auf dem Weg nach Europa fest“, Die Presse, 07.11.2008.

¹⁸³ http://ec.europa.eu/enlargement/potential-candidates/index_de.htm, aufgerufen am 12.07.2010.

Beitrittskandidaten gelten als Anreiz für eine demokratische und wirtschaftliche Entwicklung¹⁸⁴.

Laut der Europäischen Kommission¹⁸⁵ trägt die EU durch verschiedene Maßnahmen zur Stabilisierung des Kosovos:

- EULEX Kosovo
- Sonderbeauftragter der EU im Kosovo
- Internationales Zivilbüro Kosovo.

Der Pakt für Stabilität in Europa zu Gunsten des Balkans beruht nicht allein auf wirtschaftlichen, sondern vielmehr auf politischen, strategischen, sowie auch moralischen Überlegungen. Durch den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess, der für alle Länder des westlichen Balkans von Seiten der EU eingeführt wurde, soll für die Westbalkanländer eine engere Beziehung zur EU hergestellt werden¹⁸⁶. Es handelt sich dabei um eine Vertragsbeziehung zwischen der EU und dem jeweiligen Land mit beiderseitigen Rechten und Pflichten. Diesen Länder soll nach den demokratischen Grundprinzipien des EU-Binnenmarkts sowohl freier Zugang zum EU-Binnenmarkt als auch finanzielle Unterstützung für ihre Reform gewährt werden. Das Abkommen gilt als Kernstück des Prozesses und zielt in erster Linie auf die Wahrung der demokratischen Grundprinzipien des EU-Binnenmarkts ab.

Die Bedingungen für die EU-Erweiterung sind im Vertrag über die Europäische Union festgelegt: „*Jeder europäische Staat, der die Grundsätze der Freiheit und der Demokratie, die Menschenrechte und die Grundfreiheiten sowie die Rechtsstaatlichkeit achtet, kann die Mitgliedschaft der Union beantragen.*“ (Artikel 6, Artikel 49).¹⁸⁷

Die Beantragung der EU-Mitgliedschaft ist der Beginn einer Reihe langer und strenger Prozeduren. Wenn ein Land ein Beitrittsge such vorlegt, werden offizielle Verhandlungen

¹⁸⁴ Vgl. Ash, T.G., Kis J., Rupnik J., Zu Schwarzenberg K., Simecka, M., M., Smolar, A., „*Europa nach dem Kosovo Krieg*“, 11.07.2000, <http://www.eurozine.com/articles/2000-07-11-manifest-de.html>.

¹⁸⁵ http://ec.europa.eu/enlargement/potential-candidates/kosovo/relation/index_de.htm, aufgerufen am 30.06.2011.

¹⁸⁶ Der SAA verfolgt drei Ziele: die Stabilisierung und den schnellen Wechsel zu einer funktionierenden Marktwirtschaft, die Förderung von regionaler Kooperation sowie die Aussicht auf eine Mitgliedschaft in der EU. Er basiert auf einer fortschreitenden Partnerschaft und unterstützt die Westbalkanländern dabei, europäische und internationale Normen zu übernehmen und zu implementieren.

¹⁸⁷ <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2008:115:0001:01:DE:HTML>, aufgerufen am 15.06.2010.

in die Wege geleitet, welche engen bilateralen Beziehungen zur EU vorausgehen. Die EU legt für jeden Kandidaten einen Rahmen von Verhandlungen fest, in dem die allgemeinen Leitlinien für den Beitrittsprozess vorgegeben werden. Der Europäische Rat führte im Dezember 1993 in Kopenhagen eine Reihe von Kriterien ein (*Kriterien von Kopenhagen*). Diesen Kriterien zufolge müssen die Beitrittskandidaten folgendes gewährleisten:

- institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten;
- eine funktionierende Marktwirtschaft und die Fähigkeit, dem Wettbewerb und den Marktkräften in der Union standzuhalten;
- die Fähigkeit den aus der EU-Mitgliedschaft resultierenden Verpflichtungen nachzukommen (etwa sich den Zielen der politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion anpassen).

Außerdem werden von den Mitgliedsstaaten eine Reihe von Reformen und Anpassungen auf Minister- und Botschafterebene eingeleitet, die der Kandidat respektieren muss, um der EU beitreten zu können. Kernpunkt der Beitrittsverhandlungen sind die Bedingungen und die Zeitplanung für die Übernahme, Umsetzung und Durchsetzung der EU-Vorschriften, die das Kandidatenland erfüllen muss¹⁸⁸.

Gemäß dem „**Kosovo 2010 Progress Report**“, sollte der Kosovo folgende Veränderungen bzw. Verbesserungen vornehmen, um die Kopenhagener Kriterien zu erfüllen¹⁸⁹:

- **Auf der politischen Ebene:** Demokratische Kriterien, Stabilität der Institutionen zur Gewährleistung der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte sowie Schutz der Minderheiten, regionale Zusammenarbeit, gute nachbarschaftliche Beziehungen mit Beitrittsländern und EU-Mitgliedstaaten und Einhaltung der internationalen Verpflichtungen, wie die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY), Verbesserung der öffentlichen Verwaltung und Stärkung der Parlamentarischen Versammlung, Justizreform, Bekämpfung der Korruption, der organisierten Kriminalität und der Geldwäsche vorzugehen

¹⁸⁸ http://ec.europa.eu/enlargement/the-policy/process-of-enlargement/mandate-and-framework_de.htm, aufgerufen am 15.06.2010.

¹⁸⁹ *Kosovo 2010 Progress Report*, http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2010/package/ks_rapport_2010_en.pdf, aufgerufen am 06.10.2011.

- **Auf der wirtschaftlichen Ebene:** Eine funktionierende Marktwirtschaft, Makroökonomische Stabilität, Wettbewerb, Finanzieller Entwicklungssektor,
- **Errichtung von europäischen Standards:** Binnenmarkt, Gewerbliche Wirtschaft, Landwirtschaft, Umweltschutz, Transport, Energie, Information, Finanzielle Kontrolle, Statistik, Geldwäsche, Drogenhandel, Polizei, Kampf der organisierten Kriminalität und Schutz der persönlichen Daten.

Der Beitrittsvertrag muss von allen Mitgliedsstaaten und dem Beitrittskandidaten zwischen dem Abschluss des Beitrittsvertrages und dem Beitrittsdatum ratifiziert werden. Dabei ergibt sich für den Kosovo durch die Ablehnung seiner Unabhängigkeit von fünf EU-Mitgliedstaaten ein großes Problem. Dies stellt ein großes Hindernis für die politische Integration des Kosovo dar, weil alle Vertragsbeziehungen zwischen der EU und dem Kosovo erst dann in Kraft treten können, wenn alle EU-Mitgliedstaaten den Kosovo als Staat anerkennen¹⁹⁰.

Außerdem müssen die Kandidatenländer besonders der Kosovo und Serbien daran arbeiten, die bestehenden nachbarschaftlichen Konflikte zu lösen und gutnachbarschaftliche Beziehungen zu den Nachbarländern aufzubauen. Der Ausbau der regionalen Zusammenarbeit ist für die wirtschaftliche Entwicklung des Balkans unverzichtbar. In diesem Zusammenhang könnten Fortschritte in den Bereichen der Energieversorgung und der Infrastruktur verzeichnet werden. Darüber hinaus fordert die Kommission, die Zusammenarbeit im Rahmen des Südosteuropäischen Kooperationsprozesses¹⁹¹. Deswegen und aus weiteren Gründen gilt die EU-Integration als die wichtigste außenpolitische Priorität des Kosovo, obwohl es aus verschiedenen Gründen zu problematisch und kompliziert zu sein scheint. Auch wenn die Kriterien von Kopenhagen erfüllt würden, scheint die politische Integration des Kosovo noch nicht möglich zu sein, weil besondere Problematiken wie u.a. die unauflösbare Kosovofrage, die ethnischen Spannungen und die schlechte wirtschaftliche Lage sowie der Mangel an Rechten ein großes Hindernis darstellen.

¹⁹⁰ Wunsch, N. „*Kosovo- endlich raus aus der Sackgasse?*“, 15.09.2010, http://aussepolitik.net/themen/eu/kosovo-endlich_raus_aus_der_sackgasse/.

¹⁹¹ EU- Erweiterungsstrategie 2009-2010, http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2009/strategy_paper_2009_de.pdf, Seite 8.

Schlussfolgerungen

Während des Kosovo-Krieges 1999 kam das Land unter die Kontrolle der internationalen Organisationen. Daraufhin blieb das Land für lange Zeit unter internationaler Verwaltung. Die internationalen Organisationen sind u.a. für die Sicherheit, die Demokratisierung und die Entwicklung zuständig.

Ziel meiner Masterarbeit war es, herauszufinden, inwieweit die UNMIK-, die OSZE- und die EULEX- Missionen im Kosovo problematisch gewesen sind. Ich habe versucht, auf die Stärken und Schwächen der Organisationen einzugehen, sowie jene Bereiche zu eruieren, in denen diese Akteure weniger Effizienz aufweisen. Die UNMIK-Mission, die OSZE-Mission und die EULEX-Mission sind zwar in manchen Bereichen effektiv und effizient, doch in anderen Arbeitsgebieten kommt es genau zum Gegenteil.

Im Falle der UNMIK kann die oben genannte Erläuterung wie folgt dargestellt werden: Die UNMIK war in folgenden Bereichen nicht effizient und effektiv: Ethnische Spannungen, wirtschaftliche Entwicklung, Bekämpfung der Kriminalität und der Korruption. Als ineffizient und ineffektiv betrachte ich im Falle der OSZE folgende Aktivitäten: Schutz der Menschenrechte (vor allem den Minderheitenschutz), Bekämpfung der organisierten Kriminalität, der Korruption und des Menschenhandels, Instrumente für die Konfliktverhütung, Friedensvermittlungsinstitutionen, Vertrauens- und Sicherheitsmaßnahmen. Die EULEX, die für die Rechtsstaatlichkeit zuständig war, war bis jetzt in den problematischen Angelegenheiten wie rechtsstaatliche Kompetenzen bzw. mit den parallelen Institutionen und im Kampf gegen die Kriminalität weder effizient noch effektiv.

Die tendenzielle Unzufriedenheit der kosovarischen Bevölkerung, die die internationalen Organisationen als eine „Interferenz“ sehen, ist eine Konsequenz des mangelnden Erfolgs der internationalen Präsenz u.a. in den folgenden Fällen: Ineffektivität der internationalen Organisationen als Beobachter des Zusammenlebens der verschiedenen ethnischen Gemeinschaften, Bekämpfung von Kriminalität und Korruption, unzureichende Anstrengungen zur Verbesserung der ökonomischen Lage des Kosovo, Uneinigkeit in der Statusfrage, strukturellen bzw. organisatorische Probleme der Organisationen, Unklarheit der rechtsstaatlichen Kompetenzverteilung.

Meine erste Hypothese lautet: *„Wenn die UNMIK ihre Prioritäten überarbeiten würde, vor allem mittels einer stärkeren Förderung der kosovarischen Wirtschaft, beispielsweise durch ausländische Investitionen, könnte sich die gravierende wirtschaftliche Lage des Kosovo verbessern“*. Die wirtschaftliche Entwicklung im Kosovo stellt heutzutage eine der wesentlichen Prioritäten dar. Diese Hypothese ist wahr, weil die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung ein Schlüsselfaktor zur Verbesserung der Gesamtsituation ist. Eine bessere Wirtschaftsentwicklung könnte nicht nur durch die Förderung von lokalen Investitionen geschaffen werden. Die UNMIK war für den Wiederaufbau der Wirtschaft zuständig.

Wenn man aber berücksichtigt, dass es strukturelle historische Hindernisse dafür gibt, wie etwa die schlecht entwickelte Infrastruktur, die schwache industrielle Basis und die arbeitsintensive Landwirtschaft, dann kann man behaupten, dass diese Hypothese gleichzeitig wahr und falsch ist. Am Ende meiner Analyse komme ich zur Erkenntnis, dass diese Hypothese auf einer theoretischen Ebene wahr ist, weil es stimmt, dass die UNMIK sich mehr auf die wirtschaftliche Entwicklung konzentrieren sollte, auf einer praktischer Ebene gibt es aber kaum überwindliche strukturelle Schwierigkeiten, die eine internationale Organisation – auch wenn es sich um die Vereinten Nationen handelt – nicht einfach lösen kann.

Laut meiner zweiten Hypothese, *„Wenn die OSZE ihr System der Arbeitszeiten in den Feldmissionen überarbeiten würde, könnte ihre Mission im Kosovo mehr an Kontinuität gewinnen. Wenn die OSZE mehr Kontinuität im politischen Dialog gewinnen könnte, gäbe es weniger ethnischen Spannungen.“*

Nach meiner Analyse kann ich behaupten, dass es teilweise wahr ist, dass eine Überarbeitung des Systems der Arbeitszeiten notwendig ist. Es stimmt, dass manche Missionsmitarbeiter zu kurz vor Ort bleiben (in manchen Fällen sogar nur sechs Monate). Diese Zeit ist zu knapp, um die Mechanismen der Gesellschaft, der Geschichte und der Politik des Kosovo verstehen zu können und um die Ziele der Mission voll umsetzen zu können. Ich möchte aber betonen, dass man in dieser Perspektive zwei Aspekte berücksichtigen sollte: Erstens, dass die Ineffizienz mancher Feldmissionen-Mitarbeiter nicht im strukturellen Bereich der Amtszeiten zu suchen ist, sondern bei den einzelnen Personen, die oft unvorbereitet oder „egoistisch“ an den Missionen teilnehmen, was nicht mit der Struktur der internationalen Organisationen im Einklang steht. Zweitens, dass das Rotationsprinzip in einem auf demokratischen Prinzipien basierenden Terrain grundlegend

ist. Wenn die Feldmissionsmitarbeiter länger vor Ort bleiben würden, könnte sich daraus die Gefahr ergeben, dass sie zu enge Beziehungen mit den ethnischen Gruppen bzw. politischen Gruppen knüpfen würden, was dem Interesse der Bevölkerung keinesfalls entspräche.

Eine der Stärken der OSZE, die eine breite Feldpräsenz hat, ist das Vertrauen zwischen den OSZE-Mitarbeitern und den lokalen Vermittlern. Dank diesem Vertrauen wurde der Dialog zwischen den Vertretern der albanischen Gemeinschaft und der serbischen Gemeinschaft in manchen Fällen abgemildert. Der politische Dialog zwischen den Vertretern der verschiedenen Gemeinschaften ist grundlegend zur Verhinderung der ethnischen Spannungen.

Unter der Annahme, dass mehr Fokus auf den politischen Dialog die angespannte ethnische Situation entschärfen könnte, kann ich am Ende meiner Analyse die zweite Aussage meiner zweiten Hypothese wohl bestätigen.

Meine dritte Hypothese lautet: *„Wenn die EULEX-Mission die Kriminalität und die Korruption stärker bekämpfen würde, wäre sie als Rechtsstaatlichkeitsmentor glaubwürdiger.“*

Wenn man bedenkt, dass die Glaubwürdigkeit der EULEX von Korruptionsskandalen geschwächt wurde, dann wird die Wahrheit dieser Hypothese klar. In diesem Sinne sind die Anstrengungen dieser Mission im Bereich der Rechtsstaatlichkeit unzureichend.

Nicht zu vergessen ist aber, dass die Maßnahmen der EULEX Mission wahrscheinlich unzureichend sind, um die gewaltigen Probleme, wie die organisierte Kriminalität und die überall verwurzelte Korruption im Kosovo zu bekämpfen. Außerdem hatte sie wahrscheinlich zu wenig Zeit, um solche unkontrollierbare Phänomene zu einschränken.

Angenommen, es ist nicht möglich, manche EULEX- internen Korruptionsfälle zu vermeiden, kann ich nach meiner Analyse feststellen, dass wegen ihrer der Priorität, und zwar in Bezug auf die Gewährleistung der Rechtsstaatlichkeit, eine stärkere Bekämpfung der Kriminalität und der Korruption durch die EULEX-Mission sie in ihrer Tätigkeit glaubwürdiger wäre, und damit meine Hypothese bestätigen kann.

Im Allgemeinen kann ich schließlich feststellen, dass die in dieser Arbeit analysierten internationalen Organisationen ihre Prioritäten neu überarbeiten sollten. Die internationale Präsenz im Kosovo hat wesentliche Fortschritte gemacht. Als sie ihre Tätigkeit im Kosovo angefangen hat, befand sich das Land in allen Bereichen in einer großen Krise. Heutzutage

ist der Kosovo ein kriegsfreies Gebiet, wo keine militärische Intervention mehr notwendig ist, und wo man am Aufbau der demokratischen Institutionen arbeitet. Die Wahlen wurden dank der internationalen Kooperation erfolgreich durchgeführt und es wurden wichtige Fortschritte auch im Bereich der Grundrechte erzielt, etwa die Wahl einer Frau als Präsidentin der Republik Kosovo im April 2011. Eine Kosovo-Polizeischule wurde eingerichtet, ebenso wie unabhängige Medien. Die Bevölkerung lebt in einer entspannteren Situation und in der Hoffnung, dass der Kosovo die europäischen Standards erreichen kann. Die internationalen Organisationen sollten aber ihre Aktivitäten auf die wesentlichen Probleme wie die Spannungen in den nicht-mehrheitlichen Gebieten, die wirtschaftliche Lage, die Bekämpfung der Kriminalität, die Rechtsstaatlichkeit konzentrieren, ebenso wie auf die Problematik im Bereich der Statusfrage, um dem Land adäquate demokratische, menschenrechtliche und ökonomische Standards zu sichern. Dadurch könnte sich möglicherweise der Kosovo in Zukunft als aktives Subjekt der internationalen Gemeinschaft präsentieren. Die Fragen nach dem Wie und dem Wann bleiben dabei aber noch offen.

Anhang

1) Interview

Das Interview fand am 15. Juli 2010 statt, dauerte ungefähr eine Stunde und wurde transkribiert.

Mein Versuch, den Interview-Leitfaden zu beachten war nur partiell, weil ich ihn frei sprechen ließ. Das Interview lieferte mir eine vielfältige Sicht auf die kritischen Punkte der Missionen, die mit einem Satz meines Befragten zusammengefasst werden kann: „*It's never black and white*“.

Leitfaden des Interviews

Als Erklärung für manche Fragestellungen habe ich dem Interview einige Kommentare beigelegt.

1. Können Sie mir Ihre Karriere bei der OSZE beschreiben?
2. Worin liegen die Stärken und Schwächen der OSZE-Mission im Kosovo?
3. Wie nehmen Sie die Meinungen der lokalen Bevölkerung bezüglich der Mission wahr?
4. Glauben Sie, dass die kosovarische Bevölkerung mit der Präsenz der OSZE zufrieden ist?
5. Was beklagt die kosovarische Bevölkerung im Bezug auf die OSZE-Präsenz?
6. Wie leben die verschiedenen Gemeinschaften im Kosovo zusammen?

Die Spannungen zwischen den verschiedenen Gemeinschaften scheinen noch unlösbar zu sein. Die Kohabitation zwischen unterschiedlichen ethnischen Gruppen stellt einen sehr interessanten Aspekt dar, welcher sehr schwierig zu verstehen ist, wenn man mit dieser Situation nicht persönlich vertraut ist.

7. Was kann die OSZE tun, um die organisierte Kriminalität zu bekämpfen?

Aufgrund des immer noch hohen Kriminalitäts- und Korruptionsanteils wird die Unzufriedenheit der kosovarischen Bevölkerung, sowohl der albanischen Mehrheit als auch der Minderheiten, immer größer.

Die Kriminalität ist ein weit verbreitetes Phänomen, das Prostitution, Drogenhandel, Schmuggel, Geldwäsche und Waffenhandel umfasst.

8. Wie wirkt sich die Nichtanerkennung des Kosovo seitens vieler OSZE-Mitgliedstaaten auf den Erfolg der Mission aus?

9. Was denken Sie über die Zusammenarbeit zwischen der OSZE, den Vereinten Nationen, der Europäischen Union und weiteren internationalen Akteuren?

Meiner Meinung nach ist die Zusammenarbeit der OSZE mit der UN und der EU sehr verwirrend, weil die Grenzen der Kompetenzverteilung unter den verschiedenen Organisationen immer noch unklar sind.

10. Bei der OSZE kann man nur für eine begrenzte Zeit angestellt werden. Das heißt, dass die OSZE als ein „non career employer“ gilt. Welche Auswirkungen hat dieser Ansatz auf den Erfolg der Mission im Kosovo?

Die begrenzte Dauer des Dienstes verursacht deswegen Diskontinuität in der Mission selber. Das führt zu einer Verlängerung des Prozesses der Demokratisierung in so einem problematischen Gebiet. Meines Erachtens sind in erster Linie eine langfristige Beschäftigung der Mitarbeiter und eine Restrukturierung der internationalen Organisationen unabdingbar, um die *post-conflict rehabilitation* und *peace stabilisation* zu sichern.

2) Politische Geschichte des Kosovo (2008:174)¹⁹²:

- 1912- 1915 → Eroberung des Kosovo durch Serbien und Montenegro; Einrichtung einer serbischen Verwaltung sowie Annexion des nordwestlichen Kosovo durch Montenegro, Balkankriege.
- 1915- 1918 → Verwaltung des Kosovo durch Österreich- Ungarn und Bulgarien, Erster Weltkrieg.
- 1918- 1941 → Kosovo als Teil des ersten Jugoslawien (Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (SHS-Staat).
- 1918- 1924 → Aufstand der albanisch- muslimischen Kaçakenbewegung.
- 1941- 1945 → Anschluss großer Teile des Kosovo an das (bis 1943) italienisch beherrschte Königreich Albanien; Vertreibung der serbischen Kolonisten; deutsche und bulgarische Verwaltung in Teilen der Region bzw. September 1943- November 1944 Besatzungsgebiet der deutschen Wehrmacht.

¹⁹² Schmitt O. J.: „Kosovo. Kurze Geschichte einer zentralbalkanischen Landschaft“, 2005.

- 1945→ Wiedereingliederung des Kosovo in das zweite, kommunistische Jugoslawien; erneuter albanischer Aufstand.
- 1945- 1966 → Auf Polizei und Geheimdienst gestützte Repressionspolitik im Kosovo
- 1966 → Beginn des Kurswechsels („Liberalisierung“).
- 1974 → Neue jugoslawische Verfassung und Aufwertung des Kosovo zur Autonomen Provinz mit faktischem Republikstatus.
- 1974-1989 → Der Kosovo besitzt die gleichen Rechte wie die anderen Ex-Jugoslawischen Teilrepubliken.
- 1989- 1999 → Zweite Repressionsphase unter der Regierung S. Miloševićs und Bildung einer albanischen Parallelgesellschaft.
- 1997- 1999 → Krieg im Kosovo.
- 1999→ Intervention der NATO.

Literaturverzeichnis

Literaturliste

BROWN, Michael E. : *“Ethnic conflict and international security”*, Michael E. Brown Editor, 1993.

COOPER, Robert, BERDAL, Mats: *“Outside Intervention in Ethnic Conflicts”*, in BROWN, Michael E.: *“Ethnic conflict and international security”*, Michael E. Brown Editor, 1993.

EISENHARDT, Kathleen M.: *“Building Theories from Case Studies Research”*, Academy of Management Review, 1989.

FILZMAIER Peter, GEWESSLER Leonore, HÖLL Othmar, MANGOTT Gerhard: *„Internationale Politik“*, WUV UTB Facultas Verlag, 2006.

HEIFF, H.: *„Die OSZE-Mission im Kosovo“*, in *„Das OSZE-Handbuch: die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit von Vancouver bis Wladiwostok“*, OSZE- Jahrbuch 1999.

Investing in Kosovo, Investor Guide, Ministry of Trade and Industry of the Republic of Kosovo, 2011.

KER-LINDSAY, James: *„Kosovo. The Path to Contested Statehood in the Balkans“*, I.B. Taurus, London, UK, 2009.

KRÄMER, Franziska: *„Die Politik Deutschlands in der Kosovofrage“*, Universität Potsdam, 2009.

KRAMER Helmut, DŽIHIC Vedran: *„Die Kosovo Bilanz. Scheitert die internationale Gemeinschaft?“*, LIT Verlag, Wien, 2005.

KVALE, Steinar: *“Introduction to interview research”*, in *“Doing Interviews”*, The Sage Qualitative Research kit, Uwe Flick Verlag, 2009.

LANGENSCHIEDT, Großwörterbuch Deutsch Fremdsprache, 2003.

LEYENDECKER, Hans: *„Korruption: Spiegel der politischen Kultur“*, in *„Aus Politik und Zeitgeschichte“*, 3-4/2009.

MATTERN Rainer: *„Kosovo. Update: Aktuelle Entwicklungen“*, 2008.

OXFORD ADVANCED LEARNER’S DICTIONARY, Oxford University Press, Sixth edition, 2000.

PETRITSCH Wolfgang, KASER Karl, PICHLER Robert: *„Kosovo Kosova. Mythen, Daten, Fakten“*, Klagenfurt, Wieser, 1999.

POLLAK Johannes, SLOMINSKI Peter: *„Das politische System der EU“*, WUV UTB Verlag, 2006.

RATHFELDER, Erich: *„Kosovo. Geschichte eines Konflikts“*, Edition Suhrkamp, 2010.

Report of the Head of the OSCE Mission in Kosovo Ambassador Werner Almhofer to the OSCE Permanent Council, 04.02.2010.

Report of the Secretary-General on the United Nations Interim Administration Mission in Kosovo, 17.03.2009.

SCHLOTTER, Peter: *„OSZE Von "Kollektiver Sicherheit" zum "Dienstleistungsbetrieb"“*, im *„Internationale Politik im 21. Jahrhundert“*, Wilhelm Fink Verlag, München, 2002.

SCHMID, Josef: *“Expertenbefragung und Informationsgespräch in der Parteienforschung”*, in Alemann, 1995.

SCHMITT, Oliver, Jens: „*Kosovo. Kurze Geschichte einer zentralbalkanischen Landschaft*“, Böhlau UTB Verlag, 2008.

SEIDL-HOHENVELDERN, Ignaz, SCHRÖTTER Hans Jörg, Hrsg., „*Vereinte Nationen, Menschenrechte und Sicherheitspolitik- Volkerrechtliche Fragen zu internationalen Konfliktbegrenzungen*“, Köln, 1994.

SMITH, Anthony D.: „*The ethnic origins of Nations*“, Blackwell Publishers Inc, 2002.

The Constitution of the Republic of Kosovo, Constitutional Commission, 2008.

UCAKAR, Karl, GSCHIEGL, Stefan: „*Das politische System Österreichs und die EU*“, Facultas Verlags- und Buchhandels, Wien, 2009.

WEIDENFELD, Werner, WESSELS, Wolfgang, Hrsg.: „*Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration*“, Nomos, Institut für Europäische Politik, Berlin, 2007.

WILSON, Jeremy M.: „*Law and Order in an Emerging Democracy: Lessons from the Reconstruction of Kosovo's Police and Justice Systems*“, in „The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science“, Mai 2006 (605: 152-177), 2006.

Nationale Zeitungen

Der Standard:

„*Unabhängigkeit des Kosovo entzweit die EU*“, 18.02.2008.

Die Presse:

„*Westbalkan steckt auf dem Weg nach Europa fest*“, 07.11.2008.

„*Österreich erkennt Kosovo diese Woche an*“, 18.02.2008.

Kurier:

„*Bush gibt Kosovo als erster das Ja-Wort*“, 18.02.2008.

“Fehlstart der zivilen EU-Mission”, 16.02.2009.

Wiener Zeitung:

„Anerkennung des Neustaats Kosovo“, 20.02.2008.

Wirtschaftsblatt:

„Kosovo: Europäische Union tanzt nach der Pfeife der USA“, 18.02.2008.

Zusätzliche Literatur

BARTSCH, Sebastian: *“Minderheitenschutz in der internationalen Politik. Völkerbund und KSZE/OSZE in neuer Perspektive”*, Westdeutscher Verlag, 1995.

BERNDT, Michael: *„Die Neue Europäische Sicherheitsarchitektur“*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2007.

BROWN, Michael E.: *“Ethnic conflict and international security”*, Michael E. Brown Editor, 1993.

COLEMAN, Katharina P.: *“International Organisations and Peace Enforcement. The Politics of International Legitimacy”*, Cambridge University Press, 2007.

DE NEVERS, Renée: *“Democratisation and ethnic conflict”*, in BROWN, Michael E.: *“Ethnic conflict and international security”*, Michael E. Brown Editor, 1993.

DUIJZINGS, Ger: *“Religion and the Politics of Identity in Kosovo”*, Hurst & Company, London, 2000.

HOLSTEIN, Alexia: *“Das Verhältnis des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zu NATO und OSZE”*, Richard Boorberg Verlag, 1996.

KVALE, Steinar: *“Inter-views: An introduction to Qualitative Research Interviewing”*, Sage, 1996.

KVALE, Steinar: “*Validation and generalization of interview knowledge*”, 2009.

MASON, Jennifer: “*Qualitative Researching*”, Sage Publications, 2002.

NEWLAND, Kathleen: “*Ethnic conflict and refugees*”, in BROWN, Michael E.: “Ethnic conflict and international security”, Michael E. Brown Editor, 1993.

POLLAK, Johannes., SLOMINSKI, Peter: „*Das politische System der EU*“, WUV UTB, Wien, 2006.

REUTER, Jens, KONRAD, Clewing: „*Der Kosovo-Konflikt*“, Wieser, 2000.

ROBERTS, Adam: “*The United Nation Security Council and war*”, in BROWN, Michael E.: “Ethnic conflict and international security”, Michael E. Brown Editor, 1993.

VON HÜLSEN, Philipp: “*Die Vereinten Nationen als Gesetzgeber im Kosovo*“, Peter Lang, Europäischer Verlag der Wissenschaften, 2007.

WALKER, Jenonne: “*International mediation of ethnic conflicts*”, in BROWN, Michael E.: “Ethnic conflict and international security”, Michael E. Brown Editor, 1993.

WELSH, David: “*Domestic politics and ethnic conflict*”, in BROWN, Michael E.: “Ethnic conflict and international security”, Michael E. Brown Editor, 1993.

Essays und Papers

KRAMER Helmut, DŽIHIĆ Vedran: „*Der Kosovo nach der Unabhängigkeit*“, **Internationale Politikanalyse**, Friedrich Ebert Stiftung, September 2008, <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/05695.pdf>.

KRAMER Helmut, DŽIHIĆ Vedran: „*Der unabhängige Kosovo im Herbst 2009. Kann die EULEX-Mission ihre Aufgaben erfüllen?*“, **Internationale Politikanalyse**, Friedrich Ebert Stiftung, Oktober 2009, <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/06746.pdf>.

PENNINGS, Paul, KEMAN, Hans, KLEINNIJENHUIS, Jan: “*The Comparative approach: theory and method. An introduction to Comparative Methods and Statistics.*”, in **Doing Research in Political Science**, An introduction to Comparative Methods and Statistics, 2006, http://www.razvanpantelimon.ro/uploads//Materiale-SP/Metode-de-cercetare/Research_Political_Science.pdf.

PRELEC, Marko: “*La corrupción ahoga Kosovo*”, Foreign Policy Edición Española, **International Crisis Group**, 2010, <http://www.crisisgroup.org/en/regions/europe/balkans/kosovo/prelec-la-corrupcion-ahoga-kosovo.aspx>.

SCHMIDT, Carola: „*Der Kosovo im Jahr 2008: Konfusion über die Verteilung von Kompetenzen*“, von „**Kölner Forum für Internationale Beziehungen und Sicherheitspolitik**“, 2008, http://www.kfibs.org/assets/files/KFIBS2008.02_schmidt_kosovo_konfusion_ueber_die_verteilung_von_kompetenzen_essay_final.pdf.

WERNER, Gumpel: „*Der Kosovo-Konflikt – Historische, politische, ethnische und wirtschaftliche Hintergründe*“, in “**Politische Studien**”, „Die Kosovo-Krise: eine Vorläufige Bilanz“, Sonderheft 4/1999, http://www.hss.de/fileadmin/migration/downloads/politische_studien_sonderheft_4_1999.pdf.

Kosovo Debate on European Issues”, Pristina, Dezember 2009, <http://pdc.ceu.hu/archive/00006315/01/kosovo-publication.pdf>.

“*Kosovo: toward final status*”, Europe Report n. 161, 24. Jänner 2005, **International Crisis Group**, <http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/B54ABFA2910AB31649256F9300079D8C-icg-scg-24jan.pdf>.

FABER, Deniz, “*Yves de Kermabon – Im Namen der EULEX*”, **Kosova Aktuell**, http://kosova-aktuell.de/index.php?option=com_content&task=view&id=1191&Itemid=1

Rumanian EULEX officers suspended for alleged smuggling”, 23.04.2010,
http://www.setimes.com/cocoon/setimes/xhtml/en_GB/newsbriefs/setimes/newsbriefs/2010/04/23/nb-13.

ASH, Timothy Garton, KIS, Janos, RUPNIK, Jacques, ZU SCHWARZENBER, Karl, SIMECKA, Martin M., SMOLAR, Aleksander, „*Europa nach dem Kosovo Krieg*“, **Eurozine**, 11.07.2000, <http://www.eurozine.com/articles/2000-07-11-manifest-de.html>.

WUNSCH, Natasha: „*Kosovo- endlich raus aus der Sackgasse?*“, 15.09.2010,
http://aussepolitik.net/themen/eu/kosovo-endlich_raus_aus_der_sackgasse/.

EUBusiness:

<http://www.eubusiness.com/news-eu/spain-kosovo.50a/>.

Il Corriere della Sera:

„*Kosovo, è una donna il nuovo presidente*“, 08.04.2011,
http://www.corriere.it/esteri/11_aprile_07/kosovo-donna-presidente-atifete-jahjaga_e767a49c-6140-11e0-9e67-aae4bf36a1a3.shtml.

International Crisis Group:

<http://www.crisisgroup.org/en/regions/europe/balkans/kosovo/123-kosovo-a-strategy-for-economic-development.aspx>.

Neue Zürcher Zeitung:

„Neue Zürcher Zeitung“ Nr. 39 vom 17.02.2009.

NZZ Online: „*Kosovos langer Weg in die Unabhängigkeit*“, 14.02.2008,
http://www.nzz.ch/nachrichten/hintergrund/dossiers/kosovo_unabhaengigkeit/kosovo_hintergrund/kosovos_langer_weg_in_die_unabhaengigkeit__1.671002.html.

Internationale Organisationen und Institutionen

EULEX Kosovo:

<http://www.eulex-kosovo.eu/en/front/>

<http://www.eulex-kosovo.eu/en/info/whatisEulex.php>

EUR-Lex:

[http://eur-](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2008:115:0001:01:DE:HTML)

[lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2008:115:0001:01:DE:HTML](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2008:115:0001:01:DE:HTML)

Europäische Kommission:

EU- Erweiterungsstrategie 2009-2010,

http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2009/strategy_paper_2009_de.pdf

Kosovo 2010 Progress Report,

http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2010/package/ks_rapport_2010_en.pdf

http://ec.europa.eu/enlargement/index_de.htm

http://ec.europa.eu/enlargement/potential-candidates/index_de.htm

http://ec.europa.eu/enlargement/potential-candidates/kosovo/relation/index_de.htm

http://ec.europa.eu/enlargement/the-policy/process-of-enlargement/mandate-and-framework_de.htm

Europäisches Parlament:

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 8. Juli 2010 zum Prozess der europäischen Integration des Kosovo,

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0281+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Europäisches Parlament – Informationsbüro in Österreich:

<http://www.europarl.at/view/de/index.html>

European Union – External Action:

<http://www.consilium.europa.eu/eeas/security-defence/eu-operations/eulex-kosovo.aspx?lang=en>

High Commissioner on National Minorities:

The Bolzano/Bozen Recommendations on National Minorities in Inter-State Relations & Explanatory note, OSCE, HCNM, Juni 2008, <http://www.osce.org/hcnm/33633>

Kosovo's Constitution:

<http://www.kushtetutakosoves.info/?cid=2,275>

NATO:

<http://www.nato.int/issues/nato-osce/index.html>

<http://www.nato.int/kosovo/docu/u990610a.htm>

OSCE:

2009 Programme Budget Performance Report Mission in Kosovo, OSCE

<http://www.osce.org>

<http://www.osce.org/employment>

<http://www.osce.org/kosovo/>

<http://www.osce.org/kosovo/13194.html>

http://www.osce.org/publications/hcnm/2008/10/33388_1189_en.pdf

<http://www.oscepa.org/>

Statistical Office of Kosovo:

Statistical Office of Kosovo, <http://esk.rks-gov.net/rekos2011/?cid=2,1>

United Nations:

<http://www.un.org/en/index.shtml>

UNMIK:

<http://www.unmikonline.org/Pages/about.aspx>

<http://www.unmikonline.org/pages/default.aspx>

Weitere Internetquellen:

<http://defencedebates.wordpress.com/2009/12/10/corruption-wide-spread-in-kosovo/>

<http://maps.grida.no/go/graphic/ethnic-diversity-in-kosovo>

<http://rtklive.com/>

http://www.palgrave.com/politics/pdfs/14039_41041_21_Ch13.pdf

<http://www.vienna.at/mojbec/om:vienna:mojbec:news/artikel/eulex-uebernimmt-1250-justizfaelle-in-kosovo/cn/news-20090128-01371143>

Persönliche Erklärung

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende schriftliche Arbeit selbstständig verfertigt habe und dass die verwendete Literatur bzw. die verwendeten Quellen von mir korrekt und in nachprüfbarer Weise zitiert worden sind. Mir ist bewusst, dass ich bei einem Verstoß gegen diese Regeln mit Konsequenzen zu rechnen habe.

Ich habe mich bemüht, sämtliche Inhaber der Bildrechte ausfindig zu machen und ihre Zustimmung zur Verwendung der Bilder in dieser Arbeit eingeholt. Sollte dennoch eine Urheberrechtsverletzung bekannt werden, ersuche ich um Meldung bei mir.

Cuzzocrea, Laura

31.10.2011
Datum

Laura Cuzzocrea
Unterschrift

Abstract (Deutsch): Internationale Organisationen im Kosovo. Eine kritische Analyse

Während des Kosovo-Krieges 1999 und nach der Unabhängigkeitserklärung 1999 kam das Land unter die Kontrolle der internationalen Organisationen. Daraufhin blieb das Land für lange Zeit unter internationaler Verwaltung. Die internationalen Organisationen sind u.a. für die Förderung der öffentlichen Sicherheit, die Unterstützung der demokratischen Institutionen und der Rechtsstaatlichkeit, und im Allgemeinen für die Sicherung der Menschenrechte zuständig.

Kern dieser Masterarbeit sind die drei Hauptmissionen im Kosovo: die UNMIK (United Nations Interim Administration Mission in Kosovo)-, die OSZE – (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)- und die EULEX (European Union Rule of Law Mission in Kosovo)- Missionen bzw. ihre Rolle und ihre Ergebnisse.

Der theoretische Hintergrund basiert auf den Theorien der internationalen Zusammenarbeit, insbesondere auf den Richtlinien des „European Governance“.

Erstens habe ich mich mit den Strukturen und den Aktivitäten der oben genannten Organisationen befasst. Ich habe die Zuständigkeiten und die Rolle dieser Organisationen als internationale Akteure kritisch analysiert.

Zweitens bin ich auf die Stärken und Schwächen der Organisationen eingegangen und habe jene Bereiche eruiert, in denen diese Akteure weniger Effizienz aufweisen. Die UNMIK-Mission, die OSZE-Mission und die EULEX-Mission sind zwar in manchen Bereichen effektiv und effizient, doch in anderen Arbeitsgebieten kommt es genau zum Gegenteil. In einer vergleichenden Analyse habe ich die Schwächen der Missionen zu schildern versucht und bin ich auf die durchzuführenden Aktivitäten eingegangen, die meiner Meinung nach für ein erfolgreiches Handeln der Missionen notwendig sind.

Drittens, habe ich mich, unter der Annahme, dass die Ziele der drei Missionen teilweise konvergieren, auf manche gemeinsame Aspekte der Missionen konzentriert, die ich als „Dimensionen“ dargestellt habe: Die Dimension der Menschenrechte und der ethnischen Angelegenheiten, die Dimension der Sicherheit und der Kriminalität, die ökonomische Dimension, die Dimension der Politik bzw. die Statusfrage und die strukturelle bzw. organisatorische Dimension.

Ich habe mich auf die Ziele dieser Organisationen konzentriert und mich mit ihren offiziellen Berichten und weiterer Literatur befasst. Außerdem habe ich die strukturellen Probleme des Kosovo analysiert, um ein Bild über die Schwierigkeiten der Feldmissionen zu erhalten, sowie zu verstehen, worauf sie sich vorrangig konzentrieren sollen. In meiner Analyse habe ich dementsprechend versucht, nicht nur die Schwächen der Missionen zu finden, sondern auch zu verstehen, worauf sich die internationalen Organisationen konzentrieren sollten, um erfolgreich zu werden.

Schließlich konnte auf eine exakte Analyse der Schwächen der Missionen auf den richtigen Weg zur Verbesserung mehrerer Aktivitäten der internationalen Organisationen hinweisen und damit hilfreiche Anregungen zur Bewältigung der Herausforderungen der europäischen Integration und der Lösung von ethnischen Konflikten bringen.

Abstract (English): International missions in Kosovo: a critical analysis

Since the beginning of the war in 1999 and the declaration of independence from Serbia in 2008, international organisations have been a steady presence in Kosovo, with the declared aim to ensure public security, support a democratic transition and the rule of law, and more generally promote human rights. However, local population, severely afflicted by ethnical conflicts, crime and economic problems, appears as having established a problematic relation with the international presence in its territory. This dissertation considers the three major Missions in Kosovo, i.e. the UNMIK – (United Nations Interim Administration Mission in Kosovo); the OSCE – (Organisation for Security and Cooperation in Europe) and the EULEX (European Union Rule of Law Mission in Kosovo) to assess their role and the impact of their work.

Drawing on International Cooperation theories, and particularly on the European Governance guidelines, I first start by describing the structure and the activities of each of these international organisations and their specific role in this territory. Secondly, I consider each mission at a time to highlight specific weaknesses. Thirdly, since the three missions partially converge in their aims and objectives, I proceed by looking at a few selected dimensions involved in all three missions to assess the efficiency of each. These levels are: human rights and ethnic issues; criminality and security; the economy; the political (in that it might enhance recognition in front of other states); the structural /organizational.

Assessing the purposes of these international organisations with official reports and other literature in the field, one is brought to consider that there are a number of structural problems in the country which still need to be solved. In doing my analysis, I conduct a criticism of the weaknesses of the missions and try to identify in which activities the missions might focus on in order to enhance their effectiveness. Ultimately, such an analysis could indicate not only the way ahead to improve a range of activities within the international organisations' work domain, but also help to establish the future role of Kosovo in relation to the possibility to reach European standards and eventually join the European Union.

Lebenslauf

**Laura
Cuzzocrea**



Persönliche Informationen

Adresse Lerchengasse 15/7, 1080 Wien
Österreich
E-Mail lauracuzzocrea@gmail.com
Geburtsdatum 06.08.1985
Geburtsort Cagliari, Italien
Nationalität Italien

Ausbildung

1999 - 2004 Reifeprüfung, "Diploma di maturità Liceo Linguistico", Liceo Linguistico "Eleonora D'Arborea", Cagliari, Italien (Sprachwissenschaftliches Gymnasium). Gesamtnote: 98/100.

10.2004 – 09.2007 Laurea Triennale in Scienze Politiche e delle Relazioni Internazionali, Facoltà di Scienze Politiche, Università degli Studi di Cagliari (Bachelorstudium Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen, Universität Cagliari, Italien). Gesamtnote: 110/110 summa cum laude.

09.2006 - 03.2007 Erasmus Austauschprogramm an der Universität Wien

seit 10.2008 Masterstudium Politikwissenschaft, Universität Wien.

16.- 20. 02.2009 Konferenz "Cultural Diplomacy in Europe, a Forum for young Leaders" in Berlin Teilnahmebescheinigung vom "Institute for Cultural Diplomacy" erhalten.

Absolvierte Praktika

11.01.2010 - 30.04.2010 4-monatiges Praktikum in der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa), Wien

03.01.2011 – 31.03.2011 3-monatiges Praktikum im Informationsbüro des Europäischen Parlaments in Österreich. Teilnahme an einer Plenartagung des Europäischen Parlaments in Straßburg im März 2011.

Sprachen

Muttersprache: Italienisch. Sehr gutes Deutsch, Englisch und Französisch

EDV- Kenntnisse

Office, Internet, E-Mails, Windows, Excel.